

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am

Donnerstag, 16.09.2021, 17:00 Uhr,

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.07.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung
4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Kinder-, Jugend und Familienförderung und die Sozialen Dienste der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht
5. Kinder- und Jugendstärkengesetz (KJSG)
- mündlicher Bericht und Video
6. Ausbau spezialisierter Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
7. Stadtteilzentrum Lindenberg
8. Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW - Verteilung von finanziellen Fördermitteln für Sprachförderung und "plusKita" auf die Kindertageseinrichtungen in Siegen
9. Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024
10. Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidsstraße
11. Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022
12. Ergänzende Besetzung Unterausschuss Kindertagesbetreuung 2020 – 2025
13. Besetzung Unterausschuss "Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen"

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.07.2021

2. VERSCHIEDENES

3. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 30.08.2021

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom: **16.09.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **18:30 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schiltz, Ingmar
Stv Bleckmann, Lisa
Stv Helm, Martin
Stv Kamieth, Jens
Stv Langer, Günther
AM Lauber, Lisa - Kathrin
AM Löwenberg, Horst
AM Moumenizade, Leyla
AM Mühlnikel, Jutta
AM Müller, Robert
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
AM Röcher, Sandra
Stv Schmidt (AfD), Sabrina
Stv Thimm, Heiko
AM Vitt, Matthias

vertritt Rompf-Selimi, Nazlije

Beratende Mitglieder:

AM Becher, Christopher
AM Becker, Lothar
AM Dr. Horchler, Martin

vertritt Gerhard, Nadine

AM Müller, Stephen
AM Piorkowski, Karin
AM Reichenau, Eckhard
AM Schloos, Ulrich
AM Schneider, Walter
AM Schollmeyer, Wolfgang vertritt Unverzagt, Andreas
AM Scholz, Britta
IntRM Tahmaz, Hanan

Von der Verwaltung:

VA Ritter
VA Dr. Matzner
VA Matzke
Frau Hohe - Praktikantin Büro Bürgermeister
StOI Pfeifer - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

N. N. (Schulaufsicht),
Stv Rompf-Selimi, Nazlije vertreten durch AM Moumenizade, Leyla
AM Gerhard, Nadine vertreten durch AM Becker, Lothar
AM Gerndorf, Markus
Jung, Dr. Raimund
Stv Ludewig, Chiara
AM Perugorria, Andrea
AM Scherer, Dr. Vanessa
Dezernent Schmidt, Andree
AM Sprengard, Susanne
AM Unverzagt, Andreas vertreten durch AM Schollmeyer, Wolfgang
AM Wilpert, Sarah

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Vorlage 520/2021 Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ und die Vorlage 524/2021 „Nachbesetzung der Spielplatzkommission“ werden als TOP 14 und 15 in die Tagesordnung aufgenommen.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.07.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

5. JHA 16.09.2021

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor

5. JHA 16.09.2021

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. JHA 16.09.2021

4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Kinder-, Jugend und Familienförderung und die Sozialen Dienste der Universitätsstadt Siegen - mündlicher Bericht

Herr Schloos möchte wissen, ob die dargestellte schriftliche Kommunikation mit den Familien und deren unterschiedlichen Voraussetzungen funktioniert hat oder ob dies die Prozesse nicht eher blockiert hat.

Herr Schmidt erläutert, dass es auch immer die Möglichkeit der Klärung im persönlichen Kontakt gegeben hat. Die schriftliche Kommunikation bezog sich auf die klassischen Antragsverfahren. Aktuell gibt es einen relativ regulären Publikumsverkehr, nur mit einer zentralen Steuerung in den Eingangsbereichen.

=> *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Kinder-, Jugend- und Familienförderung und die Sozialen Dienste der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

5. JHA 16.09.2021

5. Kinder- und Jugendstärkengesetz (KJSG) - mündlicher Bericht und Video

Herr Ritter führt in die Thematik ein und erläutert die Schwerpunkte der antstehenden Änderungen. Zur Niederschrift wird eine Synopse beigefügt, aus der die einzelnen Änderungen ersichtlich sind. Angedacht ist es, in den kommenden Sitzungen die fünf Schwerpunkte und die einhergehenden Änderungen im Detail vorzustellen.

Die Synopse der Gesetzesänderungen, die aus dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz resultieren, ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Eine kurze Einführung erfolgt durch ein Video der Ministerin Franziska Giffey, die das neue Gesetz und die Schwerpunkte vorstellt (<https://www.youtube.com/watch?v=vHi6rOG1bjE>).

Herr Löwenberg erkundigt sich nach dem angedachten weiteren Beratungsgang. Er gibt außerdem den Hinweis, dass die Stärkung der Empfänger der Leistung im Dreiecksverhältnis gut ist, für die Verwaltung und für die Träger der Hilfen jedoch eine Herausforderung darstellen wird. Dies hat gegebenenfalls auch Auswirkungen auf den Jugendhilfeausschuss, da diesem künftig als beratende Mitglieder selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung angehören können.

Herr Ritter führt aus, dass man die Schwerpunkte:

- Besserer Kinder- und Jugendschutz
- Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die in Pflegefamilien oder in Einrichtungen der Erziehungshilfe aufwachsen
- Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen
- Mehr Prävention vor Ort
- Mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien

einzeln im Ausschuss vorstellen und diskutieren möchte, wie die damit einhergehenden Änderungen der Gesetzeslage vor Ort umgesetzt werden sollen. Dies wird an einigen Stellen eine Herausforderung sein und auch mehr Ressourcen nötig machen.

Auch die Frage, wie die selbstorganisierten Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung eingebunden werden, soll in diesem Rahmen diskutiert werden. Das neue Gesetz ergibt 78 Änderungen, dies alles in einer Sitzung zu diskutieren wäre zu umfangreich, daher hat man die Aufteilung vorgesehen.

=> *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zur Kenntnis.*

5. JHA 16.09.2021

6. Ausbau spezialisierter Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Vorlage Nr. VL 488/2021

Die Thematik ist auch Intention des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, so Herr Ritter. Er führt in die Vorlage ein und gibt die wichtigsten dort dargestellten Punkte wieder. Er betont dabei, dass die Beratung zu sexualisierter Gewalt im Zusammenhang mit den §§ 8a und 28 SGB VIII eine Pflichtaufgabe ist und ein gesteigerter Bedarf für Siegen gesehen wird. Auch die ärztliche Beratungsstelle an der DRK Kinderklinik hat das Angebot ausgeweitet und der Kreis beschäftigt sich ebenfalls mit der Thematik.

Herr Reichenau, Leiter der Beratungsstelle, beantwortet die Fragen von Herrn Helm und Herrn Löwenberg bezüglich der Einstellung der Fachkraft, mit der man zum 01.01.2022 starten möchte, sowie zur Angliederung der Beratungsstelle an die Erziehungsberatungsstelle in der Friedrichstraße. Zur aufkommenden Frage der Finanzierung der erweiterten Beratung an der DRK-Kinderklinik bestätigt er diese durch den Kreis und berichtet von einem engen Austausch und guter Vernetzung mit der ärztlichen Beratungsstelle der Kinderklinik.

Die Fraktion B`90/Grüne begrüßt, dass vom Land NRW die Thematik aufgegriffen und Fördergelder bereitgestellt werden, so Frau Bleckmann. Ihr ist es ein Anliegen, dass die Beratungsstelle grundsätzlich Mädchen und Jungen gleichermaßen anspricht. Dies wäre ein wichtiger Lückenschluss.

Beschluss:

1. Das Beratungsangebot bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird als Teil der kommunalen Jugendhilfeplanung in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in die regionalen Maßnahmen nach § 8a SGB VIII einbezogen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**Beschluss:**

2. Der Haushaltsansatz zur Förderung der Erziehungsberatungsstelle der ev. Jugendhilfe Friedenshort wird im Falle einer entsprechenden Bewilligung der beschriebenen Landesförderung in den nächsten 5 Jahren (beginnend 2022) jährlich um den notwendigen Eigenanteil erhöht (rd. 15.000 €)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**5. JHA 16.09.2021****7. Stadtteilzentrum Lindenberg**

Vorlage Nr. VL 453/2021

Herr Dr. Matzner und Frau Matzke geben die wichtigsten Punkte der Vorlage zur sozialräumlichen Situation und zum Aufbau des Stadtteilzentrums wieder.

Herr Langer begrüßt die Einrichtung dieses Stadtteilzentrums ausdrücklich, da die Präventionsarbeit wichtig und erfolgreich ist. Er findet besonders positiv die Vielfältigkeit der Träger mit den angedachten Angeboten. Die UWG-Fraktion ist außerordentlich zufrieden mit der Idee.

Grundsätzlich findet man die Idee des Stadtteilzentrums gut, womit auch aufgegriffen wurde was in den Sozialberichten schon erkennbar war, so Herr Schollmeyer. Positiv ist auch die frühzeitige Beteiligung von freien Trägern. Wichtig und entscheidend wird sein, wie mittel- bis langfristig Kooperationen und Vernetzungen geschaffen werden können.

Auch wenn das Konzept noch in Erarbeitung ist stellt sich der aktuelle Stand schon sehr gut dar, so Frau Bleckmann. Das Stadtteilzentrum wird ausdrücklich begrüßt durch die Fraktion B`90/Grüne. Wünschenswert wäre dies für jeden Stadtteil. Sie erkundigt sich, wie das Einzugsgebiet dieses Stadtteilzentrums definiert ist. Dies interessiert vor dem Hintergrund, dass

im Siegener Osten kein Kinder- und Jugendtreff vorhanden ist und wie dahingehend vielleicht Verknüpfungen ausgebaut werden könnten. Auch würde sie eine grobe Vorstellung der Räumlichkeit interessieren.

Herr Dr. Jung berichtet, dass das Gebäude 555 m² auf 2 Ebenen besitzt. Im oberen Bereich soll es einen Veranstaltungsraum sowie einen Jugendraum geben. Im unteren Bereich gibt es weitere Räume wo die EJA-Gruppe sowie wechselnde Beratungsangebote von freien Trägern eingerichtet werden sollen. Nach den politischen Beschlüssen sollen Kinder und Jugendliche in die Weiterentwicklung des Projektes eingebunden werden. Nicht nur die Jugendarbeit im Bereich Siegen-Ost sondern generell die Infrastruktur am Lindenberg ist aktuell nicht so gut aufgestellt. Es ist daher wichtig, einen Treffpunkt für Begegnung zu schaffen. Wenn es gelingt die Jugendlichen gut anzusprechen, dann kann der Siegener Osten gegebenenfalls mit abgedeckt werden. Man muss dies jedoch beobachten und kann dazu ca. in einem halben Jahr gegebenenfalls schon mehr sagen.

Herr Vitt sieht es sehr positiv, dass sich am Lindenberg etwas in Bewegung setzt. Durch die detaillierte finanzielle Betrachtung ist der Konzeption des Zentrums bereits ein finanzieller Rahmen gesetzt. In der Vorlage werden die freien Träger als Kooperationspartner genannt, ihn interessiert, ob evtl. angedacht ist die Trägerschaft des Jugendtreffs an freie Träger abzugeben.

Die Frage der Trägerschaft hat man sich bisher nicht gestellt bzw. war für die Verwaltung klar, so Herr Dr. Jung. Aus der Vorlage ist ersichtlich, dass man im Gespräch mit den freien Trägern ist und hinsichtlich des angedachten Konzeptes vor allem personell auf Unterstützung angewiesen ist. Gemeinsam kann sich dadurch ein gutes Angebot entwickeln.

Die SPD-Fraktion wird dieses Projekt mit den genannten Vorteilen unterstützen, so Herr Thimm. Aktuell besteht eine enge Verknüpfung mit der OGS. Er erkundigt sich ob die Änderung der räumliche Situation Nachteile für die OGS haben wird.

Frau Matzke erläutert, dass man nicht aus der OGS raus will, sondern die vorhandene und bewährte Arbeit weiterführen und den Jugendbereich ausbauen möchte. Die Verzahnung der offenen Angebote für Kinder mit der OGS ist ein Erfolgsmodell, es müssen jetzt noch die Jugendlichen erreicht werden.

Frau Pflogsch erkundigt sich, ob die oberen Räume barrierefrei sind und wie die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgen wird.

Herr Dr. Jung berichtet von den bisherigen guten Beteiligungsprojekten. Wie genau dies hier ausgestaltet sein wird ist noch nicht ganz klar, wird man jedoch mit den anderen Trägern und der Schule sowie der Kita gemeinsam ausgestalten. Die Barrierefreiheit soll auch für die 2. Etage hergestellt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfezentrums im Wohngebiet Lindenberg (Stadtteilzentrum Lindenberg) gemäß den inhaltlichen Eckpunkten dieser Vorlage zum 01.01.2022.
2. Für die Ausstattung der Einrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 Abs. 2 GO NW in Höhe von 30.000 € auf H060201117 für das Jahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule.
3. Für Personal- und Sachkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 Personal und Sachkosten in Höhe von 270.000 € haushaltsneutral bereitgestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür**1 Enthaltung (AfD)****5. JHA 16.09.2021****8. Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW - Verteilung von finanziellen Fördermitteln für Sprachförderung und "plusKita" auf die Kindertageseinrichtungen in Siegen**

Vorlage Nr. VL 442/2021

Herr Dr. Jung merkt an, dass dieses Problem zukünftig häufiger aufkommen könnte aufgrund von fehlendem, entsprechend qualifiziertem Personal in den Einrichtungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, der Kindertageseinrichtung des Ev. Kirchenkreises Siegen HIWALO, Kurze Straße 14, 57080 Siegen, als nächste Kindertageseinrichtung in der Rangfolge für die Zeit vom 01.08.2021 - 31.07.2025 pro Kindergartenjahr ein Sprachförderpaket in Höhe von jeweils 30.249,00 € zu bewilligen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**5. JHA 16.09.2021****9. Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024**

Vorlage Nr. VL 465/2021

Herr Dr. Jung berichtet, dass die Maßnahme gut angelaufen ist, jedoch die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zu Problemen geführt haben. Man hofft, dass sich dies demnächst wieder bessert. Der Beschluss der Förderung erstreckte sich bisher nur bis zum 31.07., weshalb man die Förderung hier rückwirkend zum 01.08 aufgreift.

Herr Thimm erkundigt sich, ob die Fördersummen aktuell abgerufen werden und ob Kitas auch nach Beginn des Kita-Jahres noch dazukommen können.

Die Zuweisung des Landes für das kommende Jahr ist höher als für das vergangene Jahr, so Herr Dr. Jung. Es hat sich jedoch keine weitere Kita gemeldet, die am Programm teilnehmen möchte. Dies lässt sich zum einen aus der Personalsituation sowie auch mit dem Aufwand, der durch die Pandemie entstanden ist, erklären. Man bleibt im Austausch mit den Kitas und versucht weitere für das Programm zu gewinnen. Im laufenden Jahr einzusteigen ist dabei möglich. Es wird außerdem in der Vorlage vorgeschlagen, den Förderzeitraum nicht nur auf ein Jahr zu begrenzen, die Teilnahme kann jedoch auch jährlich gekündigt werden.

Herr Schiltz bittet die Trägervertreter sich an dem Projekt zu beteiligen und die Fördergelder abzurufen sowie die Einrichtungen dahingehend noch einmal anzusprechen.

Auch wenn sich die Politik dies wünscht, so lässt sich nicht immer alles umsetzen, so Herr Löwenberg. Auch er berichtet von den bestehenden Personalproblemen sowie den immensen Herausforderungen, die die Corona-Pandemie mit sich gebracht hat. Aktuell besteht noch nicht die Nachfrage/Dynamik, auch wenn er die politische Intention dahinter für richtig hält.

Frau Lauber als Vertreterin der AWO berichtet, dass die Sorgen gerade ganz andere sind neben dem bereits bekannten Personalmangel. Die aktuelle Krankheitswelle belastet die Kitas sehr. Grundsätzlich würde man solche Angebote und Förderungen in Anspruch nehmen und den Eltern dies anbieten, aber zunächst muss erstmal die Corona-Lage abgearbeitet werden mit allen einhergehenden Konsequenzen. Auch dafür würde man sich mehr Unterstützung wünschen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Förderung der seit 01.08.2020 im Projekt „Flexibilisierung von Betreuungszeiten“ gemäß § 48 KiBiz befindlichen 4 Tageseinrichtungen für Kinder wird längstens bis zum 31.07.2024 fortgesetzt.
2. Gefördert werden die in Punkt 2 der Vorlage genannten Angebote.
3. Die Angebote werden prozessbegleitend evaluiert. Über die Entwicklung der Angebote wird dem Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Bedarfsplanung berichtet.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
1 dagegen (AfD), 0 Enthaltungen**

5. JHA 16.09.2021

10. Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidstraße

Vorlage Nr. VL 444/2021

Herr Dr. Jung erklärt, dass sich die 25.000 € auf die Ausstattung des Außengeländes, also auf die Anschaffung und Aufstellung der Spielgeräte bezieht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem DRK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein als zukünftigen Träger der Kita Breitscheidstraße einen freiwilligen Zuschuss zur Herrichtung des Außenspielgeländes in Höhe von 25.000,00 € zu gewähren. Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. JHA 16.09.2021

11. Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022

Vorlage Nr. VL 514/2021

Herr Dr. Jung erläutert den Ursprung dieses Projektes und berichtet, dass im Hüttental die Breitscheidschule für drei Gruppen hergerichtet werden soll. Dafür muss die bestehende provisorische Kita in den Standort am Kindergarten umziehen können, was sich jedoch verzögert auf Anfang nächsten Jahres. Dann kann mit dem Bau begonnen werden und evtl. Anfang übernächsten Jahres die Fertigstellung erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt kann auf das Brückenprojekt verzichtet werden, da es aktuell nur ein Provisorium darstellt. Dieses wird aktuell jedoch gut angenommen, die Kinder fühlen sich wohl und die Eltern sind dankbar.

Herr Helm erkundigt sich, ob sich die Zielgruppe nur auf rumänische Kinder konzentriert. In der Vorlage ist von Flüchtlingsfamilien und Menschen in vergleichbaren Lebenslagen die Rede. Er möchte wissen, ob es dazu ein gemeinsames Konzept gibt und ob es nach Start der entstehenden Einrichtung eine gemeinsame Versorgung der Flüchtlingskinder und der rumänischen Kinder geben wird oder eine Trennung der Gruppen vorgesehen ist.

Herr Dr. Jung sagt zu, dass die Betreuung inklusiv laufen und keine Trennung vorgenommen wird. Das Brückenprojekt ist aktuell nur ein Provisorium, jedoch hilft dies den Kindern in einem pädagogisch betreuten Umfeld sehr weiter, auch für das Deutsch lernen und das soziale Miteinander.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Mittelbereitstellung in Höhe von 93.600,00 € für Personal- und Sachkosten auf 06020100/5019000 + 5281000 für die Weiterführung des Brückenprojektes in der Hüttenstr. 16c in Siegen-Geisweid ab 01.01.2022

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. JHA 16.09.2021

12. Ergänzende Besetzung Unterausschuss Kindertagesbetreuung 2020 – 2025

Vorlage Nr. VL 474/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen benennt für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung 2020 – 2025 nachfolgend aufgeführte Personen:

FDP-Fraktion	=	Herr Walter Schneider Frau Regina Schoew	Mitglied stv. Mitglied
VOLT	=	Frau Chiara Ludewig Herr Jacob Kammann	Mitglied stv. Mitglied
AfD	=	Frau Sabrina Schmidt	Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. JHA 16.09.2021

13. Besetzung Unterausschuss "Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen"

Vorlage Nr. VL 511/2021

Die noch offenen Positionen werden von den Fraktionen und Verbänden benannt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Unterausschuss „Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen“ wie folgt zu besetzen:

CDU-Fraktion	Mitglied	Helm, Martin
	Stellvertretung	Rompf-Selimi, Nazlije
SPD-Fraktion	Mitglied	Schiltz, Ingmar
	Stellvertretung	Thimm, Heiko
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Mitglied	Pflogsch, Teresa Elisabeth
	Stellvertretung	Bleckmann, Lisa
UWG-Fraktion	Mitglied	Langer, Günther
	Stellvertretung	Schmidt, Gabriele
FDP-Fraktion	Mitglied	<u>Walter Schneider</u>
	Stellvertretung	<u>Wolfgang Könen</u>
Fraktion Die Linke	Mitglied	<u>Melanie Becker</u>
	Stellvertretung	N. N.
AFD-Fraktion	Mitglied	Simon, Ursula
	Stellvertretung	<u>Schmidt, Sabrina</u>
VOLT-Fraktion	Mitglied	<u>Kammann, Jacob</u>
	Stellvertretung	N. N.
Wohlfahrtsverbände	Mitglied	Löwenberg, Horst
	Stellvertretung	N. N.
Jugendverbände	Mitglied	Schollmeyer, Wolfgang
	Stellvertretung	<u>Mühlwinkel, Jutta</u>

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. JHA 16.09.2021

14. Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“

Vorlage Nr. VL 520/2021

Herr Günther Langer erklärt sich nach § 31 GO NRW für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Dr. Matzner führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass auch für das Jahr 2022 Fördermittel in Aussicht gestellt wurden. Man möchte dafür bereits im November vorbehaltlich der Bewilligung ein Ausschreibungsverfahren starten.

Herr Dr. Jung erläutert, dass die aktuelle Förderung bis zum 31.12.2021 gilt und noch Mittel zur Verfügung stehen. Er bittet den Ausschuss, dass die Verwaltung noch eingehende Anträge auf der Grundlage der vorhandenen Kriterien bewilligen kann, um eine kurzfristige Umsetzung der Projekte zu ermöglichen. Dies würde nach dem Windhundverfahren erfolgen.

Herr Schiltz unterstützt die Ergänzung des Beschlusses, bittet jedoch um eine Mitteilung an den Ausschuss in der Sitzung im Dezember, wenn noch Anträge bewilligt wurden.

Frau Bleckmann empfindet es als eine große Leistung was die Träger in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt haben. Dem Beschlusszusatz wird man zustimmen, da es sinnvoll ist die Mittel auszuschöpfen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Verteilung der Fördermittel aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für das Förderjahr 2021 gemäß des ausgeführten Fördervorschlags.

Anträge, die bis Ende des Jahres noch eingehen, werden durch die Verwaltung entsprechend der Kriterien bewilligt, um eine kurzfristige Umsetzung der Projekte zu ermöglichen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**5. JHA 16.09.2021****15. Nachbesetzung in der Spielplatzkommission**

Vorlage Nr. VL 524/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt Herrn Helmut Müller als ordentliches und Herrn Michael Biazeck als stellvertretendes Mitglied in der Spielplatzkommission.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**5. JHA 16.09.2021**

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin



Schutzmaßnahmen und
Auswirkungen der
Corona- Pandemie für
die Kinder-, Jugend und
Familienförderung und die Sozialen Dienste der
Universitätsstadt Siegen

Jugendhilfeausschuss 16.09.2021



Organisation der Jugend- und Sozialverwaltung hier: Redundanzen:

- Redundanzen für die Führungsebene und die Sachbearbeitung:

mobiles, flexibles Arbeiten (Homeoffice)

Organisation der Jugend- und Sozialverwaltung hier: Steuerung Publikumsverkehr:

- Überwiegend schriftliche Kommunikation; Erreichbarkeit telefonisch oder per E-Mail; Vorsprachen sind möglich; Desk-Sharing-Arbeitsplätze im Rathauses Weidenau; Digitalisierungsprozess;

Keine Änderungen zur vorangegangenen Berichterstattung

Hilfen zur Erziehung

- stationäre Hilfen (Wohngruppen) und Inobhutnahmegruppen werden regulär weiter geführt.
- teilstationäre Angebote (Tagesgruppen, soz.päd. Gruppenarbeit, EJA) werden mit corona-angepassten Konzepten fortgeführt.
- ambulante Hilfen werden „corona-angemessen“ fortgeführt durch Kontakte über digitale Medien, Telefonate, Spaziergänge usw. unter Beachtung der Hygienevorschriften und Abstandsregelung

Keine Änderungen zur vorangegangenen Berichterstattung

Kinderschutz

uneingeschränkte Fortsetzung der Maßnahmen und Kontrollen im Rahmen des Kinderschutzes durch den ASD und beauftragte Träger

ASD

- persönliche Termine bei zwingender Notwendigkeit
- Verschiebung von Hilfeplangesprächen wenn möglich (intern und extern)
- Aussetzung der Abstimmungsrunden mit freien Trägern (Runde Tische, Sozialraumtreffen etc.)
- Keine Einschränkung im Kinderschutz

Beratung bei der Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung (Beratungsanspruch gem. § 8b SGB VIII)

Die Beratung kann uneingeschränkt in Anspruch genommen werden und erfolgt per Telefon oder Videokonferenz durch zertifizierte Kinderschutzfachkräfte, die durch das Familienbüro vermittelt werden.

Keine Änderungen zur vorangegangenen Berichterstattung

Jugendgerichtshilfe

- „corona-angemessene“ Fortführung der Leistungen des freien Trägers (Brücke e.V.)
- Beschränkung auf zwingend notwendige Beratungen der JGH

Amtsvormundschaften

- Fortführung zwingend notwendiger Mündelkontakte persönlich, ansonsten telefonisch und digitale Medien

Adoption

- telefonische Beratung und schriftliche Sachbearbeitung

Keine Änderungen zur vorangegangenen Berichterstattung

UVG und Beistandschaften

- telefonische Beratung
- ausschließlich schriftliche Sachbearbeitung
- Beurkundungen (Unterhalt, Vaterschaftsanerkennung, Sorgeerklärung) nach Dringlichkeit

Insgesamt:

- Schaffung von Redundanzen in allen Arbeitsgruppen zur Aufrechterhaltung der Leistungserbringung

Kindertagesbetreuung

- Grundlage war/ist die **Coronabetreuungsverordnung** (CoronaBetrVO)
- Die Finanzierung des Betriebs der Einrichtungen wurde in vollem Umfang durch Land und Jugendämter sichergestellt
- **Aktuelle Situation:**
 - Seit dem 07.06.2021 landesweit Regelbetrieb
 - **NEU:** Wenn sich ein Kind, oder Beschäftigte einer Einrichtung oder eine Kindertagespflegeperson mit dem Coronavirus infiziert hat, ist in der Regel **nur** für die betroffene Person eine 14-tägige Quarantäne vorgesehen.

Kindertagesbetreuung

- Stattdessen ist für Kontaktpersonen, die nicht geimpft sind, also auch für Kinder, eine Testpflicht vorgesehen.
- In den zwei Wochen nach dem Infektionsfall ist dreimal pro Woche ein Test durchzuführen.
- Wenn mehrere Infektionen auftreten, kann auch eine Quarantäne für Kontaktpersonen – in der Regel für einen Zeitraum von 10 Tagen – angeordnet werden. Hierüber entscheidet das Gesundheitsamt im Einzelfall. In diesem Fall ist es aber möglich, die Quarantäne bereits nach fünf Tagen durch einen negativen PCR-Test vorzeitig zu beenden.
- **Elternbeiträge** für Januar + Februar 2021 erlassen, für die Monate März, April und Mai ist der hälftige Kostenbeitrag erhoben.

„Frühe Hilfen“

- **Gruppenangebote** finden seit Anfang Juli wieder statt (z.B. „Glückskäfer“ für Säuglinge und Kleinstkinder; „Griffbereit“ für Kinder bis 3 Jahre, „Doppelt Grün genießen“ für Mütter und Kinder bis 3 Jahre)
- **Willkommensbesuche** finden unter Einhaltung der „AHA Regeln“ statt, seitdem alle Kolleginnen den vollen Impfschutz haben (Mitte Juni). Vorher wurden junge Eltern angeschrieben und erhielten das Infopaket auf dem Postweg; Angebote für telefonische Beratung, Videocall, Spaziergang wurden nur vereinzelt in Anspruch genommen
- **Begleitung durch Familienhebammen** in Hausbesuchen erfolgte durchgängig unter Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen; (in 2020 wurden 36 Familien langfristig begleitet)
- **Elterncafès** (CafePause, CafeMayla, MüZE) sind seit Anfang Juli wieder geöffnet unter Einhalten der 3 G Regeln; Kontakte fanden bis zu diesem Zeitpunkt per Videocall oder telefonisch statt

Jugendpflege/ Kinder- und Jugendschutz

- Aufbau und Pflege des digitalen Siegener Ferienspaßes
- zahlreiche zusätzliche Ferienangebote des Stadtjugendamtes
- Aktion „Eine Stadt liest ein Buch 2021“ findet erneut digital statt
- Durchführung der Spielplatzbereisung 2021 mit Spielplatzkommission
- Sommersprachcamp hat stattgefunden, Herbstsprachcamp in Planung
- neues Veranstaltungsprogramm des Kinder- und Jugendschutzes zum Schuljahr 2021/2022 für Siegener Schulen ist ausgebucht
- Interkulturelle Wochen: Konzertveranstaltung am 8. Oktober 2021 „Music against Racism!“ in Kooperation mit KJT Geisweid
- Durchgeführte Medienpädagogische Angebote: Digitaler Fachtag, digitale Elternabende an Schulen, Medienprojekt „gecheckt!“ in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Präsenz
- Kommende Veranstaltungen sind in Präsenz geplant: Elternabend, Multiplikatoren.Schulungen in Präsenz, Zirkusaktionstag, Medienseminare „Medienkompetenz JETZT“

Kinder- und Jugendarbeit in städtischen Einrichtungen

in den Sommerferien

- insgesamt 22 Wochen Ferienprogramm unter Corona-Bedingungen für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien 2021
- Ferienfreizeit für Kinder im Feriendorf Otterndorf an der Nordsee und 4-tägige Radtour im Sauerland mit Übernachtung in Zelten an der Bigge für Jugendliche, zahlreiche zusätzliche Angebote und Ausflüge im Ferienspaß

nach den Sommerferien

- Aufbau des regulären Freizeitangebotes in den KJTs
- Regelungen: allgemeine „Hygiene- und Infektionsschutzregeln“, für schulpflichtige Kinder und Jugendliche reichen die Testungen in der Schule aus, bei Gruppenangeboten in geschlossenen Räumen für bis zu 20 Teilnehmenden ist das die Maske nicht mehr verpflichtend

Jugendverbandsarbeit

Bis (fast) zu den Sommerferien hat es nur wenige Maßnahmen in der Kinder und Jugendarbeit, neben teilweise stattfindenden Gruppenstunden, gegeben. Dieses hat sich in den Sommerferien im Vergleich zu 2021 deutlich verbessert.

Die eine wichtige Aufgabe war es, die Vereine immer auf dem neusten Stand der Gesetzgebung zu halten, sie bei der Planung von Sommermaßnahmen zu unterstützen und z.B. notwendige Tests zur Verfügung zu stellen.

Übernahme von Stornokosten:

- Vereine/Träger von Freizeiten, die einen Antrag gestellt haben, würden/werden im Falle der Absage der Freizeit eine Förderung erhalten, sofern berechnete Stornokosten entstehen und nachgewiesen werden. Dieses ist bis jetzt zweimal vorgekommen.

Förderung von Tagesmaßnahmen:

Förderung von Tagesaktionen oder mehrtägigen Aktionen (ohne Übernachtung), die aufgrund des Wegfalls von Maßnahmen (mit Übernachtung) oder zur Erweiterung des Angebots für Kinder und Jugendliche angeboten werden.

Förderung von Aktionen im Ferienspaß 2021:

- Förderung von eintägigen und mehrtägigen Aktionen, die im neuen „online Ferienspaß 2021“ veröffentlicht wurden/werden. Dieses Angebot ist gut genutzt worden und wird, da es keine zeitliche Begrenzung gibt, auch weiterhin genutzt. Es gibt die ersten Überlegungen diesen Bereich noch breiter auszubauen.

Digitale Beratung und Schulungen:

- Schulungen werden auf digitale Formate umgestellt und es gibt durchgängig eine Beratung der Ehrenamtlichen zur Umsetzung der jeweiligen Coronaschutzverordnung. Die Gremien haben sich nur digital getroffen.

SYNOPSE

Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) vom 3.6.2021

BGBI. 2021 I, 1444

Inkrafttreten: 10.6.2021¹



~~durchgestrichen/unterstrichen~~ = an neuen Standort verschoben

nicht fett/orange = neuer Standort ohne inhaltliche Änderung²

Bisherige Fassung	Neufassung
Sozialgesetzbuch Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)	
§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. [...] (3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere 1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, 3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, 4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.	§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten , eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. [...] (3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere 1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, 2. jungen Menschen ermöglichen oder erleichtern, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können, 3. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, 4. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, 5. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

¹ Ausnahmen:
zum 1.1.2022: § 99 Absatz 9 SGB VIII nF, § 102 Absatz 2 Nummer 8 SGB VIII nF;
zum 1.1.2023: § 99 Absatz 8 SGB VIII nF, § 1795 Absatz 1 Satz 3 BGB nF;
zum 1.1.2024: § 10b SGB VIII nF;
zum 1.1.2028: § 10 Absatz 4 und Absatz 5 SGB VIII nF.

² Betrifft § 37 Absatz 3 SGB VIII nF, § 37a SGB VIII nF, § 37b Absatz 3 SGB VIII nF, § 37c Absatz 4 SGB VIII nF, § 41a Absatz 1 SGB VIII nF.

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14), 2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21), 3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ 22 bis 25), 4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40), 5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40), 6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41). <p>(3) [...]</p>	<p>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14), 2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21), 3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (§§ 22 bis 25), 4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40), 5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40), 6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (den §§ 41 und 41a). <p>(3) [...]</p>
<p>§ 4 Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe</p> <p>[...]</p> <p>(3) Die öffentliche Jugendhilfe soll die freie Jugendhilfe nach Maßgabe dieses Buches fördern und dabei die verschiedenen Formen der Selbsthilfe stärken.</p>	<p>§ 4 Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe</p> <p>[...]</p> <p>(3) Die öffentliche Jugendhilfe soll die freie Jugendhilfe nach Maßgabe dieses Buches fördern und dabei die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken.</p>
	<p>§ 4a Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung</p> <p>(1) Selbstorganisierte Zusammenschlüsse nach diesem Buch sind solche, in denen sich nicht in berufsständische Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe eingebundene Personen, insbesondere Leistungsberechtigte und Leistungsempfänger nach diesem Buch sowie ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe tätige Personen, nicht nur vorübergehend mit dem Ziel zusammenschließen, Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen, zu begleiten und zu fördern, sowie Selbsthilfekontaktstellen. Sie umfassen Selbstvertretungen sowohl innerhalb von Einrichtungen und Institutionen als auch im Rahmen gesellschaftlichen Engagements zur Wahrnehmung eigener Interessen sowie die verschiedenen Formen der Selbsthilfe.</p> <p>(2) Die öffentliche Jugendhilfe arbeitet mit den selbstorganisierten Zusammenschlüssen zusammen, insbesondere zur Lösung von Problemen im Gemeinwesen oder innerhalb von Einrichtungen zur Beteiligung in diese</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>betreffenden Angelegenheiten, und wirkt auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit diesen innerhalb der freien Jugendhilfe hin.</p> <p>(3) Die öffentliche Jugendhilfe soll die selbst-organisierten Zusammenschlüsse nach Maßgabe dieses Buches anregen und fördern.</p>
<p>§ 7 Begriffsbestimmungen [...]</p> <p>(2) Kind im Sinne des § 1 Absatz 2 ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.</p> <p>(3) Werktage im Sinne der §§ 42a bis 42c sind die Wochentage Montag bis Freitag; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage.</p> <p>(4) Die Bestimmungen dieses Buches, die sich auf die Annahme als Kind beziehen, gelten nur für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p>	<p>§ 7 Begriffsbestimmungen [...]</p> <p>(2) Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und junge Menschen mit Behinderungen im Sinne dieses Buches sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und junge Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.</p> <p>(3) Kind im Sinne des § 1 Absatz 2 ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.</p> <p>(4) Werktage im Sinne der §§ 42a bis 42c sind die Wochentage Montag bis Freitag; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage.</p> <p>(5) Die Bestimmungen dieses Buches, die sich auf die Annahme als Kind beziehen, gelten nur für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p>
<p>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen [...]</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.</p>	<p>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen [...]</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt. Die Beratung kann auch durch einen Träger der freien Jugendhilfe erbracht werden; § 36a Absatz 2 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Beteiligung und Beratung von Kindern und Jugendlichen nach diesem Buch erfolgen in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form.</p>
<p>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammen-</p>	<p>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammen-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>wirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.</p> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p> <p>[...]</p> <p>(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen, 2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie 3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. <p>In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.</p>	<p>wirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen sowie 2. Personen, die gemäß § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz dem Jugendamt Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen. <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p> <p>[...]</p> <p>(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen, 2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie 3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. <p>In den Vereinbarungen sind die Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft zu regeln, die insbesondere auch den spezifischen Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen Rechnung tragen. Daneben ist in die Vereinbarungen insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(5) Werden einem örtlichen Träger gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sind dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen örtlichen Träger die Daten mitzuteilen, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a erforderlich ist. Die Mitteilung soll im Rahmen eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche beteiligt werden sollen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</p>	<p>(5) In Vereinbarungen mit Kindertagespflegepersonen, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass diese bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes eine Gefährdungseinschätzung vornehmen und dabei eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzuziehen. Die Erziehungsberechtigten sowie das Kind sind in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes nicht in Frage gestellt wird. Absatz 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.</p> <p>(6) Werden einem örtlichen Träger gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sind dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen örtlichen Träger die Daten mitzuteilen, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a erforderlich ist. Die Mitteilung soll im Rahmen eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche beteiligt werden sollen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</p>
<p>§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen</p> <p>[...]</p> <p>(2) Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien</p> <ol style="list-style-type: none"> zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten. 	<p>§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen</p> <p>[...]</p> <p>(2) Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien</p> <ol style="list-style-type: none"> zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten. <p>(3) Bei der fachlichen Beratung nach den Absätzen 1 und 2 wird den spezifischen Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen Rechnung getragen.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen</p> <p>Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung sowie die Rechte der Personensorgeberechtigten und des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bestimmung der religiösen Erziehung zu beachten, 2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen, 3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern. 	<p>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von jungen Menschen</p> <p>Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung sowie die Rechte der Personensorgeberechtigten und des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bestimmung der religiösen Erziehung zu beachten, 2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen, 3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen, Jungen sowie transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, 4. die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen umzusetzen und vorhandene Barrieren abzubauen.
	<p>§ 9a Ombudsstellen</p> <p>In den Ländern wird sichergestellt, dass sich junge Menschen und ihre Familien zur Beratung in sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe an eine Ombudsstelle wenden können. Die hierzu dem Bedarf von jungen Menschen und ihren Familien entsprechend errichteten Ombudsstellen arbeiten unabhängig und sind fachlich nicht weisungsgebunden. § 17 Absatz 1 bis 2a des Ersten Buches gilt für die Beratung sowie die Vermittlung und Klärung von Konflikten durch die Ombudsstellen entsprechend. Das Nähere regelt das Landesrecht.</p>
<p><i>Fassung ab 1.1.2024 (geändert durch das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12.12.2019, BGBl. 2019 I, 2652; Hinzufügung von Absatz 5)</i></p> <p>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Neunten und Zwölften Buch vor. Abweichend von Satz 1 gehen Leis-</p>	<p><i>Inkrafttreten von Absatz 4 und Absatz 5</i> <i>1.1.2028</i></p> <p>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Neunten Buch vor. Leistungen nach diesem Buch für junge Men-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>tungen nach § 27a Absatz 1 in Verbindung mit § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches und Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch für junge Menschen, die körperlich oder geistig behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, den Leistungen nach diesem Buch vor. Landesrecht kann regeln, dass Leistungen der Frühförderung für Kinder unabhängig von der Art der Behinderung vorrangig von anderen Leistungsträgern gewährt werden.</p> <p>(5) Soweit Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 39 erbracht werden, gehen sie den Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 93 des Vierzehnten Buches vor.</p>	<p>schen mit seelischer Behinderung oder einer drohenden seelischen Behinderung werden auch für junge Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung oder mit einer drohenden körperlichen oder geistigen Behinderung vorrangig vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährt. Das Nähere über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den leistungsberechtigten Personenkreis, 2. Art und Umfang der Leistung, 3. die Kostenbeteiligung und 4. das Verfahren <p>bestimmt ein Bundesgesetz auf Grundlage einer prospektiven Gesetzesevaluation.</p> <p>(5) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Zwölften Buch vor. Abweichend von Satz 1 gehen Leistungen nach § 27a Absatz 1 in Verbindung mit § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches den Leistungen nach diesem Buch vor.</p> <p>(6) Soweit Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 39 erbracht werden, gehen sie den Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 93 des Vierzehnten Buches vor.</p>
	<p>Außerkrafttreten von Absatz 3: 1.1.2028</p> <p>§ 10a Beratung</p> <p>(1) Zur Wahrnehmung ihrer Rechte nach diesem Buch werden junge Menschen, Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsbeauftragte, die leistungsberechtigt sind oder Leistungen nach § 2 Absatz 2 erhalten sollen, in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form, auf ihren Wunsch auch im Beisein einer Person ihres Vertrauens, beraten.</p> <p>(2) Die Beratung umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Familiensituation oder die persönliche Situation des jungen Menschen, Bedarfe, vorhandene Ressourcen sowie mögliche Hilfen, 2. die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem, 3. die Leistungen anderer Leistungsträger, 4. mögliche Auswirkungen und Folgen einer Hilfe, 5. die Verwaltungsabläufe, 6. Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung, 7. Hinweise auf andere Beratungsangebote im Sozialraum.

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>Soweit erforderlich, gehört zur Beratung auch Hilfe bei der Antragstellung, bei der Klärung weiterer zuständiger Leistungsträger, bei der Inanspruchnahme von Leistungen sowie bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten.</p> <p>(3) Bei minderjährigen Leistungsberechtigten nach § 99 des Neunten Buches nimmt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit Zustimmung des Personensorgeberechtigten am Gesamtplanverfahren nach § 117 Absatz 6 des Neunten Buches beratend teil.</p>
	<p><u>Inkrafttreten: 1.1.2024</u></p> <p><u>Außerkrafttreten: 1.1.2028</u></p> <p>§ 10b Verfahrenslotse</p> <p>(1) Junge Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe wegen einer Behinderung oder wegen einer drohenden Behinderung geltend machen oder bei denen solche Leistungsansprüche in Betracht kommen, sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten haben bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung dieser Leistungen Anspruch auf Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen. Der Verfahrenslotse soll die Leistungsberechtigten bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen der Eingliederungshilfe unabhängig unterstützen sowie auf die Inanspruchnahme von Rechten hinwirken. Diese Leistung wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erbracht.</p> <p>(2) Der Verfahrenslotse unterstützt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen in dessen Zuständigkeit. Hierzu berichtet er gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe halbjährlich insbesondere über Erfahrungen der strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit anderen Rehabilitationsträgern.</p>
<p>§ 11 Jugendarbeit</p> <p>(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.</p>	<p>§ 11 Jugendarbeit</p> <p>(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der An-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
(2) [...] [...]	gebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden. (2) [...] [...]
§ 13 Jugendsozialarbeit [...] (4) Die Angebote sollen mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt werden.	§ 13 Jugendsozialarbeit [...] (4) Die Angebote sollen mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter , der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt werden.
	§ 13a Schulsozialarbeit Schulsozialarbeit umfasst sozialpädagogische Angebote nach diesem Abschnitt, die jungen Menschen am Ort Schule zur Verfügung gestellt werden. Die Träger der Schulsozialarbeit arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Schulen zusammen. Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben der Schulsozialarbeit wird durch Landesrecht geregelt. Dabei kann durch Landesrecht auch bestimmt werden, dass Aufgaben der Schulsozialarbeit durch andere Stellen nach anderen Rechtsvorschriften erbracht werden.
§ 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie (1) Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Sie sollen dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie sollen auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können. (2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere 1. Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie	§ 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie (1) Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Diese Leistungen sollen Erziehungsberechtigte bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und dazu beitragen, dass Familien sich die für ihre jeweilige Erziehungs- und Familiensituation erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere in Fragen von Erziehung, Beziehung und Konfliktbewältigung, von Gesundheit, Bildung, Medienkompetenz, Hauswirtschaft sowie der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit aneignen können und in ihren Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe und Partizipation gestärkt werden. Sie sollen auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können. (2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere 1. Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten,</p> <p>2. Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen,</p> <p>3. Angebote der Familienfreizeit und der Familienerholung, insbesondere in belastenden Familiensituationen, die bei Bedarf die erzieherische Betreuung der Kinder einschließen.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen, zu ihrer Teilhabe beitragen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten,</p> <p>2. Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen,</p> <p>3. Angebote der Familienfreizeit und der Familienerholung, insbesondere in belastenden Familiensituationen, die bei Bedarf die erzieherische Betreuung der Kinder einschließen.</p> <p>Dabei soll die Entwicklung vernetzter, kooperativer, niedrigschwelliger, partizipativer und sozialraumorientierter Angebotsstrukturen unterstützt werden.</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p>§ 19 Gemeinsame Wohnformen für Mütter/ Väter und Kinder</p> <p>(1) Mütter oder Väter, die allein für ein Kind unter sechs Jahren zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen, sollen gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut werden, wenn und solange sie auf Grund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung des Kindes bedürfen. Die Betreuung schließt auch ältere Geschwister ein, sofern die Mutter oder der Vater für sie allein zu sorgen hat. Eine schwangere Frau kann auch vor der Geburt des Kindes in der Wohnform betreut werden.</p> <p>(2) Während dieser Zeit soll darauf hingewirkt werden, dass die Mutter oder der Vater eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnt oder fortführt oder eine Berufstätigkeit aufnimmt.</p>	<p>§ 19 Gemeinsame Wohnformen für Mütter/ Väter und Kinder</p> <p>(1) Mütter oder Väter, die allein für ein Kind unter sechs Jahren zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen, sollen gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut werden, wenn und solange sie auf Grund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung des Kindes bedürfen. Die Betreuung schließt auch ältere Geschwister ein, sofern die Mutter oder der Vater für sie allein zu sorgen hat. Die Betreuung umfasst Leistungen, die die Bedürfnisse der Mutter oder des Vaters sowie des Kindes und seiner Geschwister gleichermaßen berücksichtigen. Eine schwangere Frau kann auch vor der Geburt des Kindes in der Wohnform betreut werden.</p> <p>(2) Mit Zustimmung des betreuten Elternteils soll auch der andere Elternteil oder eine Person, die für das Kind tatsächlich sorgt, in die Leistung einbezogen werden, wenn und soweit dies dem Leistungszweck dient. Abweichend von Absatz 1 Satz 1 kann diese Einbeziehung die gemeinsame Betreuung der in Satz 1 genannten Personen mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform umfassen, wenn und solange dies zur Erreichung des Leistungszwecks erforderlich ist.</p> <p>(3) Während dieser Zeit soll darauf hingewirkt werden, dass die Mutter oder der Vater eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnt oder fortführt oder eine Berufstätigkeit aufnimmt.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(3) Die Leistung soll auch den notwendigen Unterhalt der betreuten Personen sowie die Krankenhilfe nach Maßgabe des § 40 umfassen.</p>	<p>(4) Die Leistung soll auch den notwendigen Unterhalt der betreuten Personen sowie die Krankenhilfe nach Maßgabe des § 40 umfassen.</p>
<p>§ 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen</p> <p>(1) Fällt der Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll der andere Elternteil bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes unterstützt werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> er wegen berufsbedingter Abwesenheit nicht in der Lage ist, die Aufgabe wahrzunehmen, die Hilfe erforderlich ist, um das Wohl des Kindes zu gewährleisten, <p>3- Angebote der Förderung des Kindes in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege nicht ausreichen.</p> <p>(2) Fällt ein allein-erziehender Elternteil oder fallen beide Elternteile aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll unter der Voraussetzung des Absatzes 1 Nummer 3 das Kind im elterlichen Haushalt versorgt und betreut werden, wenn und solange es für sein Wohl erforderlich ist.</p>	<p>§ 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen</p> <p>(1) Eltern haben einen Anspruch auf Unterstützung bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> ein Elternteil, der für die Betreuung des Kindes überwiegend verantwortlich ist, aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen ausfällt, das Wohl des Kindes nicht anderweitig, insbesondere durch Übernahme der Betreuung durch den anderen Elternteil, gewährleistet werden kann, der familiäre Lebensraum für das Kind erhalten bleiben soll und Angebote der Förderung des Kindes in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege nicht ausreichen. <p>(2) Unter der Voraussetzung, dass eine Vereinbarung nach Absatz 3 Satz 2 abgeschlossen wurde, können bei der Betreuung und Versorgung des Kindes auch ehrenamtlich tätige Patinnen und Paten zum Einsatz kommen. Die Art und Weise der Unterstützung und der zeitliche Umfang der Betreuung und Versorgung des Kindes sollen sich nach dem Bedarf im Einzelfall richten.</p> <p>(3) § 36a Absatz 2 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die niedrigschwellige unmittelbare Inanspruchnahme insbesondere zugelassen werden soll, wenn die Hilfe von einer Erziehungsberatungsstelle oder anderen Beratungsdiensten und -einrichtungen nach § 28 zusätzlich angeboten oder vermittelt wird. In den Vereinbarungen entsprechend § 36a Absatz 2 Satz 2 sollen insbesondere auch die kontinuierliche und flexible Verfügbarkeit der Hilfe sowie die professionelle Anleitung und Begleitung beim Einsatz von ehrenamtlichen Patinnen und Paten sichergestellt werden.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 22 Grundsätze der Förderung</p> <p>(1) Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des Personensorgeberechtigten geleistet. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht. Es kann auch regeln, dass Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen geleistet wird.</p> <p>(2) Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern, 2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen, 3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können. <p>(3) [...] [...]</p>	<p>§ 22 Grundsätze der Förderung</p> <p>(1) Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Kindertagespflegeperson in ihrem Haushalt, im Haushalt des Erziehungsberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen geleistet. Nutzen mehrere Kindertagespflegepersonen Räumlichkeiten gemeinsam, ist die vertragliche und pädagogische Zuordnung jedes einzelnen Kindes zu einer bestimmten Kindertagespflegeperson zu gewährleisten. Eine gegenseitige kurzzeitige Vertretung der Kindertagespflegepersonen aus einem gewichtigen Grund steht dem nicht entgegen. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht.</p> <p>(2) Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern, 2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen, 3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und familiäre Pflege besser miteinander vereinbaren zu können. <p>Hierzu sollen sie die Erziehungsberechtigten einbeziehen und mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe und anderen Personen, Diensten oder Einrichtungen, die bei der Leistungserbringung für das Kind tätig werden, zusammenarbeiten. Sofern Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam gefördert werden, arbeiten die Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege und der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit anderen beteiligten Rehabilitationsträgern zusammen.</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen [...]</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen zusammenarbeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit den Erziehungsberechtigten und Tagespflegepersonen zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses, 	<p>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen [...]</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen zusammenarbeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit den Erziehungsberechtigten und Kindertagespflegepersonen zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, insbesondere solchen der Familienbildung und -beratung,</p> <p>3. mit den Schulen, um den Kindern einen guten Übergang in die Schule zu sichern und um die Arbeit mit Schulkindern in Horten und altersgemischten Gruppen zu unterstützen.</p> <p>Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.</p> <p>[...]</p> <p>(4) Kinder mit und ohne Behinderung sollen, sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen gemeinsam gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten.</p> <p>(5) [...]</p>	<p>2. mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, insbesondere solchen der Familienbildung und -beratung,</p> <p>3. mit den Schulen, um den Kindern einen guten Übergang in die Schule zu sichern und um die Arbeit mit Schulkindern in Horten und altersgemischten Gruppen zu unterstützen.</p> <p>Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.</p> <p>[...]</p> <p>(4) Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen sollen gemeinsam gefördert werden. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, sind zu berücksichtigen.</p> <p>(5) [...]</p>
<p>§ 23 Förderung in Kindertagespflege</p> <p>(1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.</p> <p>(2) Die laufende Geldleistung nach Absatz 1 umfasst</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für den Sachaufwand entstehen, 2. einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung nach Maßgabe von Absatz 2a, 3. die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und 4. die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Krankenversicherung und Pflegeversicherung. <p>(2a) Die Höhe der laufenden Geldleistung wird von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt, soweit Landesrecht</p>	<p>§ 23 Förderung in Kindertagespflege</p> <p>(1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Kindertagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Kindertagespflegeperson.</p> <p>(2) Die laufende Geldleistung nach Absatz 1 umfasst</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Erstattung angemessener Kosten, die der Kindertagespflegeperson für den Sachaufwand entstehen, 2. einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung nach Maßgabe von Absatz 2a, 3. die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer angemessenen Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Kindertagespflegeperson und 4. die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung. <p>(2a) Die Höhe der laufenden Geldleistung wird von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt, soweit Landesrecht</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>nicht etwas anderes bestimmt. Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung der Tagespflegeperson ist leistungsgerecht auszugestalten. Dabei sind der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl sowie der Förderbedarf der betreuten Kinder zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Geeignet im Sinne von Absatz 1 sind Personen, die sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Tagespflegepersonen auszeichnen und über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben.</p> <p>(4) Erziehungsberechtigte und Tagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege. Für Ausfallzeiten einer Tagespflegeperson ist rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglichkeit für das Kind sicherzustellen. Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.</p>	<p>nicht etwas anderes bestimmt. Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung der Kindertagespflegeperson ist leistungsgerecht auszugestalten. Dabei sind der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl sowie der Förderbedarf der betreuten Kinder zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Geeignet im Sinne von Absatz 1 sind Personen, die sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Kindertagespflegepersonen auszeichnen und über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben.</p> <p>(4) Erziehungsberechtigte und Kindertagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege. Für Ausfallzeiten einer Kindertagespflegeperson ist rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglichkeit für das Kind sicherzustellen. Zusammenschlüsse von Kindertagespflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.</p>
<p>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</p> <p>(1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder 2. die Erziehungsberechtigten <ol style="list-style-type: none"> a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind, b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten. <p>Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</p> <p>(1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder 2. die Erziehungsberechtigten <ol style="list-style-type: none"> a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind, b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten. <p>Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 27 Hilfe zur Erziehung</p> <p>[...]</p> <p>(2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Die Hilfe ist in der Regel im Inland zu erbringen; sie darf nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der Hilfeplanung zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist.</p> <p>[...]</p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen.</p> <p>(4) [...]</p>	<p>§ 27 Hilfe zur Erziehung</p> <p>[...]</p> <p>(2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p>[...]</p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Bei Bedarf soll sie Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen und kann mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden. Die in der Schule oder Hochschule wegen des erzieherischen Bedarfs erforderliche Anleitung und Begleitung können als Gruppenangebote an Kinder oder Jugendliche gemeinsam erbracht werden, soweit dies dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p>(4) [...]</p>
<p>§ 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</p> <p>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und 2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist. <p>Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p>	<p>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung</p> <p>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und 2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist. <p>Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieser Vorschrift sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<ol style="list-style-type: none"> 1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, 2. eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, eines Psychotherapeuten mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen oder 3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p> <p>(2) [...] [...]</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, 2. eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, eines Psychotherapeuten mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen oder 3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Enthält die Stellungnahme auch Ausführungen zu Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, so sollen diese vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen seiner Entscheidung angemessen berücksichtigt werden. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p> <p>(2) [...] [...]</p>
<p>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</p> <p>(1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Vor und während einer langfristig zu leistenden Hilfe außerhalb der eigenen Familie ist zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt. Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die in Satz 1 genannten Personen bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans nach Absatz 2 geboten ist.</p>	<p>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</p> <p>(1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Es ist sicherzustellen, dass Beratung und Aufklärung nach Satz 1 in einer für den Personensorgeberechtigten und das Kind oder den Jugendlichen verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form erfolgen.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Erscheinen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung erforderlich, so sollen auch die für die Eingliederung zuständigen Stellen beteiligt werden.</p> <p>(3) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p>(4) Vor einer Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird, soll zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person eingeholt werden.</p>	<p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Hat das Kind oder der Jugendliche ein oder mehrere Geschwister, so soll der Geschwisterbeziehung bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe Rechnung getragen werden.</p> <p>(3) Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe oder der notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist, sollen öffentliche Stellen, insbesondere andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger oder die Schule beteiligt werden. Gewährt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen zur Teilhabe, sind die Vorschriften zum Verfahren bei einer Mehrheit von Rehabilitationsträgern nach dem Neunten Buch zu beachten.</p> <p>(4) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p>(5) Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe oder der notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist und dadurch der Hilfezweck nicht in Frage gestellt wird, sollen Eltern, die nicht personensorgeberechtigt sind, an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung beteiligt werden; die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang deren Beteiligung erfolgt, soll im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen sowie der Willensäußerung des Personensorgeberechtigten getroffen werden.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 36a Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung [...]</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrigschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten Hilfen, insbesondere der Erziehungsberatung, zulassen. Dazu soll er mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>§ 36a Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung [...]</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrigschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten Hilfen, insbesondere der Erziehungsberatung nach § 28, zulassen. Dazu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden. Dabei finden der nach § 80 Absatz 1 Nummer 2 ermittelte Bedarf, die Planungen zur Sicherstellung des bedarfsgerechten Zusammenwirkens der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien nach § 80 Absatz 2 Nummer 3 sowie die geplanten Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung nach § 80 Absatz 3 Beachtung.</p> <p>(3) [...]</p>
	<p>§ 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</p> <p>(1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung sind von den zuständigen öffentlichen Stellen, insbesondere von Sozialleistungsträgern oder Rehabilitationsträgern rechtzeitig im Rahmen des Hilfeplans Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs zu treffen. Im Rahmen der Beratungen zum Zuständigkeitsübergang prüfen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die andere öffentliche Stelle, insbesondere der andere Sozialleistungsträger oder Rehabilitationsträger gemeinsam, welche Leistung nach dem Zuständigkeitsübergang dem Bedarf des jungen Menschen entspricht.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 werden bei einem Zuständigkeitsübergang vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf einen Träger der Eingliederungshilfe rechtzeitig im Rahmen eines Teilhabeplanverfahrens nach § 19 des Neunten Buches die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer nahtlosen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung nach dem Zuständigkeitsübergang geklärt. Die Teilhabeplanung ist frühzeitig, in der Regel ein Jahr vor dem voraussichtlichen Zuständigkeitswechsel, vom Träger der Jugendhilfe einzuleiten. Mit Zustimmung des Leistungsberech-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>tigten oder seines Personensorgeberechtigten ist eine Teilhabeplankonferenz nach § 20 des Neunten Buches durchzuführen. Stellt der beteiligte Träger der Eingliederungshilfe fest, dass seine Zuständigkeit sowie die Leistungsberechtigung absehbar gegeben sind, soll er entsprechend § 19 Absatz 5 des Neunten Buches die Teilhabeplanung vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernehmen. Dies beinhaltet gemäß § 21 des Neunten Buches auch die Durchführung des Verfahrens zur Gesamtplanung nach den §§ 117 bis 122 des Neunten Buches.</p>
<p>§ 37 Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</p> <p>(1) Bei Hilfen nach §§ 32 bis 34 und § 35a Absatz 2 Nummer 3 und 4 soll darauf hingewirkt werden, dass die Pflegepersonen oder die in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Personen und die Eltern zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zusammenarbeiten. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Während dieser Zeit soll durch begleitende Beratung und Unterstützung der Familien darauf hingewirkt werden, dass die Beziehung des Kindes oder Jugendlichen zur Herkunftsfamilie gefördert wird. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet werden.</p> <p>(2) Die Pflegepersonen hat vor der Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung; dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch Eingliederungshilfe gewährt wird oder die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten ein-</p>	<p>§ 37 Beratung und Unterstützung der Eltern, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</p> <p>(1) Werden Hilfen nach den §§ 32 bis 34 und 35a Absatz 2 Nummer 3 und 4 gewährt, haben die Eltern einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so dienen die Beratung und Unterstützung der Eltern sowie die Förderung ihrer Beziehung zum Kind der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive.</p> <p>(2) Bei den in Absatz 1 Satz 1 genannten Hilfen soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Person und der Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen fördern. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellt dies durch eine abgestimmte Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 1 und § 37a sicher.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>schließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet wird. § 23 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend. s. bei § 37a SGB VIII nF</p> <p>(2a) Die Art und Weise der Zusammenarbeit sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im Hilfeplan zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, 35a Absatz 2 Nummer 3 und § 41 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen. Eine Abweichung von den dort getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Hilfebedarfs und entsprechender Änderung des Hilfeplans zulässig. s. bei § 37c Abs. 4 SGB VIII nF</p> <p>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob die Pflegeperson eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Erziehung gewährleistet. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen. s. bei § 37b Abs. 3 SGB VIII nF</p>	<p>(3) Sofern der Inhaber der elterlichen Sorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson so weit einschränkt, dass die Einschränkung eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung nicht mehr ermöglicht, sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten. Auch bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten. s. bei § 38 SGB VIII aF</p>
	<p>§ 37a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson</p> <p>Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder des Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch Eingliederungshilfe gewährt wird, und in den Fällen, in denen die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet werden. Zusammenschlüsse von Pflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden. s. bei § 37 Abs. 2 SGB VIII aF</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>§ 37b Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege</p> <p>(1) Das Jugendamt stellt sicher, dass während der Dauer des Pflegeverhältnisses ein nach Maßgabe fachlicher Handlungsleitlinien gemäß § 79a Satz 2 entwickeltes Konzept zur Sicherung der Rechte des Kindes oder des Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt angewandt wird. Hierzu sollen die Pflegeperson sowie das Kind oder der Jugendliche vor der Aufnahme und während der Dauer des Pflegeverhältnisses beraten und an der auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogenen Ausgestaltung des Konzepts beteiligt werden.</p> <p>(2) Das Jugendamt gewährleistet, dass das Kind oder der Jugendliche während der Dauer des Pflegeverhältnisses Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten hat und informiert das Kind oder den Jugendlichen hierüber.</p> <p>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung bei der Pflegeperson gewährleistet ist. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen.</p> <p><u>s. bei § 37 Abs. 3 SGB VIII aF</u></p>
	<p>§ 37c Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</p> <p>(1) Bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans nach § 36 Absatz 2 Satz 2 ist bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie prozesshaft auch die Perspektive der Hilfe zu klären. Der Stand der Perspektivklärung nach Satz 1 ist im Hilfeplan zu dokumentieren.</p> <p>(2) Maßgeblich bei der Perspektivklärung nach Absatz 1 ist, ob durch Leistungen nach diesem Abschnitt die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass die Herkunftsfamilie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen, betreuen und fördern kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>andere, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet werden. In diesem Fall ist vor und während der Gewährung der Hilfe insbesondere zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt.</p> <p>(3) Bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegeperson sind der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche oder bei Hilfen nach § 41 der junge Volljährige zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen des Leistungsberechtigten ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans geboten ist. Bei der Auswahl einer Pflegeperson, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Bereichs des örtlich zuständigen Trägers hat, soll der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe beteiligt werden, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(4) Die Art und Weise der Zusammenarbeit nach § 37 Absatz 2 sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im Hilfeplan zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, 35a Absatz 2 Nummer 3 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung und Unterstützung der Eltern nach § 37 Absatz 1 und der Pflegeperson nach § 37a Absatz 1 sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen nach § 39. Bei Hilfen für junge Volljährige nach § 41 gilt dies entsprechend in Bezug auf den vereinbarten Umfang der Beratung und Unterstützung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt. Eine Abweichung von den im Hilfeplan gemäß den Sätzen 1 bis 3 getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Hilfebedarfs und entsprechender Änderung des Hilfeplans auch bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit zulässig. <u>s. bei § 37 Abs. 2a SGB VIII af</u></p>
<p>§ 38 Vermittlung bei der Ausübung der Personensorge</p> <p>Sofern der Inhaber der Personensorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Vertretungsmacht der Pflegeperson soweit einschränkt, dass dies eine dem Wohl des Kindes</p>	<p>§ 38 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</p> <p>(1) Hilfen nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen. Sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der Hilfeplanung zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>oder des Jugendlichen förderliche Erziehung nicht mehr ermöglicht, sowie bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten.</p> <p><u>s. bei § 37 Abs. 3 SGB VIII nF</u></p>	<p>ist und die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates sowie</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 die Voraussetzungen des Artikels 56 oder 2. im Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern die Voraussetzungen des Artikels 33 erfüllt sind. <p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person einholen, 2. sicherstellen, dass der Leistungserbringer <ol style="list-style-type: none"> a) über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird, b) Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des aufnehmenden Staates einschließlich des Aufenthaltsrechts einhält, insbesondere vor Beginn der Leistungserbringung die in Absatz 1 Satz 2 genannten Maßgaben erfüllt, und mit den Behörden des aufnehmenden Staates sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet, c) mit der Erbringung der Hilfen nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 beauftragt, d) über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abschließt; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden, e) Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich anzeigt und

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>3. die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen.</p> <p>(3) Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans sollen nach Maßgabe von § 36 Absatz 2 Satz 2 am Ort der Leistungserbringung unter Beteiligung des Kindes oder des Jugendlichen erfolgen. Unabhängig von der Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans nach Satz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach den Erfordernissen im Einzelfall an Ort und Stelle überprüfen, ob die Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b und c sowie Nummer 3 weiter erfüllt sind.</p> <p>(4) Besteht die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 oder die Eignung der mit der Leistungserbringung betrauten Einrichtung oder Person nicht fort, soll die Leistungserbringung im Ausland unverzüglich beendet werden.</p> <p>(5) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Beginn und das geplante Ende der Leistungserbringung im Ausland unter Angabe von Namen und Anschrift des Leistungserbringers, des Aufenthaltsorts des Kindes oder Jugendlichen sowie der Namen der mit der Erbringung der Hilfe betrauten Fachkräfte, 2. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie 3. die bevorstehende Beendigung der Leistungserbringung im Ausland <p>zu melden sowie</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. einen Nachweis zur Erfüllung der aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates und im Anwendungsbe- reich <ol style="list-style-type: none"> a) der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 56, b) des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der el-

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>terlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 33</p> <p>zu übermitteln. Die erlaubniserteilende Behörde wirkt auf die unverzügliche Beendigung der Leistungserbringung im Ausland hin, wenn sich aus den Angaben nach Satz 1 ergibt, dass die an die Leistungserbringung im Ausland gestellten gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt sind.</p>
<p>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</p> <p>(1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) [...]</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p> <p><u>s. bei § 41a Abs. 1 SGB VIII nF</u></p>	<p>§ 41 Hilfe für junge Volljährige</p> <p>(1) Junge Volljährige erhalten geeignete und notwendige Hilfe nach diesem Abschnitt, wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden. Eine Beendigung der Hilfe schließt die erneute Gewährung oder Fortsetzung einer Hilfe nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 nicht aus.</p> <p>(2) [...]</p> <p>(3) Soll eine Hilfe nach dieser Vorschrift nicht fortgesetzt oder beendet werden, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ab einem Jahr vor dem hierfür im Hilfeplan vorgesehenen Zeitpunkt, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt; § 36b gilt entsprechend.</p>
	<p>§ 41a Nachbetreuung</p> <p>(1) Junge Volljährige werden innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang und in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form beraten und unterstützt.</p> <p><u>s. bei § 41 Abs. 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(2) Der angemessene Zeitraum sowie der notwendige Umfang der Beratung und Unterstützung nach Beendigung der Hilfe sollen in dem Hilfeplan nach § 36 Absatz 2 Satz 2, der die Beendigung der Hilfe nach § 41 feststellt, dokumentiert und regelmäßig überprüft werden. Hierzu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe in regelmäßigen Abständen Kontakt zu dem jungen Volljährigen aufnehmen.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen [...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 gehört zu den Rechtshandlungen nach Satz 4, zu denen das Jugendamt verpflichtet ist, insbesondere die unverzügliche Stellung eines Asylantrags für das Kind oder den Jugendlichen in Fällen, in denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Asylgesetzes benötigt; dabei ist das Kind oder der Jugendliche zu beteiligen.</p> <p>(3) Das Jugendamt hat im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Widersprechen die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten der Inobhutnahme, so hat das Jugendamt unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Kind oder den Jugendlichen den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten zu übergeben, sofern nach der Einschätzung des Jugendamts eine Gefährdung des Kindeswohls nicht besteht oder die Personensorge- oder Erziehungsbe- rechtigten bereit und in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder 	<p>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen [...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme unverzüglich das Kind oder den Ju- gendlichen umfassend und in einer verständli- chen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären, die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendli- chen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegen- heit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat wäh- rend der Inobhutnahme für das Wohl des Kin- des oder des Jugendlichen zu sorgen und da- bei den notwendigen Unterhalt und die Kran- kenhilfe sicherzustellen; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshand- lungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mut- maßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 gehört zu den Rechtshandlungen nach Satz 4, zu denen das Jugendamt ver- pflichtet ist, insbesondere die unverzügliche Stellung eines Asylantrags für das Kind oder den Jugendlichen in Fällen, in denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Asylgesetzes benötigt; dabei ist das Kind oder der Jugendli- che zu beteiligen.</p> <p>(3) Das Jugendamt hat im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten, sie in einer verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form umfassend über diese Maßnahme aufzuklären und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Widerspre- chen die Personensorge- oder Erziehungsbe- rechtigten der Inobhutnahme, so hat das Jugendamt unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Kind oder den Jugendlichen den Personensorge- oder Erziehungsberech- tigten zu übergeben, sofern nach der Ein- schätzung des Jugendamts eine Gefähr- dung des Kindeswohls nicht besteht oder die Personensorge- oder Erziehungsbe- rechtigten bereit und in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen.</p> <p>Sind die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar, so gilt Satz 2 Nummer 2 entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 ist unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Widersprechen die Personensorgeberechtigten der Inobhutnahme nicht, so ist unverzüglich ein Hilfeplanverfahren zur Gewährung einer Hilfe einzuleiten.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>2. eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen.</p> <p>Sind die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar, so gilt Satz 2 Nummer 2 entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 ist unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Widersprechen die Personensorgeberechtigten der Inobhutnahme nicht, so ist unverzüglich ein Hilfeplanverfahren zur Gewährung einer Hilfe einzuleiten.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>
<p>§ 43 Erlaubnis zur Kindertagespflege [...]</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Person für die Kindertagespflege geeignet ist. Geeignet im Sinne des Satzes 1 sind Personen, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Tagespflegepersonen auszeichnen und 2. über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. <p>Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben. § 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Die Erlaubnis befugt zur Betreuung von bis zu fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern. Im Einzelfall kann die Erlaubnis für eine geringere Zahl von Kindern erteilt werden. Landesrecht kann bestimmen, dass die Erlaubnis zur Betreuung von mehr als fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern erteilt werden kann, wenn die Person über eine pädagogische Ausbildung verfügt; in der Pflegestelle dürfen nicht mehr Kinder betreut werden als in einer vergleichbaren Gruppe einer Tageseinrichtung. Die Erlaubnis ist auf fünf Jahre befristet. Sie kann mit einer Nebenbestimmung versehen werden. Die Tagespflegeperson hat den Träger der öffentlichen Jugendhilfe über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die für die Betreuung des oder der Kinder bedeutsam sind.</p>	<p>§ 43 Erlaubnis zur Kindertagespflege [...]</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Person für die Kindertagespflege geeignet ist. Geeignet im Sinne des Satzes 1 sind Personen, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Kindertagespflegepersonen auszeichnen und 2. über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. <p>Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben. § 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Die Erlaubnis befugt zur Betreuung von bis zu fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern. Im Einzelfall kann die Erlaubnis für eine geringere Zahl von Kindern erteilt werden. Landesrecht kann bestimmen, dass die Erlaubnis zur Betreuung von mehr als fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern erteilt werden kann, wenn die Person über eine pädagogische Ausbildung verfügt; in der Pflegestelle dürfen nicht mehr Kinder betreut werden als in einer vergleichbaren Gruppe einer Tageseinrichtung. Die Erlaubnis ist auf fünf Jahre befristet. Sie kann mit einer Nebenbestimmung versehen werden. Die Kindertagespflegeperson hat den Träger der öffentlichen Jugendhilfe über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die für die Betreuung des oder der Kinder bedeutsam sind.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(4) Erziehungsberechtigte und Tagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege.</p> <p>(5) [...]</p>	<p>(4) Erziehungsberechtigte und Kindertagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege einschließlich Fragen zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt.</p> <p>(5) [...]</p>
<p>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</p> <p>(1) Der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt, 2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht, 3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient. <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind, 2. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie 3. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden. 	<p>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</p> <p>(1) Der Träger einer Einrichtung[,] nach § 45a bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt, 2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht, 3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient. <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Träger die für den Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit besitzt, 2. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind und durch den Träger gewährleistet werden, 3. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie 4. zur Sicherung der Rechte und des Wohls von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt, geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie 2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen. <p>(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Sicherung des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können auch nachträgliche Auflagen erteilt werden.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 134 des Neunten Buches oder nach § 76 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, an der Beratung zu beteiligen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen erteilt werden, die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 134 des Neunten Buches oder nach § 76 des Zwölften Buches auswirkt, so</p>	<p>Die nach Satz 2 Nummer 1 erforderliche Zuverlässigkeit besitzt ein Träger insbesondere dann nicht, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in der Vergangenheit nachhaltig gegen seine Mitwirkungs- und Meldepflichten nach den §§ 46 und 47 verstoßen hat, 2. Personen entgegen eines behördlichen Beschäftigungsverbotes nach § 48 beschäftigt oder 3. wiederholt gegen behördliche Auflagen verstoßen hat. <p>(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie zur ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung in Bezug auf den Betrieb der Einrichtung gibt, sowie 2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen. <p>(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Gewährleistung des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können nachträgliche Auflagen erteilt werden.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 134 des Neunten Buches oder nach § 76 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, an der Beratung zu beteiligen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen nach Absatz 4 Satz 2 erteilt werden. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 134 des Neunten Buches oder nach § 76 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den nach § 134 des Neunten Buches oder nach den §§ 75 bis 80 des Zwölften Buches getroffenen Vereinbarungen auszugestalten.</p> <p>(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung.</p>	<p>Vorschriften bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den nach § 134 des Neunten Buches oder nach den §§ 75 bis 80 des Zwölften Buches getroffenen Vereinbarungen auszugestalten.</p> <p>(7) Die Erlaubnis ist aufzuheben, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. Sie kann aufgehoben werden, wenn die Voraussetzungen für eine Erteilung nach Absatz 2 nicht oder nicht mehr vorliegen; Absatz 6 Satz 1 und 3 bleibt unberührt. Die Vorschriften zum Widerruf nach § 47 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3 des Zehnten Buches bleiben unberührt. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung.</p>
	<p>§ 45a Einrichtung</p> <p>Eine Einrichtung ist eine auf gewisse Dauer und unter der Verantwortung eines Trägers angelegte förmliche Verbindung ortsgebundener räumlicher, personeller und sachlicher Mittel mit dem Zweck der ganztägigen oder über einen Teil des Tages erfolgenden Betreuung oder Unterkunftsgewährung sowie Beaufsichtigung, Erziehung, Bildung, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie. Familienähnliche Betreuungsformen der Unterbringung, bei denen der Bestand der Verbindung nicht unabhängig von bestimmten Kindern und Jugendlichen, den dort tätigen Personen und der Zuordnung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bestimmten dort tätigen Personen ist, sind nur dann Einrichtungen, wenn sie fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind. Eine fachliche und organisatorische Einbindung der familienähnlichen Betreuungsform liegt insbesondere vor, wenn die betriebs-erlaubnispflichtige Einrichtung das Konzept, die fachliche Steuerung der Hilfen, die Qualitätssicherung, die Auswahl, Überwachung, Weiterbildung und Vertretung des Personals sowie die Außenvertretung gewährleistet. Landesrecht kann regeln, unter welchen Voraussetzungen auch familienähnliche Betreuungsformen Einrichtungen sind, die nicht fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 46 Örtliche Prüfung</p> <p>(1) Die zuständige Behörde soll nach den Erfordernissen des Einzelfalls an Ort und Stelle überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis weiter bestehen. Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken. Sie soll das Jugendamt und einen zentralen Träger der freien Jugendhilfe, wenn diesem der Träger der Einrichtung angehört, an der Überprüfung beteiligen.</p> <p>(2) Die von der zuständigen Behörde mit der Überprüfung der Einrichtung beauftragten Personen sind berechtigt, die für die Einrichtung benutzten Grundstücke und Räume, soweit diese nicht einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, während der Tageszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, sich mit den Kindern und Jugendlichen in Verbindung zu setzen und die Beschäftigten zu befragen. Zur Abwehr von Gefahren für das Wohl der Kinder und der Jugendlichen können die Grundstücke und Räume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit und auch, wenn sie zugleich einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, betreten werden. Der Träger der Einrichtung hat die Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden.</p>	<p>§ 46 Prüfung vor Ort und nach Aktenlage</p> <p>(1) Die zuständige Behörde soll nach den Erfordernissen des Einzelfalls überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis weiter bestehen. Häufigkeit, Art und Umfang der Prüfung müssen nach fachlicher Einschätzung im Einzelfall zur Gewährleistung des Schutzes des Wohls der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung geeignet, erforderlich und angemessen sein. Sie soll das Jugendamt und einen zentralen Träger der freien Jugendhilfe, wenn diesem der Träger der Einrichtung angehört, an der Überprüfung beteiligen. Der Träger der Einrichtung hat der zuständigen Behörde insbesondere alle für die Prüfung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.</p> <p>(2) Örtliche Prüfungen können jederzeit unangemeldet erfolgen. Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken.</p> <p>(3) Die von der zuständigen Behörde mit der Überprüfung der Einrichtung beauftragten Personen sind berechtigt, während der Tageszeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die für die Einrichtung benutzten Grundstücke und Räume, soweit diese nicht einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, zu betreten und dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen sowie 2. mit den Beschäftigten und mit den Kindern und Jugendlichen jeweils Gespräche zu führen, wenn die zuständige Behörde <ol style="list-style-type: none"> a) das Einverständnis der Personensorgeberechtigten zu den Gesprächen eingeholt hat und diesen eine Beteiligung an den Gesprächen ermöglicht sowie b) den Kindern und Jugendlichen die Hinzuziehung einer von ihnen benannten Vertrauensperson zu Gesprächen ermöglicht und sie auf dieses Recht hingewiesen hat; der Anspruch des Kindes oder Jugendlichen nach § 8 Absatz 3 bleibt unberührt. <p>Die genannten Pflichten bestehen jedoch nicht, wenn durch deren Umsetzung die Sicherung der Rechte und der wirksame Schutz der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung in Frage gestellt würden.</p> <p>Zur Abwehr von Gefahren für das Wohl der Kinder und Jugendlichen können die Grundstücke und Räume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit und auch, wenn diese zugleich einem Hausrecht der Bewohner un-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>terliegen, betreten und Gespräche mit den Beschäftigten sowie den Kindern und Jugendlichen nach Maßgabe von Satz 1 geführt werden. Der Träger der Einrichtung hat die Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden.</p>
<p>§ 47 Meldepflichten</p> <p>Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte, 2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie 3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung <p>anzuzeigen. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie der Konzeption sind der zuständigen Behörde unverzüglich, die Zahl der belegten Plätze ist jährlich einmal zu melden.</p>	<p>§ 47 Melde- und Dokumentationspflichten, Aufbewahrung von Unterlagen</p> <p>(1) Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte, 2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie 3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung <p>anzuzeigen. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie der Konzeption sind der zuständigen Behörde unverzüglich, die Zahl der belegten Plätze ist jährlich einmal zu melden.</p> <p>(2) Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung entsprechend Aufzeichnungen über den Betrieb der Einrichtung und deren Ergebnisse anzufertigen sowie eine mindestens fünfjährige Aufbewahrung der einrichtungsbezogenen Aufzeichnungen sicherzustellen. Auf Verlangen der Betriebserlaubnisbehörde hat der Träger der Einrichtung den Nachweis der ordnungsgemäßen Buchführung zu erbringen; dies kann insbesondere durch die Bestätigung eines unabhängigen Steuer-, Wirtschafts- oder Buchprüfers erfolgen. Die Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht umfasst auch die Unterlagen zu räumlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen nach § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 sowie zur Belegung der Einrichtung.</p> <p>(3) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in dessen Zuständigkeitsbereich erlaubnispflichtige Einrichtungen liegen oder der die erlaubnispflichtige Einrichtung mit Kindern und Jugendlichen belegt, und die zuständige Behörde haben sich gegenseitig unverzüglich über Ereignisse oder Entwicklungen zu informieren, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten [...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. In Kindschaftssachen informiert das Jugendamt das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses.</p> <p>(3) Das Jugendamt, das in Verfahren zur Übertragung der gemeinsamen Sorge nach § 155a Absatz 4 Satz 1 und § 162 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angehört wird oder sich am Verfahren beteiligt, teilt gerichtliche Entscheidungen, aufgrund derer die Sorge gemäß § 1626a Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird, dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt zu den in § 58a genannten Zwecken unverzüglich mit. Mitzuteilen sind auch das Geburtsdatum und der Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen sowie der Name, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat.</p>	<p>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten [...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632 Absatz 4, den §§ 1666, 1666a und 1682 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den Hilfeplan nach § 36 Absatz 2 Satz 2 vor. Dieses Dokument beinhaltet ausschließlich das Ergebnis der Bedarfsfeststellung, die vereinbarte Art der Hilfgewährung einschließlich der hiervon umfassten Leistungen sowie das Ergebnis etwaiger Überprüfungen dieser Feststellungen. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familiengerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt.</p> <p>(3) Das Jugendamt, das in Verfahren zur Übertragung der gemeinsamen Sorge nach § 155a Absatz 4 Satz 1 und § 162 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angehört wird, teilt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, aufgrund derer die Sorge gemäß § 1626a Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird oder 2. rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, die die elterliche Sorge ganz oder zum Teil der Mutter entziehen oder auf den Vater allein übertragen, <p>dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt zu den in § 58a genannten Zwecken unverzüglich mit. Mitzuteilen sind auch das Geburtsdatum und der Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen sowie der Name, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</p> <p>(1) Das Jugendamt hat nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Absatz 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken.</p> <p>(2) Das Jugendamt hat frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder den jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen. Ist dies der Fall oder ist eine geeignete Leistung bereits eingeleitet oder gewährt worden, so hat das Jugendamt den Staatsanwalt oder den Richter umgehend davon zu unterrichten, damit geprüft werden kann, ob diese Leistung ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglicht.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</p> <p>(1) Das Jugendamt hat nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Absatz 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken. Dabei soll das Jugendamt auch mit anderen öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, wenn sich deren Tätigkeit auf die Lebenssituation des Jugendlichen oder jungen Volljährigen auswirkt, zusammenarbeiten, soweit dies zur Erfüllung seiner ihm dabei obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Die behördenübergreifende Zusammenarbeit kann im Rahmen von gemeinsamen Konferenzen oder vergleichbaren gemeinsamen Gremien oder in anderen nach fachlicher Einschätzung geeigneten Formen erfolgen.</p> <p>(2) Das Jugendamt hat frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder den jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe oder anderer Sozialleistungsträger in Betracht kommen. Ist dies der Fall oder ist eine geeignete Leistung bereits eingeleitet oder gewährt worden, so hat das Jugendamt den Staatsanwalt oder den Richter umgehend davon zu unterrichten, damit geprüft werden kann, ob diese Leistung ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglicht.</p> <p>(3) [...]</p>
<p>§ 58a Sorgeregister; Bescheinigung über Nichtvorliegen von Eintragungen im Sorgeregister</p> <p>(1) Zum Zwecke der Erteilung der Bescheinigung nach Absatz 2 wird für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt ein Sorgeregister geführt. In das Sorgeregister erfolgt jeweils eine Eintragung, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sorgeerklärungen nach § 1626a Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgegeben werden oder 2. aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung die elterliche Sorge den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird. <p>Das Sorgeregister enthält auch Eintragungen, wenn Sorgeerklärungen nach Artikel 224 § 2</p>	<p>§ 58a Auskunft über Alleinsorge aus dem Sorgeregister</p> <p>(1) Zum Zwecke der Erteilung der schriftlichen Auskunft nach Absatz 2 wird für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt ein Sorgeregister geführt. In das Sorgeregister erfolgt jeweils eine Eintragung, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sorgeerklärungen nach § 1626a Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgegeben werden, 2. aufgrund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung die elterliche Sorge den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen worden ist oder 3. die elterliche Sorge aufgrund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung ganz oder zum Teil der Mutter entzogen oder auf den Vater allein übertragen worden ist.

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der bis zum 19. Mai 2013 geltenden Fassung ersetzt wurden.</p> <p>(2) Liegen keine Eintragungen im Sorgeregister vor, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag hierüber eine Bescheinigung von dem nach § 87c Absatz 6 Satz 1 zuständigen Jugendamt. Die Mutter hat dafür Geburtsdatum und Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen anzugeben sowie den Namen, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat.</p>	<p>(2) Liegen keine Eintragungen im Sorgeregister vor, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag hierüber eine schriftliche Auskunft von dem nach § 87c Absatz 6 Satz 1 zuständigen Jugendamt. Die Mutter hat dafür Geburtsdatum und Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen anzugeben sowie den Namen, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat.</p> <p>Bezieht sich die gerichtliche Entscheidung nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 oder Nummer 3 nur auf Teile der elterlichen Sorge, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag eine schriftliche Auskunft darüber, dass Eintragungen nur in Bezug auf die durch die Entscheidung betroffenen Teile der elterlichen Sorge vorliegen. Satz 2 gilt entsprechend.</p>
<p>§ 62 Datenerhebung [...]</p> <p>(3) Ohne Mitwirkung der betroffenen Person dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine gesetzliche Bestimmung dies vorschreibt oder erlaubt oder 2. ihre Erhebung bei der betroffenen Person nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für <ol style="list-style-type: none"> a) die Feststellung der Voraussetzungen oder für die Erfüllung einer Leistung nach diesem Buch oder b) die Feststellung der Voraussetzungen für die Erstattung einer Leistung nach § 50 des Zehnten Buches oder c) die Wahrnehmung einer Aufgabe nach den §§ 42 bis 48a und nach § 52 oder d) die Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder 3. die Erhebung bei der betroffenen Person einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt werden oder 	<p>§ 62 Datenerhebung [...]</p> <p>(3) Ohne Mitwirkung der betroffenen Person dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine gesetzliche Bestimmung dies vorschreibt oder erlaubt oder 2. ihre Erhebung bei der betroffenen Person nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für <ol style="list-style-type: none"> a) die Feststellung der Voraussetzungen oder für die Erfüllung einer Leistung nach diesem Buch oder b) die Feststellung der Voraussetzungen für die Erstattung einer Leistung nach § 50 des Zehnten Buches oder c) die Wahrnehmung einer Aufgabe nach den §§ 42 bis 48a und nach § 52 oder d) die Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder die Gefährdungsabwendung nach § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz oder 3. die Erhebung bei der betroffenen Person einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt werden oder

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>4. die Erhebung bei der betroffenen Person den Zugang zur Hilfe ernsthaft gefährden würde.</p> <p>(4) [...]</p>	<p>4. die Erhebung bei der betroffenen Person den Zugang zur Hilfe ernsthaft gefährden würde.</p> <p>(4) [...]</p>
<p>§ 64 Datenübermittlung und -nutzung [...]</p> <p>(2a) Vor einer Übermittlung an eine Fachkraft, die nicht dem Verantwortlichen angehört, sind die Sozialdaten zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren, soweit die Aufgabenerfüllung dies zulässt.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>§ 64 Datenübermittlung und -nutzung [...]</p> <p>(2a) Vor einer Übermittlung an eine Fachkraft, die nicht dem Verantwortlichen angehört, sind die Sozialdaten zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren, soweit die Aufgabenerfüllung dies zulässt.</p> <p>(2b) Abweichend von Absatz 1 dürfen Sozialdaten übermittelt und genutzt werden, soweit dies für die Durchführung bestimmter wissenschaftlicher Vorhaben zur Erforschung möglicher politisch motivierter Adoptionsvermittlung in der DDR erforderlich ist, ohne dass es einer Anonymisierung oder Pseudonymisierung bedarf. Die personenbezogenen Daten sind zu anonymisieren, sobald dies nach dem Forschungszweck möglich ist. Vom Adoptionsverfahren betroffene Personen dürfen nicht kontaktiert werden.</p> <p>(3) [...]</p> <p>(4) Erhält ein Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe des § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Informationen und Daten, soll er gegenüber der meldenden Person ausschließlich mitteilen, ob sich die von ihr mitgeteilten gewichtigen Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Kindes oder Jugendlichen bestätigt haben und ob das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung tätig geworden ist und noch tätig ist.</p>
<p>§ 65 Besonderer Vertrauensschutz in der persönlichen und erzieherischen Hilfe</p> <p>(1) Sozialdaten, die dem Mitarbeiter eines Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfe anvertraut worden sind, dürfen von diesem nur weitergegeben oder übermittelt werden</p> <ol style="list-style-type: none"> mit der Einwilligung dessen, der die Daten anvertraut hat, oder dem Familiengericht zur Erfüllung der Aufgaben nach § 8a Absatz 2, wenn angesichts einer Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen ohne diese Mitteilung eine für die Gewährung von Leistungen notwendige gerichtliche Entscheidung nicht ermöglicht werden könnte, oder 	<p>§ 65 Besonderer Vertrauensschutz in der persönlichen und erzieherischen Hilfe</p> <p>(1) Sozialdaten, die dem Mitarbeiter eines Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfe anvertraut worden sind, dürfen von diesem nur weitergegeben oder übermittelt werden</p> <ol style="list-style-type: none"> mit der Einwilligung dessen, der die Daten anvertraut hat, oder dem Familiengericht zur Erfüllung der Aufgaben nach § 8a Absatz 2, wenn angesichts einer Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen ohne diese Mitteilung eine für die Gewährung von Leistungen notwendige gerichtliche Entscheidung nicht ermöglicht werden könnte, oder

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>3. dem Mitarbeiter, der auf Grund eines Wechsels der Fallzuständigkeit im Jugendamt oder eines Wechsels der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung oder Erbringung der Leistung verantwortlich ist, wenn Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls gegeben sind und die Daten für eine Abschätzung des Gefährdungsrisikos notwendig sind, oder</p> <p>4. an die Fachkräfte, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a hinzugezogen werden; § 64 Absatz 2a bleibt unberührt, oder</p> <p>5. unter den Voraussetzungen, unter denen eine der in § 203 Absatz 1 oder 4 des Strafgesetzbuchs genannten Personen dazu befugt wäre;</p> <p>Der Empfänger darf die Sozialdaten nur zu dem Zweck weitergeben oder übermitteln, zu dem er sie befugt erhalten hat.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>3. dem Mitarbeiter, der auf Grund eines Wechsels der Fallzuständigkeit im Jugendamt oder eines Wechsels der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung oder Erbringung der Leistung verantwortlich ist, wenn Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls gegeben sind und die Daten für eine Abschätzung des Gefährdungsrisikos notwendig sind, oder</p> <p>4. an die Fachkräfte, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a hinzugezogen werden; § 64 Absatz 2a bleibt unberührt, oder</p> <p>5. unter den Voraussetzungen, unter denen eine der in § 203 Absatz 1 oder 4 des Strafgesetzbuchs genannten Personen dazu befugt wäre, oder</p> <p>6. wenn dies für die Durchführung bestimmter wissenschaftlicher Vorhaben zur Erforschung möglicher politisch motivierter Adoptionsvermittlung in der DDR erforderlich ist. Vom Adoptionsverfahren betroffene Personen dürfen nicht kontaktiert werden; § 64 Absatz 2b Satz 1 und 2 gilt entsprechend.</p> <p>Der Empfänger darf die Sozialdaten nur zu dem Zweck weitergeben oder übermitteln, zu dem er sie befugt erhalten hat.</p> <p>(2) [...]</p>
<p>§ 71 Jugendhilfeausschuss, Landesjugendhilfeausschuss</p> <p>[...]</p> <p>(2) Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, 2. der Jugendhilfeplanung und 3. der Förderung der freien Jugendhilfe. <p>(3) Er hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel, der von ihr erlassenen Satzung und der von ihr gefassten Beschlüsse. Er soll vor jeder Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe und vor der Berufung eines Leiters des Jugendamts gehört werden und hat das Recht, an die Vertretungskörperschaft Anträge zu stellen. Er tritt nach Bedarf</p>	<p>§ 71 Jugendhilfeausschuss, Landesjugendhilfeausschuss</p> <p>[...]</p> <p>(2) Dem Jugendhilfeausschuss sollen als beratende Mitglieder selbstorganisierte Zusammenschlüsse nach § 4a angehören.</p> <p>(3) Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, 2. der Jugendhilfeplanung und 3. der Förderung der freien Jugendhilfe. <p>(4) Er hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel, der von ihr erlassenen Satzung und der von ihr gefassten Beschlüsse. Er soll vor jeder Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe und vor der Berufung eines Leiters des Jugendamts gehört werden und hat das Recht, an die Vertretungskörperschaft Anträge zu stellen. Er tritt nach Bedarf</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>zusammen und ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Stimmberechtigten einzu-berufen. Seine Sitzungen sind öffentlich, so-weit nicht das Wohl der Allgemeinheit, be-rechtigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen.</p> <p>(4) Dem Landesjugendhilfeausschuss gehö-ren mit zwei Fünfteln des Anteils der Stimmen Frauen und Männer an, die auf Vorschlag der im Bereich des Landesjugendamts wir-kenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der obersten Landesjugend-behörde zu berufen sind. Die übrigen Mitglie-der werden durch Landesrecht bestimmt. Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(5) Das Nähere regelt das Landesrecht. Es regelt die Zugehörigkeit beratender Mitglie-der zum Jugendhilfeausschuss. Es kann be-stimmen, dass der Leiter der Verwaltung der Gebietskörperschaft oder der Leiter der Ver-waltung des Jugendamts nach Absatz 1 Nummer 1 stimmberechtigt ist.</p>	<p>zusammen und ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Stimmberechtigten einzu-berufen. Seine Sitzungen sind öffentlich, so-weit nicht das Wohl der Allgemeinheit, be-rechtigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen.</p> <p>(5) Dem Landesjugendhilfeausschuss gehö-ren mit zwei Fünfteln des Anteils der Stimmen Frauen und Männer an, die auf Vorschlag der im Bereich des Landesjugendamts wir-kenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der obersten Landesjugend-behörde zu berufen sind. Die übrigen Mitglie-der werden durch Landesrecht bestimmt. Absatz 3 gilt entsprechend.</p> <p>(6) Das Nähere regelt das Landesrecht. Es regelt die Zugehörigkeit weiterer beratender Mitglieder zum Jugendhilfeausschuss. Es kann bestimmen, dass der Leiter der Verwaltung der Gebietskörperschaft oder der Leiter der Verwaltung des Jugendamts nach Absatz 1 Nummer 1 stimmberechtigt ist.</p>
<p>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vor-bestrafter Personen</p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräf-tig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 201a Absatz 3, den §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verur-teilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den be-troffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundes-zentralregistergesetzes vorlegen lassen.</p> <p>[...]</p> <p>(5) Träger der öffentlichen und freien Ju-gendhilfe dürfen von den nach den Absät-zen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, das Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungs-zeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dür-fen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Aus-schluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungs-zeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Da-ten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schüt-</p>	<p>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vor-bestrafter Personen</p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräf-tig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 201a Absatz 3, den §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den be-troffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundes-zentralregistergesetzes vorlegen lassen.</p> <p>[...]</p> <p>(5) Die Träger der öffentlichen und freien Ju-gendhilfe dürfen von den nach den Absät-zen 3 und 4 eingesehenen Daten nur folgen-de Daten erheben und speichern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Umstand der Einsichtnahme, 2. das Datum des Führungszeugnisses und 3. die Information, ob die das Führungs-zeugnis betreffende Person wegen einer in Absatz 1 Satz 1 genannten Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist. <p>Die Träger der öffentlichen und freien Ju-gendhilfe dürfen die gespeicherten Daten nur verarbeiten, soweit dies erforderlich ist, um die Eignung einer Person für die Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Füh-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>zen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.</p>	<p>rungszeugnis gewesen ist, zu prüfen. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens sechs Monate nach Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.</p>
<p>§ 77 Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p> <p>Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten der Inanspruchnahme zwischen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe anzustreben. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p>	<p>§ 77 Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen</p> <p>(1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten der Inanspruchnahme sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung und über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung zwischen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe anzustreben. Zu den Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität der Leistung nach Satz 1 zählen auch Qualitätsmerkmale für die inklusive Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung und die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p>(2) Wird eine Leistung nach § 37 Absatz 1 oder § 37a erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78e gilt entsprechend.</p>
<p>§ 78 Arbeitsgemeinschaften</p> <p>Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.</p>	<p>§ 78 Arbeitsgemeinschaften</p> <p>Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden, sich gegenseitig ergänzen und in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien ihren Bedürfnissen, Wünschen und Interessen entsprechend zusammenwirken. Dabei sollen selbstorganisierte Zusammenschlüsse nach § 4a beteiligt werden.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 78a Anwendungsbereich</p> <p>[...]</p> <p>(2) Landesrecht kann bestimmen, dass die §§ 78b bis 78g auch für andere Leistungen nach diesem Buch sowie für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42) gelten.</p>	<p>§ 78a Anwendungsbereich</p> <p>[...]</p> <p>(2) Landesrecht kann bestimmen, dass die §§ 78b bis 78g auch für andere Leistungen nach diesem Buch sowie für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§§ 42, 42a) gelten.</p>
<p>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung), 2. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und 3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) <p>abgeschlossen worden sind-</p> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung geeignet sind. Vereinbarungen über die Erbringung von Hilfe zur Erziehung im Ausland dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. anerkannte Träger der Jugendhilfe oder Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung im Inland sind, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird, 2. mit der Erbringung solcher Hilfen nur Fachkräfte im Sinne des § 72 Absatz 1 betrauen und 3. die Gewähr dafür bieten, dass sie die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhalten und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeiten. <p>(3) [...]</p>	<p>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung), 2. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und 3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) <p>abgeschlossen worden sind; dazu zählen auch die Qualitätsmerkmale nach § 79a Satz 2.</p> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung geeignet sind. Vereinbarungen über die Erbringung von Auslandsmaßnahmen dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die die Maßgaben nach § 38 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis d erfüllen.</p> <p>(3) [...]</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 79 Gesamtverantwortung, Grundaussstattung [...]</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; hierzu zählen insbesondere auch Pfleger, Vormünder und Pflegepersonen; <p>2. eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nach Maßgabe von § 79a erfolgt.</p> <p>Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.</p> <p>(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften.</p>	<p>§ 79 Gesamtverantwortung, Grundaussstattung [...]</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; hierzu zählen insbesondere auch Pfleger, Vormünder und Pflegepersonen; 2. die nach Nummer 1 vorgehaltenen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen dem nach § 80 Absatz 1 Nummer 2 ermittelten Bedarf entsprechend zusammenwirken und hierfür verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit aufgebaut und weiterentwickelt werden; 3. eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nach Maßgabe von § 79a erfolgt. <p>Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.</p> <p>(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter einschließlich der Möglichkeit der Nutzung digitaler Geräte zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.</p>
<p>§ 79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Um die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 zu erfüllen, haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Gewährung und Erbringung von Leistungen, 2. die Erfüllung anderer Aufgaben, 3. den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a, 4. die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen <p>weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Dazu zählen auch Qualitätsmerkmale für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtung-</p>	<p>§ 79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Um die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 zu erfüllen, haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Gewährung und Erbringung von Leistungen, 2. die Erfüllung anderer Aufgaben, 3. den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a, 4. die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen <p>weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Dazu zählen auch Qualitätsmerkmale für die inklusive Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung und die Berücksich-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>gen und ihren Schutz vor Gewalt. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich dabei an den fachlichen Empfehlungen der nach § 85 Absatz 2 zuständigen Behörden und an bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität sowie Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung.</p>	<p>tigung der spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen sowie die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und in Familienpflege und ihren Schutz vor Gewalt. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich dabei an den fachlichen Empfehlungen der nach § 85 Absatz 2 zuständigen Behörden und an bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität sowie Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung.</p>
<p>§ 80 Jugendhilfeplanung</p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann. <p>(2) Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können, 2. in möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist, <p>3. junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden,</p> <p>4. Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können.</p>	<p>§ 80 Jugendhilfeplanung</p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Erziehungsberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann. <p>(2) Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können, 2. in möglichst wirksames, vielfältiges, inklusives und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist, 3. ein dem nach Absatz 1 Nummer 2 ermittelten Bedarf entsprechendes Zusammenwirken der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien sichergestellt ist, 4. junge Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte junge Menschen mit jungen Menschen ohne Behinderung gemeinsam unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfslagen gefördert werden können, 5. junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden, 6. Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können.

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe in allen Phasen ihrer Planung frühzeitig zu beteiligen. Zu diesem Zwecke sind sie vom Jugendhilfeausschuss, soweit sie überörtlich tätig sind, im Rahmen der Jugendhilfeplanung des überörtlichen Trägers vom Landesjugendhilfeausschuss zu hören. Das Nähere regelt das Landesrecht.</p> <p>(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen aufeinander abgestimmt werden und die Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.</p>	<p>(3) Die Planung insbesondere von Diensten zur Gewährung niedrigschwelliger ambulanter Hilfen nach Maßgabe von § 36a Absatz 2 umfasst auch Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung.</p> <p>(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe in allen Phasen ihrer Planung frühzeitig zu beteiligen. Zu diesem Zwecke sind sie vom Jugendhilfeausschuss, soweit sie überörtlich tätig sind, im Rahmen der Jugendhilfeplanung des überörtlichen Trägers vom Landesjugendhilfeausschuss zu hören. Das Nähere regelt das Landesrecht.</p> <p>(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen aufeinander abgestimmt werden und die Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.</p>
<p>§ 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen</p> <p>Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, insbesondere mit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Trägern von Sozialleistungen nach dem Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften, Sechsten und dem Zwölften Buch sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, 2. Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 7 des Neunten Buches, 3. den Familien- und Jugendgerichten, den Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzugsbehörden, 4. Schulen und Stellen der Schulverwaltung, 5. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens, 6. den Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und Suchtberatungsstellen, 7. Einrichtungen und Diensten zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, 8. den Stellen der Bundesagentur für Arbeit, 9. Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, 10. den Polizei- und Ordnungsbehörden, 11. der Gewerbeaufsicht und 	<p>§ 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen</p> <p>Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, insbesondere mit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Trägern von Sozialleistungen nach dem Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften, Sechsten und dem Zwölften Buch sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, 2. Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 7 des Neunten Buches, 3. den Familien- und Jugendgerichten, den Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzugsbehörden, 4. Schulen und Stellen der Schulverwaltung, 5. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens, 6. den Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und Suchtberatungsstellen, 7. Einrichtungen und Diensten zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, 8. den Stellen der Bundesagentur für Arbeit, 9. Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, 10. den Polizei- und Ordnungsbehörden, 11. der Gewerbeaufsicht,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>12. Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung</p> <p>im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse zusammenzuarbeiten.</p>	<p>12. Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung und</p> <p>13. Einrichtungen, die auf örtlicher Ebene Familien und den sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen stärken (Mehrgenerationenhäuser),</p> <p>im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse zusammenzuarbeiten.</p>
<p>§ 83 Aufgaben des Bundes, Bundesjugendkuratorium</p> <p>[...]</p> <p>(2) Die Bundesregierung wird in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe von einem Sachverständigengremium (Bundesjugendkuratorium) beraten. Das Nähere regelt die Bundesregierung durch Verwaltungsvorschriften.</p>	<p>§ 83 Aufgaben des Bundes, sachverständige Beratung</p> <p>[...]</p> <p>(2) Die Bundesregierung wird in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe von einem Sachverständigengremium (Bundesjugendkuratorium) beraten. Das Nähere regelt die Bundesregierung durch Verwaltungsvorschriften.</p> <p>(3) Die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde hat der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bei wesentlichen die Kindertagesbetreuung betreffenden Fragen die Möglichkeit der Beratung zu geben.</p>
<p>§ 87a Örtliche Zuständigkeit für Erlaubnis, Meldepflichten und Untersagung</p> <p>(1) Für die Erteilung der Pflegeerlaubnis sowie deren Rücknahme oder Widerruf (§§ 43, 44) ist der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>§ 87a Örtliche Zuständigkeit für Erlaubnis, Meldepflichten und Untersagung</p> <p>(1) Für die Erteilung der Pflegeerlaubnis nach § 43 sowie für deren Rücknahme und Widerruf ist der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Kindertagespflegeperson ihre Tätigkeit ausübt. Ist die Kindertagespflegeperson im Zuständigkeitsbereich mehrerer örtlicher Träger tätig, ist der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Kindertagespflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für die Erteilung der Pflegeerlaubnis nach § 44 sowie für deren Rücknahme und Widerruf ist der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
<p>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Amtspflegschaft, die Amtsvormundschaft und die Bescheinigung nach § 58a</p> <p>[...]</p> <p>(6) Für die Erteilung der Bescheinigung nach § 58a Absatz 2 gilt Absatz 1 entsprechend. Die Mitteilungen nach § 1626d Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Mitteilungen nach § 155a Absatz 3 Satz 3 und Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilli-</p>	<p>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Amtspflegschaft, die Amtsvormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58a</p> <p>[...]</p> <p>(6) Für die Erteilung der schriftlichen Auskunft nach § 58a Absatz 2 gilt Absatz 1 entsprechend. Die Mitteilungen nach § 1626d Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Mitteilungen nach § 155a Absatz 3 Satz 3 und Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>gen Gerichtsbarkeit sowie die Mitteilungen nach § 50 Absatz 3 sind an das für den Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen zuständige Jugendamt zu richten; § 88 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Das nach Satz 2 zuständige Jugendamt teilt auf Ersuchen dem nach Satz 1 zuständigen Jugendamt mit, ob Eintragungen im Sorgeregister vorliegen.</p>	<p>freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie die Mitteilungen nach § 50 Absatz 3 sind an das für den Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen zuständige Jugendamt zu richten; § 88 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Das nach Satz 2 zuständige Jugendamt teilt dem nach Satz 1 zuständigen Jugendamt auf dessen Ersuchen mit, ob ihm Mitteilungen nach § 1626d Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Mitteilungen nach § 155a Absatz 3 Satz 3 oder Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder Mitteilungen nach § 50 Absatz 3 vorliegen. Betrifft die gerichtliche Entscheidung nur Teile der elterlichen Sorge, so enthalten die Mitteilungen auch die Angabe, in welchen Bereichen die elterliche Sorge der Mutter entzogen wurde, den Eltern gemeinsam übertragen wurde oder dem Vater allein übertragen wurde.</p>
<p>§ 90 Pauschalierte Kostenbeteiligung [...] (2) In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 2 kann der Kostenbeitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder ein Teilnahmebeitrag auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Belastung <ol style="list-style-type: none"> a) dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Eltern oder b) dem jungen Volljährigen nicht zuzumuten ist und 2. die Förderung für die Entwicklung des jungen Menschen erforderlich ist. <p>Lebt das Kind oder der Jugendliche nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern. Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87, 88 und 92a des Zwölften Buches entsprechend, soweit nicht Landesrecht eine andere Regelung trifft. Bei der Einkommensberechnung bleiben das Baukindergeld des Bundes sowie die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>§ 90 Pauschalierte Kostenbeteiligung [...] (2) In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 2 kann der Kostenbeitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder ein Teilnahmebeitrag auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Belastung <ol style="list-style-type: none"> a) dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Eltern oder b) dem jungen Volljährigen nicht zuzumuten ist und 2. die Förderung für die Entwicklung des jungen Menschen erforderlich ist. <p>Lebt das Kind oder der Jugendliche nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern. Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87, 88 und 92 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Zwölften Buches entsprechend, soweit nicht Landesrecht eine andere Regelung trifft. Bei der Einkommensberechnung bleiben das Baukindergeld des Bundes sowie die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung [...] (1a) Zu den Kosten vollstationärer Leistungen sind junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 zusätzlich aus</p>	<p>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung [...] (1a) Zu den Kosten vollstationärer Leistungen sind volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 zusätzlich aus ihrem Vermögen nach</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
ihrem Vermögen nach Maßgabe der §§ 90 und 91 des Zwölften Buches heranzuziehen. (2) [...] [...]	Maßgabe der §§ 90 und 91 des Zwölften Buches heranzuziehen. (2) [...] [...]
<p>§ 94 Umfang der Heranziehung [...]</p> <p>(3) Werden Leistungen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses erbracht und bezieht einer der Elternteile Kindergeld für den jungen Menschen, so hat dieser unabhängig von einer Heranziehung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 und nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 3 und 4 einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen. Zahlt der Elternteil den Kostenbeitrag nach Satz 1 nicht, so sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe insoweit berechtigt, das auf dieses Kind entfallende Kindergeld durch Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nach § 74 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Bei vollstationären Leistungen haben junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 nach Abzug der in § 93 Absatz 2 genannten Beträge 75 Prozent ihres Einkommens als Kostenbeitrag einzusetzen. Es kann ein geringerer Kostenbeitrag erhoben oder gänzlich von der Erhebung des Kostenbeitrags abgesehen werden, wenn das Einkommen aus einer Tätigkeit stammt, die dem Zweck der Leistung dient. Dies gilt insbesondere, wenn es sich um eine Tätigkeit im sozialen oder kulturellen Bereich handelt, bei der nicht die Erwerbstätigkeit, sondern das soziale oder kulturelle Engagement im Vordergrund stehen.</p>	<p>§ 94 Umfang der Heranziehung [...]</p> <p>(3) Werden Leistungen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses erbracht und bezieht einer der Elternteile Kindergeld für den jungen Menschen, so hat dieser unabhängig von einer Heranziehung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 und nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 3 und 4 einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen. Zahlt der Elternteil den Kostenbeitrag nach Satz 1 nicht, so sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe insoweit berechtigt, das auf dieses Kind entfallende Kindergeld durch Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nach § 74 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen. Bezieht der Elternteil Kindergeld nach § 1 Absatz 1 des Bundeskindergeldgesetzes, gilt Satz 2 entsprechend. Bezieht der junge Mensch das Kindergeld selbst, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Bei vollstationären Leistungen haben junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 nach Abzug der in § 93 Absatz 2 genannten Beträge höchstens 25 Prozent ihres Einkommens als Kostenbeitrag einzusetzen. Maßgeblich ist das Einkommen des Monats, in dem die Leistung oder die Maßnahme erbracht wird. Folgendes Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit innerhalb eines Monats bleibt für den Kostenbeitrag unberücksichtigt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einkommen aus Schülerjobs oder Praktika mit einer Vergütung bis zur Höhe von 150 Euro monatlich, 2. Einkommen aus Ferienjobs, 3. Einkommen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder 4. 150 Euro monatlich als Teil einer Ausbildungsvergütung.
<p>§ 98 Zweck und Umfang der Erhebung (1) Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, 2. Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, 	<p>§ 98 Zweck und Umfang der Erhebung (1) Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, 2. Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,</p> <p>4. die Empfänger</p> <p>a) der Hilfe zur Erziehung,</p> <p>b) der Hilfe für junge Volljährige und</p> <p>c) der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,</p> <p>5. Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz vorläufige Maßnahmen getroffen worden sind,</p> <p>6. Kinder und Jugendliche, die als Kind angenommen worden sind,</p> <p>7. Kinder und Jugendliche, die unter Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft oder Beistandschaft des Jugendamts stehen,</p> <p>8. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt worden ist,</p> <p>9. Maßnahmen des Familiengerichts,</p> <p>10. Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6,</p> <p>11. die Einrichtungen mit Ausnahme der Tageseinrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sowie</p> <p>12. die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a als Bundesstatistik durchzuführen.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,</p> <p>4. die Empfänger</p> <p>a) der Hilfe zur Erziehung,</p> <p>b) der Hilfe für junge Volljährige und</p> <p>c) der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,</p> <p>5. Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz vorläufige Maßnahmen getroffen worden sind,</p> <p>6. Kinder und Jugendliche, die als Kind angenommen worden sind,</p> <p>7. Kinder und Jugendliche, die unter Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft oder Beistandschaft des Jugendamts stehen,</p> <p>8. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt worden ist,</p> <p>9. Maßnahmen des Familiengerichts,</p> <p>10. Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6,</p> <p>11. die Träger der Jugendhilfe, die dort tätigen Personen und deren Einrichtungen mit Ausnahme der Tageseinrichtungen,</p> <p>12. die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe sowie</p> <p>13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a als Bundesstatistik durchzuführen.</p> <p>(2) [...]</p>
<p>§ 99 Erhebungsmerkmale</p> <p>(1) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27 bis 35, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a und Hilfe für junge Volljährige nach § 41 sind</p> <p>1. im Hinblick auf die Hilfe</p> <p>a) Art und Name des Trägers des Hilfe durchführenden Dienstes oder der Hilfe durchführenden Einrichtung,</p> <p>b) Art der Hilfe,</p> <p>c) Ort der Durchführung der Hilfe,</p> <p>d) Monat und Jahr des Beginns und Endes sowie Fortdauer der Hilfe,</p> <p>e) familienrichterliche Entscheidungen zu Beginn der Hilfe,</p> <p>f) Intensität der Hilfe,</p> <p>g) Hilfe anregende Institutionen oder Personen,</p>	<p>§ 99 Erhebungsmerkmale</p> <p>(1) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27 bis 35, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a und Hilfe für junge Volljährige nach § 41 sind</p> <p>1. im Hinblick auf die Hilfe</p> <p>a) Art des Trägers des Hilfe durchführenden Dienstes oder der Hilfe durchführenden Einrichtung sowie bei Trägern der freien Jugendhilfe deren Verbandszugehörigkeit,</p> <p>b) Art der Hilfe,</p> <p>c) Ort der Durchführung der Hilfe,</p> <p>d) Monat und Jahr des Beginns und Endes sowie Fortdauer der Hilfe,</p> <p>e) familienrichterliche Entscheidungen zu Beginn der Hilfe,</p> <p>f) Intensität der Hilfe,</p> <p>g) Hilfe anregende Institutionen oder Personen,</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>h) Gründe für die Hilfegewährung, i) Grund für die Beendigung der Hilfe, j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, k) Einleitung der Hilfe im Anschluss an eine vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Fall des § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sowie</p> <p>2. im Hinblick auf junge Menschen a) Geschlecht, b) Geburtsmonat und Geburtsjahr, c) Lebenssituation bei Beginn der Hilfe,</p> <p>d) anschließender Aufenthalt, e) nachfolgende Hilfe;</p> <p>3. bei sozialpädagogischer Familienhilfe nach § 31 und anderen familienorientierten Hilfen nach § 27 zusätzlich zu den unter den Nummern 1 und 2 genannten Merkmalen a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr der in der Familie lebenden jungen Menschen sowie b) Zahl der außerhalb der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen-</p> <p>(2) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sind Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz Maßnahmen nach § 42 oder § 42a getroffen worden sind, gegliedert nach</p> <p>1. Art der Maßnahme, Art des Trägers der Maßnahme, Form der Unterbringung während der Maßnahme, Institution oder Personenkreis, die oder der die Maßnahme angeregt hat, Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme, Durchführung auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, Maßnahmeanlass, Art der anschließenden Hilfe,</p>	<p>h) Gründe für die Hilfegewährung, i) Grund für die Beendigung der Hilfe, j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, k) Einleitung der Hilfe im Anschluss an eine vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Fall des § 42 Absatz 1 Satz 1, l) gleichzeitige Inanspruchnahme einer weiteren Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige oder Eingliederungshilfe bei einer seelischen Behinderung oder einer drohenden seelischen Behinderung sowie</p> <p>2. im Hinblick auf junge Menschen a) Geschlecht, b) Geburtsmonat und Geburtsjahr, c) Lebenssituation bei Beginn der Hilfe, d) ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils, e) Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochene Sprache, f) anschließender Aufenthalt, g) nachfolgende Hilfe;</p> <p>3. bei sozialpädagogischer Familienhilfe nach § 31 und anderen familienorientierten Hilfen nach § 27 zusätzlich zu den unter den Nummern 1 und 2 genannten Merkmalen a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr der in der Familie lebenden jungen Menschen sowie b) Zahl der außerhalb der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen;</p> <p>4. für Hilfen außerhalb des Elternhauses nach § 27 Absatz 1, 3 und 4, den §§ 29 und 30, 32 bis 35a und 41 zusätzlich zu den unter den Nummern 1 und 2 genannten Merkmalen der Schulbesuch sowie das Ausbildungsverhältnis.</p> <p>(2) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sind Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz Maßnahmen nach § 42 oder § 42a getroffen worden sind, gegliedert nach</p> <p>1. Art der Maßnahme, Art des Trägers der Maßnahme, Form der Unterbringung während der Maßnahme, hinweisgebender Institution oder Person, Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme, Durchführung aufgrund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, Maßnahmeanlass, im Kalenderjahr bereits wiederholt stattfindende Inobhutnahme, Widerspruch der</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den unter Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Altersgruppe zu Beginn der Maßnahme, Migrationshintergrund, Art des Aufenthalts vor Beginn der Maßnahme.</p> <p>(3) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Annahme als Kind sind</p> <p>1. angenommene Kinder und Jugendliche, gegliedert</p> <p>a) nach nationaler Adoption und internationaler Adoption nach § 2a des Adoptionsvermittlungsgesetzes,</p> <p>b) nach Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit und Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes,</p> <p>c) nach Herkunft des angenommenen Kindes, Art der Unterbringung vor der Adoptionspflege, Familienstand der Eltern oder des sorgeberechtigten Elternteils oder Tod der Eltern zu Beginn der Adoptionspflege sowie Ersetzung der Einwilligung zur Annahme als Kind,</p> <p>d) zusätzlich bei der internationalen Adoption (§ 2a des Adoptionsvermittlungsgesetzes) nach Staatsangehörigkeit vor Ausspruch der Adoption und nach Herkunftsland,</p> <p>e) nach Staatsangehörigkeit der oder des Annehmenden und Verwandtschaftsverhältnis zu dem Kind,</p>	<p>Personensorge- oder Erziehungsberechtigten gegen die Maßnahme, im Fall des Widerspruchs gegen die Maßnahme Herbeiführung einer Entscheidung des Familiengerichts nach § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2, Grund für die Beendigung der Maßnahme, anschließendem Aufenthalt, Art der anschließenden Hilfe,</p> <p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den unter Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Altersgruppe zu Beginn der Maßnahme, ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils, Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochene Sprache, Art des Aufenthalts vor Beginn der Maßnahme.</p> <p>(3) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Annahme als Kind sind</p> <p>1. angenommene Kinder und Jugendliche, gegliedert</p> <p>a) nach nationaler Adoption und internationaler Adoption nach § 2a des Adoptionsvermittlungsgesetzes,</p> <p>b) nach Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes, Datum des Adoptionsbeschlusses,</p> <p>c) nach Herkunft des angenommenen Kindes, Art der Unterbringung vor der Adoptionspflege, Geschlecht und Familienstand der Eltern oder des sorgeberechtigten Elternteils oder Tod der Eltern zu Beginn der Adoptionspflege sowie Ersetzung der Einwilligung zur Annahme als Kind,</p> <p>d) zusätzlich bei nationalen Adoptionen nach Datum des Beginns und Endes der Adoptionspflege und bei Unterbringung vor der Adoptionspflege in Pflegefamilien nach Datum des Beginns und Endes dieser Unterbringung sowie bei Annahme durch die vorherige Pflegefamilie nach Datum des Beginns und Endes dieser Unterbringung,</p> <p>e) zusätzlich bei der internationalen Adoption (§ 2a des Adoptionsvermittlungsgesetzes) nach Staatsangehörigkeit vor Ausspruch der Adoption, nach Herkunftsland und gewöhnlichem Aufenthalt vor der Adoption sowie nach Ausspruch der Adoption im Ausland oder Inland,</p> <p>f) nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Familienstand der oder des Annehmenden sowie nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu dem Kind,</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. die Zahl der</p> <ul style="list-style-type: none"> a) ausgesprochenen und aufgehobenen Annahmen sowie der abgebrochenen Adoptionspflegen, gegliedert nach Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes, b) vorgemerkten Adoptionsbewerber, die zur Annahme als Kind vorgemerkt und in Adoptionspflege untergebrachten Kinder und Jugendlichen zusätzlich nach ihrem Geschlecht, gegliedert nach Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes. <p>[...]</p> <p>(6) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a sind Kinder und Jugendliche, bei denen eine Gefährdungseinschätzung nach Absatz 1 vorgenommen worden ist, gegliedert</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. nach der die Gefährdungseinschätzung anregenden Institution oder Person, der Art der Kindeswohlgefährdung sowie dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung, 	<p>2. die Zahl der</p> <ul style="list-style-type: none"> a) ausgesprochenen und aufgehobenen Annahmen sowie der abgebrochenen Adoptionspflegen, gegliedert nach Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes, b) vorgemerkten Adoptionsbewerber, die zur Annahme als Kind vorgemerkt und in Adoptionspflege untergebrachten Kinder und Jugendlichen zusätzlich nach ihrem Geschlecht, gegliedert nach Art des Trägers des Adoptionsvermittlungsdienstes, <p>3. bei Anerkennungs- und Wirkungsfeststellung einer ausländischen Adoptionsentscheidung nach § 2 des Adoptionswirkungsgesetzes sowie eines Umwandlungsausspruchs nach § 3 des Adoptionswirkungsgesetzes die Zahl der</p> <ul style="list-style-type: none"> a) eingeleiteten Verfahren nach den §§ 2 und 3 des Adoptionswirkungsgesetzes, b) beendeten Verfahren nach den §§ 2 und 3 des Adoptionswirkungsgesetzes, die ausländische Adoptionen nach § 2a des Adoptionsvermittlungsgesetzes zum Gegenstand haben, gegliedert nach <ul style="list-style-type: none"> aa) dem Ergebnis des Verfahrens im Hinblick auf eine erfolgte und nicht erfolgte Vermittlung nach § 2a Absatz 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes, bb) dem Vorliegen einer Bescheinigung nach Artikel 23 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption und cc) der Verfahrensdauer. <p>[...]</p> <p>(6) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a sind Kinder und Jugendliche, bei denen eine Gefährdungseinschätzung nach Absatz 1 vorgenommen worden ist, gegliedert</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. nach der hinweisgebenden Institution oder Person, der Art der Kindeswohlgefährdung, der Person, von der die Gefährdung ausgeht, dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung sowie wiederholter Meldung zu demselben Kind oder Jugendlichen im jeweiligen Kalenderjahr,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Alter und Aufenthaltsort des Kindes oder Jugendlichen zum Zeitpunkt der Meldung sowie dem Alter der Eltern und der Inanspruchnahme einer Leistung gemäß den §§ 16 bis 19 sowie 27 bis 35a und der Durchführung einer Maßnahme nach § 42.</p> <p>[...]</p> <p>(6b) Erhebungsmerkmal bei den Erhebungen über Maßnahmen des Familiengerichts ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, bei denen wegen einer Gefährdung ihres Wohls das familiengerichtliche Verfahren auf Grund einer Anrufung durch das Jugendamt nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 oder auf andere Weise eingeleitet worden ist und</p> <ol style="list-style-type: none"> den Personensorgeberechtigten auferlegt worden ist, Leistungen nach diesem Buch in Anspruch zu nehmen, andere Gebote oder Verbote gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten ausgesprochen worden sind, Erklärungen der Personensorgeberechtigten ersetzt worden sind, die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen und auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger übertragen worden ist, <p>gegliedert nach Geschlecht, Alter und zusätzlich bei Nummer 4 nach dem Umfang der übertragenen Angelegenheit.</p> <p>(7) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> die Einrichtungen, gegliedert nach <ol style="list-style-type: none"> der Art und Name des Trägers und der Rechtsform sowie besonderen Merkmalen, der Zahl der genehmigten Plätze, der Art und Anzahl der Gruppen sowie die Anzahl der Kinder insgesamt, 	<p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Geburtsmonat, Geburtsjahr, ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils, Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochene Sprache, Eingliederungshilfe und Aufenthaltsort des Kindes oder Jugendlichen zum Zeitpunkt der Meldung sowie den Altersgruppen der Eltern und der Inanspruchnahme einer Leistung gemäß den §§ 16 bis 19 sowie 27 bis 35a und der Durchführung einer Maßnahme nach § 42.</p> <p>[...]</p> <p>(6b) Erhebungsmerkmal bei den Erhebungen über Maßnahmen des Familiengerichts ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, bei denen wegen einer Gefährdung ihres Wohls das familiengerichtliche Verfahren auf Grund einer Anrufung durch das Jugendamt nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 oder auf andere Weise eingeleitet worden ist und</p> <ol style="list-style-type: none"> den Personensorgeberechtigten auferlegt worden ist, Leistungen nach diesem Buch in Anspruch zu nehmen, andere Gebote oder Verbote gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten ausgesprochen worden sind, Erklärungen der Personensorgeberechtigten ersetzt worden sind, die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen und auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger übertragen worden ist, <p>gegliedert nach Geschlecht, Altersgruppen und zusätzlich bei Nummer 4 nach dem Umfang der übertragenen Angelegenheit. Zusätzlich sind die Fälle nach Geschlecht und Altersgruppen zu melden, in denen das Jugendamt insbesondere nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 das Familiengericht anruft, weil es dessen Tätigwerden für erforderlich hält.</p> <p>(7) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> die Einrichtungen, gegliedert nach <ol style="list-style-type: none"> der Art und Rechtsform des Trägers sowie bei Trägern der freien Jugendhilfe deren Verbandszugehörigkeit sowie besonderen Merkmalen, der Zahl der genehmigten Plätze, der Art und Anzahl der Gruppen, die Anzahl der Kinder insgesamt,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. für jede dort tätige Person</p> <p>a) Geschlecht und Beschäftigungsumfang, b) für das pädagogisch und in der Verwaltung tätige Personal zusätzlich Geburtsmonat und Geburtsjahr, die Art des Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich,</p> <p>3. für die dort geförderten Kinder</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr sowie Schulbesuch, b) Migrationshintergrund,</p> <p>⇒ Betreuungszeit und Mittagsverpflegung, ⇒ erhöhter Förderbedarf, ⇒ Gruppenzugehörigkeit, ⇒ Monat und Jahr der Aufnahme in der Tageseinrichtung.</p> <p>(7a) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Kinder in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege sowie die die Kindertagespflege durchführenden Personen sind:</p> <p>1. für jede tätige Person</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr, b) Art und Umfang der Qualifikation, Anzahl der betreuten Kinder (Betreungsverhältnisse am Stichtag) insgesamt und nach dem Ort der Betreuung,</p> <p>2. für die dort geförderten Kinder</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr sowie Schulbesuch, b) Migrationshintergrund,</p> <p>⇒ Betreuungszeit und Mittagsverpflegung, ⇒ Art und Umfang der öffentlichen Finanzierung und Förderung, ⇒ erhöhter Förderbedarf, ⇒ Verwandtschaftsverhältnis zur Pflegeperson, ⇒ gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements,</p>	<p>e) Anzahl der Schließtage an regulären Öffnungstagen im vorangegangenen Jahr sowie f) Öffnungszeiten,</p> <p>2. für jede dort tätige Person</p> <p>a) Geschlecht und Beschäftigungsumfang, b) für das pädagogisch und in der Verwaltung tätige Personal zusätzlich Geburtsmonat und Geburtsjahr, die Art des Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereiche einschließlich Gruppenzugehörigkeit, Monat und Jahr des Beginns der Tätigkeit in der derzeitigen Einrichtung,</p> <p>3. für die dort geförderten Kinder</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr sowie Schulbesuch, b) ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils, c) Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochene Sprache, d) Betreuungszeit und Mittagsverpflegung, e) Eingliederungshilfe, f) Gruppenzugehörigkeit, g) Monat und Jahr der Aufnahme in der Tageseinrichtung.</p> <p>(7a) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Kinder in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege sowie die die Kindertagespflege durchführenden Personen sind:</p> <p>1. für jede tätige Person</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr, b) Art und Umfang der Qualifikation, höchster allgemeinbildender Schulabschluss, höchster beruflicher Ausbildungs- und Hochschulabschluss, Anzahl der betreuten Kinder (Betreungsverhältnisse am Stichtag) insgesamt und nach dem Ort der Betreuung,</p> <p>2. für die dort geförderten Kinder</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr sowie Schulbesuch, b) ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils, c) Deutsch als in der Familie vorrangig gesprochene Sprache, d) Betreuungszeit und Mittagsverpflegung, e) Art und Umfang der öffentlichen Finanzierung und Förderung, f) Eingliederungshilfe, g) Verwandtschaftsverhältnis zur Pflegeperson, h) gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements,</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>h) Monat und Jahr der Aufnahme in Kindertagespflege.</p> <p>(7b) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 durchführen und die von diesen betreuten Kinder sind die Zahl der Tagespflegepersonen und die Zahl der von diesen betreuten Kinder jeweils gegliedert nach Pflegestellen.</p> <p>(8) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie bei den Erhebungen über Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6 sind offene und Gruppenangebote sowie Veranstaltungen und Projekte der Jugendarbeit, soweit diese mit öffentlichen Mitteln pauschal oder maßnahmenbezogen gefördert werden oder der Träger eine öffentliche Förderung erhält, gegliedert nach</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Art, Name und Rechtsform des Trägers, 2. Dauer, Häufigkeit, Durchführungsort und Art des Angebots; zusätzlich bei schulbezogenen Angeboten die Art der kooperierenden Schule, 3. Alter, Geschlecht sowie Art der Beschäftigung und Tätigkeit der bei der Durchführung des Angebots tätigen Personen, 4. Zahl, Geschlecht und Alter der Teilnehmenden sowie der Besucher, 5. Partnerländer und Veranstaltungen im In- oder Ausland bei Veranstaltungen und Projekten der internationalen Jugendarbeit. <p>(9) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Einrichtungen, soweit sie nicht in Absatz 7 erfasst werden, sowie die Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Einrichtungen, gegliedert nach der Art der Einrichtung, der Art und Name des Trägers, der Rechtsform sowie der Art und Zahl der verfügbaren Plätze, 	<p>i) Monat und Jahr der Aufnahme in Kindertagespflege.</p> <p>(7b) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 durchführen und die von diesen betreuten Kinder sind die Zahl der Kindertagespflegepersonen und die Zahl der von diesen betreuten Kinder jeweils gegliedert nach Pflegestellen.</p> <p>Inkrafttreten von Absatz 8: 1.1.2023</p> <p>(8) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie bei den Erhebungen über Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6 sind offene und Gruppenangebote sowie Veranstaltungen und Projekte der Jugendarbeit, soweit diese mit öffentlichen Mitteln pauschal oder maßnahmenbezogen gefördert werden oder der Träger eine öffentliche Förderung erhält, gegliedert nach</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Art und Rechtsform des Trägers sowie bei Trägern der freien Jugendhilfe deren Verbandszugehörigkeit, 2. Dauer, Häufigkeit, Durchführungsort und Art des Angebots; zusätzlich bei schulbezogenen Angeboten die Art der kooperierenden Schule, 3. Art der Beschäftigung und Tätigkeit der bei der Durchführung des Angebots tätigen Personen sowie, mit Ausnahme der sonstigen pädagogisch tätigen Personen, deren Altersgruppe und Geschlecht, 4. Zahl der Teilnehmenden und der Besucher sowie, mit Ausnahme von Festen, Feiern, Konzerten, Sportveranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen, deren Geschlecht und Altersgruppe, 5. Partnerländer und Veranstaltungen im In- oder Ausland bei Veranstaltungen und Projekten der internationalen Jugendarbeit. <p>Inkrafttreten von Absatz 9: 1.1.2022</p> <p>(9) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Träger der Jugendhilfe, die dort tätigen Personen und deren Einrichtungen, soweit diese nicht in Absatz 7 erfasst werden, sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Träger gegliedert nach <ol style="list-style-type: none"> a) Art und Rechtsform des Trägers sowie bei Trägern der freien Jugendhilfe deren Verbandszugehörigkeit, b) den Betätigungsfeldern nach Aufgabenbereichen,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. die Behörden der öffentlichen Jugendhilfe sowie die Geschäftsstellen der Träger der freien Jugendhilfe, gegliedert nach der Art des Trägers und der Rechtsform,</p> <p>3. für jede haupt- und nebenberuflich tätige Person</p> <p>a) (weggefallen)</p> <p>b) (weggefallen)</p> <p>c) Geschlecht und Beschäftigungsumfang,</p> <p>d) für das pädagogische und in der Verwaltung tätige Personal zusätzlich Geburtsmonat und Geburtsjahr, Art des Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich.</p> <p>(10) [...]</p>	<p>c) deren Personalausstattung sowie</p> <p>d) Anzahl der Einrichtungen,</p> <p>2. die Einrichtungen des Trägers mit Betriebserlaubnis nach § 45 und Betreuungsformen nach diesem Gesetz, soweit diese nicht in Absatz 7 erfasst werden, gegliedert nach</p> <p>a) Postleitzahl des Standorts,</p> <p>b) für jede vorhandene Gruppe und jede sonstige Betreuungsform nach diesem Gesetz, die von der Betriebserlaubnis umfasst ist, Angaben über die Art der Unterbringung oder Betreuung, deren Rechtsgrundlagen, Anzahl der genehmigten und belegten Plätze, Anzahl der Sollstellen des Personals und Hauptstelle der Einrichtung,</p> <p>3. für jede im Bereich der Jugendhilfe pädagogisch und in der Verwaltung tätige Person des Trägers</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr,</p> <p>b) Art des höchsten Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung, Beschäftigungsumfang und Arbeitsbereiche,</p> <p>c) Bundesland des überwiegenden Einsatzortes.</p> <p>(10) [...]</p>
<p>§ 100 Hilfsmerkmale</p> <p>Hilfsmerkmale sind</p> <p>1. Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen,</p> <p>2. für die Erhebungen nach § 99 die Kenn-Nummer der hilfeleistenden Stelle oder der auskunftsgebenden Einrichtung; soweit eine Hilfe nach § 28 gebietsübergreifend erbracht wird, die Kenn-Nummer des Wohnsitzes des Hilfeempfängers,</p> <p>3. für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 2, 3 und 6 die Kenn-Nummer der betreffenden Person,</p> <p>4. Name und Telefonnummer sowie Faxnummer oder E-Mail-Adresse der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.</p>	<p>§ 100 Hilfsmerkmale</p> <p>Hilfsmerkmale sind</p> <p>1. Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen,</p> <p>2. für die Erhebungen nach § 99 die Kenn-Nummer der hilfeleistenden Stelle oder der auskunftsgebenden Einrichtung; soweit eine Hilfe nach § 28 gebietsübergreifend erbracht wird, die Kenn-Nummer des Wohnsitzes des Hilfeempfängers,</p> <p>3. für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 2, 3 und 6 die Kenn-Nummer der betreffenden Person,</p> <p>4. Name und Kontaktdaten der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 101 Periodizität und Berichtszeitraum</p> <p>(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5 sowie nach Absatz 6a bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie die Eingliederungshilfe für seelisch-behinderte Kinder und Jugendliche betreffen, beginnend 2007. Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle zwei Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 8 erstmalig für das Jahr 2015 und die Erhebungen nach § 99 Absatz 9 erstmalig für das Jahr 2014.</p> <p>(2) Die Angaben für die Erhebung nach</p> <ol style="list-style-type: none"> § 99 Absatz 1 sind zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hilfe endet, bei fortdauernder Hilfe zum 31. Dezember, bis 5. (weggefallen) § 99 Absatz 2 sind zum Zeitpunkt des Endes einer vorläufigen Maßnahme, § 99 Absatz 3 Nummer 1 sind zum Zeitpunkt der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über die Annahme als Kind, § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a und Absatz 6a, 6b und 10 sind für das abgelaufene Kalenderjahr, § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b und Absatz 4, 5 und 9 sind zum 31. Dezember, § 99 Absatz 7, 7a und 7b sind zum 1. März, § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung, § 99 Absatz 8 sind für das abgelaufene Kalenderjahr <p>zu erteilen.</p>	<p>§ 101 Periodizität und Berichtszeitraum</p> <p>(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5, 6a bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 3 Nummer 3 erstmalig für das Jahr 2022; die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung betreffen, sind 2007 beginnend jährlich durchzuführen. Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle zwei Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 8 erstmalig für das Jahr 2015 und die Erhebungen nach § 99 Absatz 9 erstmalig für das Jahr 2014.</p> <p>(2) Die Angaben für die Erhebung nach</p> <ol style="list-style-type: none"> § 99 Absatz 1 sind zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hilfe endet, bei fortdauernder Hilfe zum 31. Dezember, bis 5. (weggefallen) § 99 Absatz 2 sind zum Zeitpunkt des Endes einer vorläufigen Maßnahme, § 99 Absatz 3 Nummer 1 sind zum Zeitpunkt der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über die Annahme als Kind, § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a, Nummer 3 und Absatz 6a, 6b und 10 sind für das abgelaufene Kalenderjahr, § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b und Absatz 4 und 5 sind zum 31. Dezember, § 99 Absatz 7, 7a und 7b sind zum 1. März, § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung, § 99 Absatz 8 sind für das abgelaufene Kalenderjahr, § 99 Absatz 9 sind zum 15. Dezember[.] <p>zu erteilen.</p>
<p>§ 102 Auskunftspflicht</p> <p>[...]</p> <p>(2) Auskunftspflichtig sind</p> <ol style="list-style-type: none"> die örtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden, die überörtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 3 und 7 und 8 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden, 	<p>§ 102 Auskunftspflicht</p> <p>[...]</p> <p><u>Inkrafttreten von Absatz 2 Nummer 8: 1.1.2022</u></p> <p>(2) Auskunftspflichtig sind</p> <ol style="list-style-type: none"> die örtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden, die überörtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 3 und 7 und 8 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>3. die obersten Landesjugendbehörden für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 8 bis 10,</p> <p>4. die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde für die Erhebung nach § 99 Absatz 10,</p> <p>5. die kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindeverbände, soweit sie Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen, für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 bis 10,</p> <p>6. die Träger der freien Jugendhilfe für Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie eine Beratung nach § 28 oder § 41 betreffen, nach § 99 Absatz 8, soweit sie anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 oder Absatz 3 sind, und nach § 99 Absatz 3, 7 und 9,</p> <p>7. Adoptionsvermittlungsstellen nach § 2 Absatz 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 1 des Adoptionsvermittlungsgesetzes sowie anerkannte Auslandsvermittlungsstellen nach § 4 Absatz 2 Satz 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 2a Absatz 4 Nummer 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 1 sowie gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2a für die Zahl der ausgesprochenen Annahmen und gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2b für die Zahl der vorgemerkten Adoptionsbewerber,</p> <p>8. die Leiter der Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 9.</p> <p>(3) Zur Durchführung der Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 2, 3, 7, 8 und 9 übermitteln die Träger der öffentlichen Jugendhilfe den statistischen Ämtern der Länder auf Anforderung die erforderlichen Anschriften der übrigen Auskunftspflichtigen.</p>	<p>3. die obersten Landesjugendbehörden für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 8 bis 10,</p> <p>4. die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde für die Erhebung nach § 99 Absatz 10,</p> <p>5. die kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindeverbände, soweit sie Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen, für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 bis 10,</p> <p>6. die Träger der freien Jugendhilfe für Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie eine Beratung nach § 28 oder § 41 betreffen, nach § 99 Absatz 8, soweit sie anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 oder Absatz 3 sind, und nach § 99 Absatz 3, 7 und 9,</p> <p>7. Adoptionsvermittlungsstellen nach § 2 Absatz 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 1 des Adoptionsvermittlungsgesetzes sowie anerkannte Auslandsvermittlungsstellen nach § 4 Absatz 2 Satz 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 2a Absatz 4 Nummer 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 1 sowie gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2a für die Zahl der ausgesprochenen Annahmen und gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2b für die Zahl der vorgemerkten Adoptionsbewerber,</p> <p>8. die Leiter der Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7.</p> <p>(3) Zur Durchführung der Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 3, 7, 8 und 9 übermitteln die Träger der öffentlichen Jugendhilfe den statistischen Ämtern der Länder auf Anforderung die erforderlichen Anschriften der übrigen Auskunftspflichtigen.</p>
<p>§ 103 Übermittlung</p> <p>[...]</p> <p>(3) Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken gemäß den §§ 98 und 99 dürfen auf der Ebene der einzelnen Gemeinde oder des einzelnen Jugendamtsbezirkes veröffentlicht werden.</p>	<p>§ 103 Übermittlung</p> <p>[...]</p> <p>(3) Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken gemäß den §§ 98 und 99 dürfen auf der Ebene der einzelnen Gemeinde oder des einzelnen Jugendamtsbezirkes veröffentlicht werden.</p> <p>(4) Die statistischen Landesämter übermitteln die erhobenen Einzeldaten auf Anforderung an das Statistische Bundesamt.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 104 Bußgeldvorschriften</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ohne Erlaubnis nach § 43 Absatz 1 oder § 44 Absatz 1 Satz 1 ein Kind oder einen Jugendlichen betreut oder ihm Unterkunft gewährt, 2. entgegen § 45 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 48a Absatz 1, ohne Erlaubnis eine Einrichtung oder eine sonstige Wohnform betreibt oder 3. entgegen § 47 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder 4. entgegen § 97a Absatz 4 vorsätzlich oder fahrlässig als Arbeitgeber eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt. <p>(2) [...]</p>	<p>§ 104 Bußgeldvorschriften</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ohne Erlaubnis nach § 43 Absatz 1 oder § 44 Absatz 1 Satz 1 ein Kind oder einen Jugendlichen betreut oder ihm Unterkunft gewährt, 2. entgegen § 45 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 48a Absatz 1, ohne Erlaubnis eine Einrichtung oder eine sonstige Wohnform betreibt oder 3. entgegen § 47 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder vorsätzlich oder fahrlässig seiner Verpflichtung zur Dokumentation oder Aufbewahrung derselben oder zum Nachweis der ordnungsgemäßen Buchführung auf entsprechendes Verlangen nicht nachkommt oder 4. entgegen § 97a Absatz 4 vorsätzlich oder fahrlässig als Arbeitgeber eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt. <p>(2) [...]</p>
	<p>§ 107 Übergangsregelung</p> <p>(1) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begleitet und untersucht</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bis zum Inkrafttreten von § 10b am 1. Januar 2024 sowie 2. bis zum Inkrafttreten von § 10 Absatz 4 Satz 1 und 2 am 1. Januar 2028 <p>die Umsetzung der für die Ausführung dieser Regelungen jeweils notwendigen Maßnahmen in den Ländern. Bei der Untersuchung nach Satz 1 Nummer 1 werden insbesondere auch die Erfahrungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einbezogen, die bereits vor dem 1. Januar 2024 Verfahrenslotsen entsprechend § 10b einsetzen. Bei der Untersuchung nach Satz 1 Nummer 2 findet das Bundesgesetz nach § 10 Absatz 4 Satz 3 ab dem Zeitpunkt seiner Verkündung, die als Bedingung für das Inkrafttreten von § 10 Absatz 4 Satz 1 und 2 spätestens bis zum 1. Januar 2027 erfolgen muss, besondere Berücksichtigung.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>(2) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht in den Jahren 2022 bis 2024 die rechtlichen Wirkungen von § 10 Absatz 4 und legt dem Bundesrat und dem Bundesrat bis zum 31. Dezember 2024 einen Bericht über das Ergebnis der Untersuchung vor. Dabei sollen insbesondere die gesetzlichen Festlegungen des Achten und Neunten Buches</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zur Bestimmung des leistungsberechtigten Personenkreises, 2. zur Bestimmung von Art und Umfang der Leistungen, 3. zur Ausgestaltung der Kostenbeteiligung bei diesen Leistungen und 4. zur Ausgestaltung des Verfahrens <p>untersucht werden mit dem Ziel, den leistungsberechtigten Personenkreis, Art und Umfang der Leistungen sowie den Umfang der Kostenbeteiligung für die hierzu Verpflichteten nach dem am 1. Januar 2023 für die Eingliederungshilfe geltenden Recht beizubehalten, insbesondere einerseits keine Verschlechterungen für leistungsberechtigte oder kostenbeitragspflichtige Personen und andererseits keine Ausweitung des Kreises der Leistungsberechtigten sowie des Leistungsumfanges im Vergleich zur Rechtslage am 1. Januar 2023 herbeizuführen, sowie Hinweise auf die zu bestimmenden Inhalte des Bundesgesetzes nach § 10 Absatz 4 Satz 3 zu geben. In die Untersuchung werden auch mögliche finanzielle Auswirkungen gesetzlicher Gestaltungsoptionen einbezogen.</p> <p>(3) Soweit das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dritte in die Durchführung der Untersuchungen nach den Absätzen 1 und 2 einbezieht, beteiligt es hierzu vorab die Länder.</p> <p>(4) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht unter Beteiligung der Länder die Wirkungen dieses Gesetzes im Übrigen einschließlich seiner finanziellen Auswirkungen auf Länder und Kommunen und berichtet dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Ergebnisse dieser Untersuchung.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)	
<p>§ 3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz</p> <p>[...]</p> <p>(2) In das Netzwerk sollen insbesondere Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Einrichtungen und Dienste, mit denen Verträge nach § 76 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bestehen, Gesundheitsämter, Sozialämter, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderstellen, Beratungsstellen für soziale Problemlagen, Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Einrichtungen und Dienste zur Müttergenesung sowie zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe einbezogen werden.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>§ 3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz</p> <p>[...]</p> <p>(2) In das Netzwerk sollen insbesondere Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Leistungserbringer, mit denen Verträge nach § 125 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bestehen, Gesundheitsämter, Sozialämter, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderstellen, Beratungsstellen für soziale Problemlagen, Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Einrichtungen und Dienste zur Müttergenesung sowie zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe einbezogen werden.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>
<p>§ 4 Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung</p> <p>(1) Werden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ärztinnen oder Ärzten, Hebammen oder Entbindungspflegern oder Angehörigen eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert, 2. Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung, 3. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberaterinnen oder -beratern sowie 4. Beraterinnen oder Beratern für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist, 5. Mitgliedern oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, 6. staatlich anerkannten Sozialarbeiterinnen oder -arbeitern oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen oder -pädagogen oder 7. Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen 	<p>§ 4 Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung</p> <p>(1) Werden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ärztinnen oder Ärzten, Zahnärztinnen oder Zahnärzten[,] Hebammen oder Entbindungspflegern oder Angehörigen eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert, 2. Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung, 3. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberaterinnen oder -beratern sowie 4. Beraterinnen oder Beratern für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist, 5. Mitgliedern oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, 6. staatlich anerkannten Sozialarbeiterinnen oder -arbeitern oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen oder -pädagogen oder 7. Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation erörtern und, soweit erforderlich, bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</p> <p>[...]</p> <p>(3) Scheidet eine Abwendung der Gefährdung nach Absatz 1 aus oder ist ein Vorgehen nach Absatz 1 erfolglos und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen.</p>	<p>in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Erziehungsberechtigten die Situation erörtern und, soweit erforderlich, bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</p> <p>[...]</p> <p>(3) Scheidet eine Abwendung der Gefährdung nach Absatz 1 aus oder ist ein Vorgehen nach Absatz 1 erfolglos und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen. Die Sätze 1 und 2 gelten für die in Absatz 1 Nummer 1 genannten Personen mit der Maßgabe, dass diese unverzüglich das Jugendamt informieren sollen, wenn nach deren Einschätzung eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen das Tätigwerden des Jugendamtes erfordert.</p> <p>(4) Wird das Jugendamt von einer in Absatz 1 genannten Person informiert, soll es dieser Person zeitnah eine Rückmeldung geben, ob es die gewichtigen Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Kindes oder Jugendlichen bestätigt sieht und ob es zum Schutz des Kindes oder Jugendlichen tätig geworden ist und noch tätig ist. Hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird.</p> <p>(5) Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Zollbehörden.</p> <p>(6) Zur praktischen Erprobung datenschutzrechtlicher Umsetzungsformen und zur Evaluierung der Auswirkungen auf den Kinderschutz kann Landesrecht die Befugnis zu einem fallbezogenen interkollegialen Austausch von Ärztinnen und Ärzten regeln.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	<p>§ 5 Mitteilungen an das Jugendamt</p> <p>(1) Werden in einem Strafverfahren gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, informiert die Strafverfolgungsbehörde oder das Gericht unverzüglich den zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie im Falle seiner Zuständigkeit den überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und übermittelt die aus ihrer Sicht zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos erforderlichen Daten. Die Mitteilung ordnen Richterinnen oder Richter, Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte an. § 4 Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung können insbesondere dann vorliegen, wenn gegen eine Person, die mit einem Kind oder Jugendlichen in häuslicher Gemeinschaft lebt oder die regelmäßig Umgang mit ihm hat oder haben wird, der Verdacht besteht, eine Straftat nach den §§ 171, 174, 176 bis 180, 182, 184b bis 184e, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs begangen zu haben.</p>
Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)	
<p>§ 1 Solidarität und Eigenverantwortung</p> <p>Die Krankenversicherung als Solidargemeinschaft hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Das umfasst auch die Förderung der gesundheitlichen Eigenkompetenz und Eigenverantwortung der Versicherten. Die Versicherten sind für ihre Gesundheit mitverantwortlich; sie sollen durch eine gesundheitsbewusste Lebensführung, durch frühzeitige Beteiligung an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen sowie durch aktive Mitwirkung an Krankheitsbehandlung und Rehabilitation dazu beitragen, den Eintritt von Krankheit und Behinderung zu vermeiden oder ihre Folgen zu überwinden. Die Krankenkassen haben den Versicherten dabei durch Aufklärung, Beratung und Leistungen zu helfen und auf gesunde Lebensverhältnisse hinzuwirken.</p>	<p>§ 1 Solidarität und Eigenverantwortung</p> <p>Die Krankenversicherung als Solidargemeinschaft hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Das umfasst auch die Förderung der gesundheitlichen Eigenkompetenz und Eigenverantwortung der Versicherten. Die Versicherten sind für ihre Gesundheit mitverantwortlich; sie sollen durch eine gesundheitsbewusste Lebensführung, durch frühzeitige Beteiligung an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen sowie durch aktive Mitwirkung an Krankheitsbehandlung und Rehabilitation dazu beitragen, den Eintritt von Krankheit und Behinderung zu vermeiden oder ihre Folgen zu überwinden. Die Krankenkassen haben den Versicherten dabei durch Aufklärung, Beratung und Leistungen zu helfen und unter Berücksichtigung von geschlechts-, alters- und behinderungsspezifischen Besonderheiten auf gesunde Lebensverhältnisse hinzuwirken.</p>
<p>§ 2b Geschlechtsspezifische Besonderheiten</p> <p>Bei den Leistungen der Krankenkassen ist geschlechtsspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen.</p>	<p>§ 2b Geschlechts- und altersspezifische Besonderheiten</p> <p>Bei den Leistungen der Krankenkassen ist geschlechts- und altersspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 20 Primäre Prävention und Gesundheitsförderung</p> <p>(1) Die Krankenkasse sieht in der Satzung Leistungen zur Verhinderung und Verminderung von Krankheitsrisiken (primäre Prävention) sowie zur Förderung des selbstbestimmten gesundheitsorientierten Handelns der Versicherten (Gesundheitsförderung) vor. Die Leistungen sollen insbesondere zur Verminderung sozial bedingter sowie geschlechtsbezogener Ungleichheit von Gesundheitschancen beitragen. Die Krankenkasse legt dabei die Handlungsfelder und Kriterien nach Absatz 2 zugrunde.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>§ 20 Primäre Prävention und Gesundheitsförderung</p> <p>(1) Die Krankenkasse sieht in der Satzung Leistungen zur Verhinderung und Verminderung von Krankheitsrisiken (primäre Prävention) sowie zur Förderung des selbstbestimmten gesundheitsorientierten Handelns der Versicherten (Gesundheitsförderung) vor. Die Leistungen sollen insbesondere zur Verminderung sozial bedingter sowie geschlechtsbezogener Ungleichheit von Gesundheitschancen beitragen und kind- und jugendspezifische Belange berücksichtigen. Die Krankenkasse legt dabei die Handlungsfelder und Kriterien nach Absatz 2 zugrunde.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
	<p>§ 73c Kooperationsvereinbarungen zum Kinder- und Jugendschutz</p> <p>Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Vertragsärzten mit den Jugendämtern schließen, um die vertragsärztliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, bei denen Vertragsärzte im Rahmen von Früherkennungsuntersuchungen nach § 26 oder im Rahmen ihrer oder der ärztlichen Behandlung ihrer Familienangehörigen nach § 28 Anhaltspunkte für eine Gefährdung ihres Wohls feststellen. Satz 1 gilt nicht für Kassenzahnärztliche Vereinigungen und Zahnärzte.</p>
<p>§ 87 Bundesmantelvertrag, einheitlicher Bewertungsmaßstab, bundeseinheitliche Orientierungswerte</p> <p>[...]</p> <p>(2a) Die im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen aufgeführten Leistungen sind entsprechend der in § 73 Abs. 1 festgelegten Gliederung der vertragsärztlichen Versorgung in Leistungen der hausärztlichen und Leistungen der fachärztlichen Versorgung zu gliedern mit der Maßgabe, dass unbeschadet gemeinsam abrechenbarer Leistungen Leistungen der hausärztlichen Versorgung nur von den an der hausärztli-</p>	<p>§ 87 Bundesmantelvertrag, einheitlicher Bewertungsmaßstab, bundeseinheitliche Orientierungswerte</p> <p>[...]</p> <p>(2a) Die im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen aufgeführten Leistungen sind entsprechend der in § 73 Abs. 1 festgelegten Gliederung der vertragsärztlichen Versorgung in Leistungen der hausärztlichen und Leistungen der fachärztlichen Versorgung zu gliedern mit der Maßgabe, dass unbeschadet gemeinsam abrechenbarer Leistungen Leistungen der hausärztlichen Versorgung nur von den an der hausärztli-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>chen Versorgung teilnehmenden Ärzten und Leistungen der fachärztlichen Versorgung nur von den an der fachärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzten abgerechnet werden dürfen; die Leistungen der fachärztlichen Versorgung sind in der Weise zu gliedern, dass den einzelnen Facharztgruppen die von ihnen ausschließlich abrechenbaren Leistungen zugeordnet werden. Bei der Bestimmung der Arztgruppen nach Satz 1 ist der Versorgungsauftrag der jeweiligen Arztgruppe im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung zugrunde zu legen. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen hat eine Regelung zu enthalten, nach der ärztliche Leistungen zur Diagnostik und ambulanten Eradikationstherapie einschließlich elektronischer Dokumentation von Trägern mit dem Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus (MRSA) vergütet werden. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung berichtet dem Bundesministerium für Gesundheit quartalsbezogen über Auswertungsergebnisse der Regelung nach Satz 3. Das Bundesministerium für Gesundheit kann das Nähere zum Inhalt des Berichts nach Satz 4 sowie zur Auswertung der anonymisierten Dokumentationen zum Zwecke der Versorgungsforschung und zur Förderung der Qualität bestimmen; es kann auch den Bewertungsausschuss mit der Vorlage des Berichts beauftragen. Im Übrigen gilt die Veröffentlichungspflicht gemäß § 135b Absatz 1 Satz 2. Bei der Überprüfung nach Absatz 2 Satz 2 prüfen der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a jeweils, in welchem Umfang ambulante telemedizinische Leistungen erbracht werden können; auf dieser Grundlage beschließen der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a jeweils, inwieweit der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen anzupassen ist. In die Überprüfung nach Absatz 2 Satz 2 ist auch einzubeziehen, in welchem Umfang delegationsfähige Leistungen durch Personen nach § 28 Absatz 1 Satz 2 qualifiziert erbracht und angemessen vergütet werden können; auf dieser Grundlage ist eine Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Versorgungsstrukturen bis zum 23. Januar 2016 zu beschließen. Nach Inkrafttreten der Bestimmungen nach § 27b Absatz 2 Satz 2 ist im einheitlichen Be-</p>	<p>chen Versorgung teilnehmenden Ärzten und Leistungen der fachärztlichen Versorgung nur von den an der fachärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzten abgerechnet werden dürfen; die Leistungen der fachärztlichen Versorgung sind in der Weise zu gliedern, dass den einzelnen Facharztgruppen die von ihnen ausschließlich abrechenbaren Leistungen zugeordnet werden. Bei der Bestimmung der Arztgruppen nach Satz 1 ist der Versorgungsauftrag der jeweiligen Arztgruppe im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung zugrunde zu legen. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen hat eine Regelung zu enthalten, nach der ärztliche Leistungen zur Diagnostik und ambulanten Eradikationstherapie einschließlich elektronischer Dokumentation von Trägern mit dem Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus (MRSA) vergütet werden. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung berichtet dem Bundesministerium für Gesundheit quartalsbezogen über Auswertungsergebnisse der Regelung nach Satz 3. Das Bundesministerium für Gesundheit kann das Nähere zum Inhalt des Berichts nach Satz 4 sowie zur Auswertung der anonymisierten Dokumentationen zum Zwecke der Versorgungsforschung und zur Förderung der Qualität bestimmen; es kann auch den Bewertungsausschuss mit der Vorlage des Berichts beauftragen. Im Übrigen gilt die Veröffentlichungspflicht gemäß § 135b Absatz 1 Satz 2. Bei der Überprüfung nach Absatz 2 Satz 2 prüfen der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a jeweils, in welchem Umfang ambulante telemedizinische Leistungen erbracht werden können; auf dieser Grundlage beschließen der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a jeweils, inwieweit der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen anzupassen ist. In die Überprüfung nach Absatz 2 Satz 2 ist auch einzubeziehen, in welchem Umfang die Durchführung von insbesondere telemedizinischen Fallbesprechungen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen zum Kinder- und Jugendschutz nach § 73c angemessen vergütet werden kann; auf dieser Grundlage ist eine Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen zu beschließen. In die Überprüfung nach Absatz 2 Satz 2 ist auch einzubeziehen, in welchem Umfang delegationsfähige Leistungen</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>wertungsmaßstab für ärztliche Leistungen durch den Bewertungsausschuss gemäß Absatz 5a eine Regelung zu treffen, nach der Leistungen und Kosten im Rahmen der Einholung der Zweitmeinungen nach § 27b abgerechnet werden können. Sofern drei Monate nach Inkrafttreten der Bestimmungen des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 27b Absatz 2 keine Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen getroffen wurde, können Versicherte die Leistungen nach § 27b bei den dafür berechtigten Leistungserbringern im Wege der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 1 in Anspruch nehmen. Die Kosten sind von der Krankenkasse in der entstandenen Höhe zu erstatten. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme im Wege der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 1 endet, sobald die Regelung nach Satz 9 in Kraft getreten ist. Mit Wirkung zum 30. September 2020 ist durch den Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu regeln, dass Konsilien in einem weiten Umfang in der vertragsärztlichen und in der sektorenübergreifenden Versorgung als telemedizinische Leistung abgerechnet werden können, wenn bei ihnen sichere elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden. Die Regelungen erfolgen auf der Grundlage der Vereinbarung nach § 367 Absatz 1. Der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a legen dem Bundesministerium für Gesundheit im Abstand von zwei Jahren, erstmals zum 31. Oktober 2022, einen gemeinsamen Bericht über den Stand der Beratungen und Beschlussfassungen nach Satz 7 sowie zur Erbringung von ambulanten telemedizinischen Leistungen und zu der Teilnahme der Leistungserbringer an der Erbringung von Leistungen im Rahmen der Videosprechstunde vor. Das Bundesministerium für Gesundheit leitet den Bericht an den Deutschen Bundestag weiter. In dem Beschluss nach Satz 7 sind durch den Bewertungsausschuss Regelungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu treffen, nach denen telemedizinische Leistungen, insbesondere Videosprechstunden, in einem weiten Umfang ermöglicht werden. Die im Hinblick auf Videosprechstunden bisher enthaltene Vorgabe von Krankheitsbildern im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen</p>	<p>durch Personen nach § 28 Absatz 1 Satz 2 qualifiziert erbracht und angemessen vergütet werden können; auf dieser Grundlage ist eine Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Versorgungsstrukturen bis zum 23. Januar 2016 zu beschließen. Nach Inkrafttreten der Bestimmungen nach § 27b Absatz 2 Satz 2 ist im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen durch den Bewertungsausschuss gemäß Absatz 5a eine Regelung zu treffen, nach der Leistungen und Kosten im Rahmen der Einholung der Zweitmeinungen nach § 27b abgerechnet werden können. Sofern drei Monate nach Inkrafttreten der Bestimmungen des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 27b Absatz 2 keine Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen getroffen wurde, können Versicherte die Leistungen nach § 27b bei den dafür berechtigten Leistungserbringern im Wege der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 1 in Anspruch nehmen. Die Kosten sind von der Krankenkasse in der entstandenen Höhe zu erstatten. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme im Wege der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 1 endet, sobald die Regelung nach Satz 9 in Kraft getreten ist. Mit Wirkung zum 30. September 2020 ist durch den Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu regeln, dass Konsilien in einem weiten Umfang in der vertragsärztlichen und in der sektorenübergreifenden Versorgung als telemedizinische Leistung abgerechnet werden können, wenn bei ihnen sichere elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden. Die Regelungen erfolgen auf der Grundlage der Vereinbarung nach § 367 Absatz 1. Der Bewertungsausschuss nach Absatz 3 und der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a legen dem Bundesministerium für Gesundheit im Abstand von zwei Jahren, erstmals zum 31. Oktober 2022, einen gemeinsamen Bericht über den Stand der Beratungen und Beschlussfassungen nach Satz 7 sowie zur Erbringung von ambulanten telemedizinischen Leistungen und zu der Teilnahme der Leistungserbringer an der Erbringung von Leistungen im Rahmen der Videosprechstunde vor. Das Bundesministerium für Gesundheit leitet den Bericht an den Deutschen Bundestag weiter. In dem Beschluss</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>entfällt. Bei den Regelungen nach Satz 18 sind die Besonderheiten in der Versorgung von Pflegebedürftigen durch Zuschläge und die Besonderheiten in der psychotherapeutischen Versorgung einschließlich der Versorgung mit gruppentherapeutischen Leistungen und Leistungen der psychotherapeutischen Akutbehandlung zu berücksichtigen. Die Regelungen nach Satz 18 erfolgen auf der Grundlage der Vereinbarung nach § 365 Absatz 1 Satz 1. Bis zum 30. Juni 2016 ist mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 eine Regelung zu treffen, nach der ärztliche Leistungen nach § 31a vergütet werden. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen hat eine Regelung über die Vergütung von ärztlichen Leistungen zur Erstellung und Aktualisierung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 und 7 zu enthalten; die Vergütung für die Erstellung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 ist in dem Zeitraum vom 20. Oktober 2020 bis zum 20. Oktober 2021 auf das Zweifache der sich nach dem einheitlichen Bewertungsmaßstab ergebenden Vergütung zu erhöhen; die Vergütungsregelung für die Erstellung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 ist bis zum 1. Oktober 2022 zu vereinbaren. Der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a beschließt im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die nach dem Schweregrad zu differenzierenden Regelungen für die Versorgung im Notfall und im Notdienst sowie bis zum 31. März 2022 Regelungen für die Versorgung im Notdienst mit telemedizinischen Leistungen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Regelungen hat der Bewertungsausschuss nach Absatz 5a die Entwicklung der Leistungen zu evaluieren und hierüber dem Bundesministerium für Gesundheit zu berichten; Absatz 3a gilt entsprechend. Der Bewertungsausschuss überprüft, in welchem Umfang Diagnostika zur schnellen und zur qualitätsgesicherten Antibiotikatherapie eingesetzt werden können, und beschließt auf dieser Grundlage erstmals bis spätestens zum 1. Dezember 2017 entsprechende Anpassungen des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen ist innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 92 Absatz 6b vom Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a anzupassen. Im einheitlichen</p>	<p>nach Satz 7 sind durch den Bewertungsausschuss Regelungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu treffen, nach denen telemedizinische Leistungen, insbesondere Videosprechstunden, in einem weiten Umfang ermöglicht werden. Die im Hinblick auf Videosprechstunden bisher enthaltene Vorgabe von Krankheitsbildern im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen entfällt. Bei den Regelungen nach Satz 18 sind die Besonderheiten in der Versorgung von Pflegebedürftigen durch Zuschläge und die Besonderheiten in der psychotherapeutischen Versorgung einschließlich der Versorgung mit gruppentherapeutischen Leistungen und Leistungen der psychotherapeutischen Akutbehandlung zu berücksichtigen. Die Regelungen nach Satz 18 erfolgen auf der Grundlage der Vereinbarung nach § 365 Absatz 1 Satz 1. Bis zum 30. Juni 2016 ist mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 eine Regelung zu treffen, nach der ärztliche Leistungen nach § 31a vergütet werden. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen hat eine Regelung über die Vergütung von ärztlichen Leistungen zur Erstellung und Aktualisierung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 und 7 zu enthalten; die Vergütung für die Erstellung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 ist in dem Zeitraum vom 20. Oktober 2020 bis zum 20. Oktober 2021 auf das Zweifache der sich nach dem einheitlichen Bewertungsmaßstab ergebenden Vergütung zu erhöhen; die Vergütungsregelung für die Erstellung von Datensätzen nach § 334 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 ist bis zum 1. Oktober 2022 zu vereinbaren. Der Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a beschließt im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die nach dem Schweregrad zu differenzierenden Regelungen für die Versorgung im Notfall und im Notdienst sowie bis zum 31. März 2022 Regelungen für die Versorgung im Notdienst mit telemedizinischen Leistungen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Regelungen hat der Bewertungsausschuss nach Absatz 5a die Entwicklung der Leistungen zu evaluieren und hierüber dem Bundesministerium für Gesundheit zu berichten; Absatz 3a gilt entsprechend. Der Bewertungsausschuss überprüft, in welchem Umfang Diagnostika zur schnellen und zur qualitätsgesicherten Antibiotikatherapie eingesetzt werden können, und beschließt auf die-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen ist mit Wirkung zum 1. Januar 2021 vorzusehen, dass Leistungen nach § 346 Absatz 1 Satz 1 und 3 zur Unterstützung der Versicherten bei der Verarbeitung medizinischer Daten in der elektronischen Patientenakte im aktuellen Behandlungskontext vergütet werden. Mit Wirkung zum 1. Januar 2022 ist im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen vorzusehen, dass ärztliche Leistungen nach § 346 Absatz 3 zur Unterstützung der Versicherten bei der erstmaligen Befüllung der elektronischen Patientenakte im aktuellen Behandlungskontext vergütet werden. Der Bewertungsausschuss hat im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die Leistungen, die durch Videosprechstunde erbracht werden, auf 30 Prozent der jeweiligen Leistungen im Quartal des an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringers zu begrenzen. Zudem hat der Bewertungsausschuss im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die Anzahl der Behandlungsfälle im Quartal, in denen ausschließlich Leistungen im Rahmen einer Videosprechstunde erbracht werden, auf 30 Prozent aller Behandlungsfälle des an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringers zu begrenzen. Von der Begrenzung auf 30 Prozent nach den Sätzen 30 und 31 kann der Bewertungsausschuss in besonderen Ausnahmesituationen, wie etwa nach Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, für einen befristeten Zeitraum abweichen. Der Bewertungsausschuss legt bis zum 30. September 2021 fest, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang unter Berücksichtigung der Sätze 30 und 31 die psychotherapeutische Akutbehandlung im Rahmen der Videosprechstunde erbracht werden kann.</p> <p>(2b) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>ser Grundlage erstmals bis spätestens zum 1. Dezember 2017 entsprechende Anpassungen des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen. Der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen ist innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 92 Absatz 6b vom Bewertungsausschuss in der Zusammensetzung nach Absatz 5a anzupassen. Im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen ist mit Wirkung zum 1. Januar 2021 vorzusehen, dass Leistungen nach § 346 Absatz 1 Satz 1 und 3 zur Unterstützung der Versicherten bei der Verarbeitung medizinischer Daten in der elektronischen Patientenakte im aktuellen Behandlungskontext vergütet werden. Mit Wirkung zum 1. Januar 2022 ist im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen vorzusehen, dass ärztliche Leistungen nach § 346 Absatz 3 zur Unterstützung der Versicherten bei der erstmaligen Befüllung der elektronischen Patientenakte im aktuellen Behandlungskontext vergütet werden. Der Bewertungsausschuss hat im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die Leistungen, die durch Videosprechstunde erbracht werden, auf 30 Prozent der jeweiligen Leistungen im Quartal des an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringers zu begrenzen. Zudem hat der Bewertungsausschuss im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen die Anzahl der Behandlungsfälle im Quartal, in denen ausschließlich Leistungen im Rahmen einer Videosprechstunde erbracht werden, auf 30 Prozent aller Behandlungsfälle des an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringers zu begrenzen. Von der Begrenzung auf 30 Prozent nach den Sätzen 30 und 31 kann der Bewertungsausschuss in besonderen Ausnahmesituationen, wie etwa nach Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, für einen befristeten Zeitraum abweichen. Der Bewertungsausschuss legt bis zum 30. September 2021 fest, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang unter Berücksichtigung der Sätze 30 und 31 die psychotherapeutische Akutbehandlung im Rahmen der Videosprechstunde erbracht werden kann.</p> <p>(2b) [...]</p> <p>[...]</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>§ 92 Richtlinien des Gemeinsamen Bundes- ausschusses</p> <p>(1) Der Gemeinsame Bundesausschuss beschließt die zur Sicherung der ärztlichen Versorgung erforderlichen Richtlinien über die Gewähr für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten; dabei ist den besonderen Erfordernissen der Versorgung behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen und psychisch Kranker Rechnung zu tragen, vor allem bei den Leistungen zur Belastungserprobung und Arbeitstherapie; er kann dabei die Erbringung und Verordnung von Leistungen oder Maßnahmen einschränken oder ausschließen, wenn nach allgemein anerkanntem Stand der medizinischen Erkenntnisse der diagnostische oder therapeutische Nutzen, die medizinische Notwendigkeit oder die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen sind; er kann die Verordnung von Arzneimitteln einschränken oder ausschließen, wenn die Unzweckmäßigkeit erwiesen oder eine andere, wirtschaftlichere Behandlungsmöglichkeit mit vergleichbarem diagnostischen oder therapeutischen Nutzen verfügbar ist. Er soll insbesondere Richtlinien beschließen über die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ärztliche Behandlung, 2. zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Zahnersatz sowie kieferorthopädische Behandlung, 3. Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zur Qualitätssicherung der Früherkennungsuntersuchungen sowie zur Durchführung organisierter Krebsfrüherkennungsprogramme nach § 25a einschließlich der systematischen Erfassung, Überwachung und Verbesserung der Qualität dieser Programme, 4. ärztliche Betreuung bei Schwangerschaft und Mutterschaft, 5. Einführung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, 6. Verordnung von Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, Krankenhausbehandlung, häuslicher Krankenpflege, Soziotherapie und außerklinischer Intensivpflege sowie zur Anwendung von Arzneimitteln für neuartige Therapien im Sinne von § 4 Absatz 9 des Arzneimittelgesetzes, 7. Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit einschließlich der Arbeitsunfähigkeit nach § 44a Satz 1 sowie der nach § 5 Abs. 1 	<p>§ 92 Richtlinien des Gemeinsamen Bundes- ausschusses</p> <p>(1) Der Gemeinsame Bundesausschuss beschließt die zur Sicherung der ärztlichen Versorgung erforderlichen Richtlinien über die Gewähr für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten; dabei ist den besonderen Erfordernissen der Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen und psychisch Kranker Rechnung zu tragen, vor allem bei den Leistungen zur Belastungserprobung und Arbeitstherapie; er kann dabei die Erbringung und Verordnung von Leistungen oder Maßnahmen einschränken oder ausschließen, wenn nach allgemein anerkanntem Stand der medizinischen Erkenntnisse der diagnostische oder therapeutische Nutzen, die medizinische Notwendigkeit oder die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen sind; er kann die Verordnung von Arzneimitteln einschränken oder ausschließen, wenn die Unzweckmäßigkeit erwiesen oder eine andere, wirtschaftlichere Behandlungsmöglichkeit mit vergleichbarem diagnostischen oder therapeutischen Nutzen verfügbar ist. Er soll insbesondere Richtlinien beschließen über die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ärztliche Behandlung, 2. zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Zahnersatz sowie kieferorthopädische Behandlung, 3. Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zur Qualitätssicherung der Früherkennungsuntersuchungen sowie zur Durchführung organisierter Krebsfrüherkennungsprogramme nach § 25a einschließlich der systematischen Erfassung, Überwachung und Verbesserung der Qualität dieser Programme, 4. ärztliche Betreuung bei Schwangerschaft und Mutterschaft, 5. Einführung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, 6. Verordnung von Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, Krankenhausbehandlung, häuslicher Krankenpflege, Soziotherapie und außerklinischer Intensivpflege sowie zur Anwendung von Arzneimitteln für neuartige Therapien im Sinne von § 4 Absatz 9 des Arzneimittelgesetzes, 7. Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit einschließlich der Arbeitsunfähigkeit nach § 44a Satz 1 sowie der nach § 5 Abs. 1

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>Nr. 2a versicherten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Sinne des Zweiten Buches,</p> <p>8. Verordnung von im Einzelfall gebotenen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und die Beratung über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation,</p> <p>9. Bedarfsplanung,</p> <p>10. medizinische Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft nach § 27a Abs. 1 sowie die Kryokonservierung nach § 27a Absatz 4,</p> <p>11. Maßnahmen nach den §§ 24a und 24b,</p> <p>12. Verordnung von Krankentransporten,</p> <p>13. Qualitätssicherung,</p> <p>14. spezialisierte ambulante Palliativversorgung,</p> <p>15. Schutzimpfungen.</p> <p>(1a) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>Nr. 2a versicherten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Sinne des Zweiten Buches,</p> <p>8. Verordnung von im Einzelfall gebotenen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und die Beratung über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation,</p> <p>9. Bedarfsplanung,</p> <p>10. medizinische Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft nach § 27a Abs. 1 sowie die Kryokonservierung nach § 27a Absatz 4,</p> <p>11. Maßnahmen nach den §§ 24a und 24b,</p> <p>12. Verordnung von Krankentransporten,</p> <p>13. Qualitätssicherung,</p> <p>14. spezialisierte ambulante Palliativversorgung,</p> <p>15. Schutzimpfungen.</p> <p>(1a) [...]</p> <p>[...]</p>
<p>§ 120 Vergütung ambulanter Krankenhausleistungen</p> <p>(1) Die im Krankenhaus erbrachten ambulanten ärztlichen Leistungen der ermächtigten Krankenhausärzte, die in stationären Pflegeeinrichtungen erbrachten ambulanten ärztlichen Leistungen von nach § 119b Absatz 1 Satz 4 ermächtigten Ärzten, ambulante ärztliche Leistungen, die in ermächtigten Einrichtungen erbracht werden, und Leistungen, die im Rahmen einer Inanspruchnahme nach § 27b Absatz 3 Nummer 4 oder nach § 76 Absatz 1a sowie nach § 87 Absatz 2a Satz 13 erbracht werden, werden nach den für Vertragsärzte geltenden Grundsätzen aus der vertragsärztlichen Gesamtvergütung vergütet. Die mit diesen Leistungen verbundenen allgemeinen Praxiskosten, die durch die Anwendung von ärztlichen Geräten entstehenden Kosten sowie die sonstigen Sachkosten sind mit den Gebühren abgegolten, soweit in den einheitlichen Bewertungsmaßstäben nichts Abweichendes bestimmt ist. Die den ermächtigten Krankenhausärzten zustehende Vergütung wird für diese vom Krankenhausträger mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet und nach Abzug der anteiligen Verwaltungskosten sowie der dem Krankenhaus nach Satz 2 entstehenden Kosten an die berechtigten Krankenhausärzte weitergeleitet. Die Vergütung der von nach § 119b Absatz 1 Satz 4 ermächtigten Ärzten erbrachten</p>	<p>§ 120 Vergütung ambulanter Krankenhausleistungen</p> <p>(1) Die im Krankenhaus erbrachten ambulanten ärztlichen Leistungen der ermächtigten Krankenhausärzte, die in stationären Pflegeeinrichtungen erbrachten ambulanten ärztlichen Leistungen von nach § 119b Absatz 1 Satz 4 ermächtigten Ärzten, ambulante ärztliche Leistungen, die in ermächtigten Einrichtungen erbracht werden, und Leistungen, die im Rahmen einer Inanspruchnahme nach § 27b Absatz 3 Nummer 4 oder nach § 76 Absatz 1a sowie nach § 87 Absatz 2a Satz 14 erbracht werden, werden nach den für Vertragsärzte geltenden Grundsätzen aus der vertragsärztlichen Gesamtvergütung vergütet. Die mit diesen Leistungen verbundenen allgemeinen Praxiskosten, die durch die Anwendung von ärztlichen Geräten entstehenden Kosten sowie die sonstigen Sachkosten sind mit den Gebühren abgegolten, soweit in den einheitlichen Bewertungsmaßstäben nichts Abweichendes bestimmt ist. Die den ermächtigten Krankenhausärzten zustehende Vergütung wird für diese vom Krankenhausträger mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet und nach Abzug der anteiligen Verwaltungskosten sowie der dem Krankenhaus nach Satz 2 entstehenden Kosten an die berechtigten Krankenhausärzte weitergeleitet. Die Vergütung der von nach § 119b Absatz 1 Satz 4 ermächtigten Ärzten erbrachten</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>Leistungen wird von der stationären Pflegeeinrichtung mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet. Die Vergütung der Leistungen, die im Rahmen einer Inanspruchnahme nach § 76 Absatz 1a erbracht werden, wird vom Krankenhausträger nach Maßgabe der regionalen Euro-Gebührenordnung mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet.</p> <p>[...]</p> <p>(2) Die Leistungen der Hochschulambulanzen, der psychiatrischen Institutsambulanzen, der sozialpädiatrischen Zentren und der medizinischen Behandlungszentren werden unmittelbar von der Krankenkasse vergütet. Die Vergütung wird von den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen gemeinsam und einheitlich mit den Hochschulen oder Hochschulkliniken, den Krankenhäusern oder den sie vertretenden Vereinigungen im Land vereinbart; die Höhe der Vergütung für die Leistungen der jeweiligen Hochschulambulanz gilt auch für andere Krankenkassen im Inland, wenn deren Versicherte durch diese Hochschulambulanz behandelt werden. Sie muss die Leistungsfähigkeit der Hochschulambulanzen, der psychiatrischen Institutsambulanzen, der sozialpädiatrischen Zentren und der medizinischen Behandlungszentren bei wirtschaftlicher Betriebsführung gewährleisten. Bei der Vergütung der Leistungen der Hochschulambulanzen sind die Grundsätze nach Absatz 3 Satz 4 erstmals bis zum 1. Juli 2017 und danach jeweils innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Anpassung der Grundsätze nach Absatz 3 Satz 4 zu berücksichtigen. Bei den Vergütungsvereinbarungen für Hochschulambulanzen nach Satz 2 sind Vereinbarungen nach Absatz 1a Satz 1 zu berücksichtigen. Die Vereinbarungen nach Satz 2 über die Vergütung von Leistungen der sozialpädiatrischen Zentren und medizinischen Behandlungszentren sind, auf Grund der besonderen Situation dieser Einrichtungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie, bis zum 20. Juni 2020 vorübergehend anzupassen. Die Vergütung der Leistungen der psychiatrischen Institutsambulanzen soll der Vergütung entsprechen, die sich aus der Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen nach § 87 Absatz 2a Satz 26 ergibt.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>Leistungen wird von der stationären Pflegeeinrichtung mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet. Die Vergütung der Leistungen, die im Rahmen einer Inanspruchnahme nach § 76 Absatz 1a erbracht werden, wird vom Krankenhausträger nach Maßgabe der regionalen Euro-Gebührenordnung mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet.</p> <p>[...]</p> <p>(2) Die Leistungen der Hochschulambulanzen, der psychiatrischen Institutsambulanzen, der sozialpädiatrischen Zentren und der medizinischen Behandlungszentren werden unmittelbar von der Krankenkasse vergütet. Die Vergütung wird von den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen gemeinsam und einheitlich mit den Hochschulen oder Hochschulkliniken, den Krankenhäusern oder den sie vertretenden Vereinigungen im Land vereinbart; die Höhe der Vergütung für die Leistungen der jeweiligen Hochschulambulanz gilt auch für andere Krankenkassen im Inland, wenn deren Versicherte durch diese Hochschulambulanz behandelt werden. Sie muss die Leistungsfähigkeit der Hochschulambulanzen, der psychiatrischen Institutsambulanzen, der sozialpädiatrischen Zentren und der medizinischen Behandlungszentren bei wirtschaftlicher Betriebsführung gewährleisten. Bei der Vergütung der Leistungen der Hochschulambulanzen sind die Grundsätze nach Absatz 3 Satz 4 erstmals bis zum 1. Juli 2017 und danach jeweils innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Anpassung der Grundsätze nach Absatz 3 Satz 4 zu berücksichtigen. Bei den Vergütungsvereinbarungen für Hochschulambulanzen nach Satz 2 sind Vereinbarungen nach Absatz 1a Satz 1 zu berücksichtigen. Die Vereinbarungen nach Satz 2 über die Vergütung von Leistungen der sozialpädiatrischen Zentren und medizinischen Behandlungszentren sind, auf Grund der besonderen Situation dieser Einrichtungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie, bis zum 20. Juni 2020 vorübergehend anzupassen. Die Vergütung der Leistungen der psychiatrischen Institutsambulanzen soll der Vergütung entsprechen, die sich aus der Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes für ärztliche Leistungen nach § 87 Absatz 2a Satz 27 ergibt.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (SGB IX)	
<p>§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren</p> <p>Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend; dabei ist das Gesamtplanverfahren ein Gegenstand des Teilhabeplanverfahrens. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabepplans verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach § 36 des Achten Buches ergänzend.</p>	<p>§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren</p> <p>Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend; dabei ist das Gesamtplanverfahren ein Gegenstand des Teilhabeplanverfahrens. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabepplans verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach den §§ 36, 36b und 37c des Achten Buches ergänzend.</p>
<p>§ 117 Gesamtplanverfahren</p> <p>[...]</p> <p>(5) § 22 Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden, auch wenn ein Teilhabeplan nicht zu erstellen ist.</p>	<p>§ 117 Gesamtplanverfahren</p> <p>[...]</p> <p>(5) § 22 Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden, auch wenn ein Teilhabeplan nicht zu erstellen ist.</p> <p>(6) Bei minderjährigen Leistungsberechtigten wird der nach § 86 des Achten Buches zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe vom Träger der Eingliederungshilfe mit Zustimmung des Personensorgeberechtigten informiert und nimmt am Gesamtplanverfahren beratend teil, soweit dies zur Feststellung der Leistungen der Eingliederungshilfe nach den Kapiteln 3 bis 6 erforderlich ist. Hiervon kann in begründeten Ausnahmefällen abgesehen werden, insbesondere, wenn durch die Teilnahme des zuständigen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe das Gesamtplanverfahren verzögert würde.</p>
<p>§ 119 Gesamtpflichtkonferenz</p> <p>(1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtpflichtkonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten</p>	<p>§ 119 Gesamtpflichtkonferenz</p> <p>(1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtpflichtkonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten, die beteiligten Rehabilitationsträger und bei minderjährigen Leistungsberechtigten der nach § 86 des Achten Buches zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schrift-</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>Leistung steht.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>lich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
Sozialgesetzbuch Zehntes Buch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X)	
<p>§ 71 Übermittlung für die Erfüllung besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse</p> <p>(1) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist für die Erfüllung der gesetzlichen Mitteilungspflichten</p> <ol style="list-style-type: none"> zur Abwendung geplanter Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit nach § 8 des Infektionsschutzgesetzes, zur Sicherung des Steueraufkommens nach § 22a des Einkommensteuergesetzes und den §§ 93, 97, 105, 111 Absatz 1 und 5, § 116 der Abgabenordnung und § 32b Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes, soweit diese Vorschriften unmittelbar anwendbar sind, und zur Mitteilung von Daten der ausländischen Unternehmen, die auf Grund bilateraler Regierungsvereinbarungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern zur Ausführung von Werkverträgen tätig werden, nach § 93a der Abgabenordnung, zur Gewährung und Prüfung des Sonderausgabenabzugs nach § 10 des Einkommensteuergesetzes, zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Einziehung der Ausgleichszahlungen und für die Leistung von Wohngeld nach § 33 des Wohngeldgesetzes, zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, zur Mitteilung in das Gewerbezentralregister einzutragender Tatsachen an die Registerbehörde, zur Erfüllung der Aufgaben der statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes gemäß § 3 Absatz 1 des Statistikregistergesetzes zum Aufbau und zur Führung des Statistikregisters, zur Aktualisierung des Betriebsregisters nach § 97 Absatz 5 des Agrarstatistikgesetzes, 	<p>§ 71 Übermittlung für die Erfüllung besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse</p> <p>(1) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist für die Erfüllung der gesetzlichen Mitteilungspflichten</p> <ol style="list-style-type: none"> zur Abwendung geplanter Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit nach § 8 des Infektionsschutzgesetzes, zur Sicherung des Steueraufkommens nach § 22a des Einkommensteuergesetzes und den §§ 93, 97, 105, 111 Absatz 1 und 5, § 116 der Abgabenordnung und § 32b Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes, soweit diese Vorschriften unmittelbar anwendbar sind, und zur Mitteilung von Daten der ausländischen Unternehmen, die auf Grund bilateraler Regierungsvereinbarungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern zur Ausführung von Werkverträgen tätig werden, nach § 93a der Abgabenordnung, zur Gewährung und Prüfung des Sonderausgabenabzugs nach § 10 des Einkommensteuergesetzes, zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Einziehung der Ausgleichszahlungen und für die Leistung von Wohngeld nach § 33 des Wohngeldgesetzes, zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, zur Mitteilung in das Gewerbezentralregister einzutragender Tatsachen an die Registerbehörde, zur Erfüllung der Aufgaben der statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes gemäß § 3 Absatz 1 des Statistikregistergesetzes zum Aufbau und zur Führung des Statistikregisters, zur Aktualisierung des Betriebsregisters nach § 97 Absatz 5 des Agrarstatistikgesetzes,

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>10. zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund als zentraler Stelle nach § 22a und § 91 Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes,</p> <p>11. zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, soweit sie bei geringfügig Beschäftigten Aufgaben nach dem Einkommensteuergesetz durchführt,</p> <p>12. zur Erfüllung der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 5a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes,</p> <p>13. nach § 69a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Berechnung der Bruttowertschöpfung im Verfahren zur Begrenzung der EEG-Umlage,</p> <p>14. nach § 6 Absatz 3 des Wohnungslosenberichterstattungsgesetzes für die Erhebung über wohnungslose Personen oder</p> <p>15. nach § 4 des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes für die Feststellung des nachträglichen Erstattungsanspruchs.</p> <p>Erklärungspflichten als Drittschuldner, welche das Vollstreckungsrecht vorsieht, werden durch Bestimmungen dieses Gesetzbuches nicht berührt. Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes nach § 1 Nummer 8 und 9, § 3 Absatz 4, nach den §§ 5 bis 7 sowie nach den §§ 10 bis 13 des Bundesarchivgesetzes oder nach entsprechenden gesetzlichen Vorschriften der Länder, die die Schutzfristen dieses Gesetzes nicht unterschreiten. Eine Übermittlung von Sozialdaten ist auch zulässig, soweit sie erforderlich ist, Meldebehörden nach § 6 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes über konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit von diesen auf Grund Melderechts übermittelter Daten zu unterrichten. Zur Überprüfung des Anspruchs auf Kindergeld ist die Übermittlung von Sozialdaten gemäß § 68 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzes an die Familienkassen zulässig.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>10. zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund als zentraler Stelle nach § 22a und § 91 Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes,</p> <p>11. zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, soweit sie bei geringfügig Beschäftigten Aufgaben nach dem Einkommensteuergesetz durchführt,</p> <p>12. zur Erfüllung der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 5a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes,</p> <p>13. nach § 69a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Berechnung der Bruttowertschöpfung im Verfahren zur Begrenzung der EEG-Umlage,</p> <p>14. nach § 6 Absatz 3 des Wohnungslosenberichterstattungsgesetzes für die Erhebung über wohnungslose Personen oder</p> <p>15. nach § 4 des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes für die Feststellung des nachträglichen Erstattungsanspruchs.</p> <p>Erklärungspflichten als Drittschuldner, welche das Vollstreckungsrecht vorsieht, werden durch Bestimmungen dieses Gesetzbuches nicht berührt. Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes nach § 1 Nummer 8 und 9, § 3 Absatz 4, nach den §§ 5 bis 7 sowie nach den §§ 10 bis 13 des Bundesarchivgesetzes oder nach entsprechenden gesetzlichen Vorschriften der Länder, die die Schutzfristen dieses Gesetzes nicht unterschreiten. Eine Übermittlung von Sozialdaten ist auch zulässig, soweit sie erforderlich ist, Meldebehörden nach § 6 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes über konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit von diesen auf Grund Melderechts übermittelter Daten zu unterrichten. Zur Überprüfung des Anspruchs auf Kindergeld ist die Übermittlung von Sozialdaten gemäß § 68 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzes an die Familienkassen zulässig. Eine Übermittlung von Sozialdaten ist auch zulässig, soweit sie zum Schutz des Kindeswohls nach § 4 Absatz 1 und 5 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz erforderlich ist.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	
<p>§ 1632 Herausgabe des Kindes; Bestimmung des Umgangs; Verbleibensanordnung bei Familienpflege</p> <p>[...]</p> <p>(4) Lebt das Kind seit längerer Zeit in Familienpflege und wollen die Eltern das Kind von der Pflegeperson wegnehmen, so kann das Familiengericht von Amts wegen oder auf Antrag der Pflegeperson anordnen, dass das Kind bei der Pflegeperson verbleibt, wenn und solange das Kindeswohl durch die Wegnahme gefährdet würde.</p>	<p>§ 1632 Herausgabe des Kindes; Bestimmung des Umgangs; Verbleibensanordnung bei Familienpflege</p> <p>[...]</p> <p>(4) Lebt das Kind seit längerer Zeit in Familienpflege und wollen die Eltern das Kind von der Pflegeperson wegnehmen, so kann das Familiengericht von Amts wegen oder auf Antrag der Pflegeperson anordnen, dass das Kind bei der Pflegeperson verbleibt, wenn und solange das Kindeswohl durch die Wegnahme gefährdet würde. Das Familiengericht kann in Verfahren nach Satz 1 von Amts wegen oder auf Antrag der Pflegeperson zusätzlich anordnen, dass der Verbleib bei der Pflegeperson auf Dauer ist, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes vertretbaren Zeitraums trotz angebotener geeigneter Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen die Erziehungsverhältnisse bei den Eltern nicht nachhaltig verbessert haben und eine derartige Verbesserung mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zukünftig nicht zu erwarten ist und 2. die Anordnung zum Wohl des Kindes erforderlich ist.
<p>§ 1688 Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson</p> <p>[...]</p> <p>(2) Der Pflegeperson steht eine Person gleich, die im Rahmen der Hilfe nach den §§ 34, 35 und 35a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 und 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch die Erziehung und Betreuung eines Kindes übernommen hat.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>§ 1688 Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson</p> <p>[...]</p> <p>(2) Der Pflegeperson steht eine Person gleich, die im Rahmen der Hilfe nach den §§ 34, 35 und 35a Absatz 2 Nummer 3 und 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch die Erziehung und Betreuung eines Kindes übernommen hat.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>
<p>§ 1696 Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und gerichtlich gebilligter Vergleiche</p> <p>[...]</p> <p>(2) Eine Maßnahme nach den §§ 1666 bis 1667 oder einer anderen Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die nur ergriffen werden darf, wenn dies zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung oder zum Wohl des Kindes erforderlich ist (kindesschutzrechtliche Maßnahme), ist aufzuheben, wenn eine Gefahr für das Wohl des Kindes nicht mehr besteht oder die Erforderlichkeit der Maßnahme entfallen ist.</p>	<p>§ 1696 Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und gerichtlich gebilligter Vergleiche</p> <p>[...]</p> <p>(2) Eine Maßnahme nach den §§ 1666 bis 1667 oder einer anderen Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die nur ergriffen werden darf, wenn dies zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung oder zum Wohl des Kindes erforderlich ist (kindesschutzrechtliche Maßnahme), ist aufzuheben, wenn eine Gefahr für das Wohl des Kindes nicht mehr besteht oder die Erforderlichkeit der Maßnahme entfallen ist.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	(3) Eine Anordnung nach § 1632 Absatz 4 ist auf Antrag der Eltern aufzuheben, wenn die Wegnahme des Kindes von der Pflegeperson das Kindeswohl nicht gefährdet.
<p>§ 1697a Kindeswohlprinzip</p> <p>Soweit nichts anderes bestimmt ist, trifft das Gericht in Verfahren über die in diesem Titel geregelten Angelegenheiten diejenige Entscheidung, die unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten sowie der berechtigten Interessen der Beteiligten dem Wohl des Kindes am besten entspricht.</p>	<p>§ 1697a Kindeswohlprinzip</p> <p>(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, trifft das Gericht in Verfahren über die in diesem Titel geregelten Angelegenheiten diejenige Entscheidung, die unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten sowie der berechtigten Interessen der Beteiligten dem Wohl des Kindes am besten entspricht.</p> <p>(2) Lebt das Kind in Familienpflege, so hat das Gericht, soweit nichts anderes bestimmt ist, in Verfahren über die in diesem Titel geregelten Angelegenheiten auch zu berücksichtigen, ob und inwieweit sich innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes vertretbaren Zeitraums die Erziehungsverhältnisse bei den Eltern derart verbessert haben, dass diese das Kind selbst erziehen können. Liegen die Voraussetzungen des § 1632 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 vor, so hat das Gericht bei seiner Entscheidung auch das Bedürfnis des Kindes nach kontinuierlichen und stabilen Lebensverhältnissen zu berücksichtigen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn das Kind im Rahmen einer Hilfe nach §§ 34 oder 35a Absatz 2 Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erzogen und betreut wird.</p>
<p><i>Fassung ab 1.1.2023 (geändert durch das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4.5.2021, BGBl. 2021 I, 882: komplette Neufassung)</i></p> <p>§ 1795 Gegenstand der Personensorge; Genehmigungspflichten</p> <p>(1) Die Personensorge umfasst insbesondere die Bestimmung des Aufenthalts sowie die Pflege, Erziehung und Beaufsichtigung des Mündels unter Berücksichtigung seiner Rechte aus § 1788. Der Vormund ist auch dann für die Personensorge verantwortlich und hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten, wenn er den Mündel nicht in seinem Haushalt pflegt und erzieht. Die §§ 1631a bis 1632 gelten entsprechend.</p> <p>(2) Der Vormund bedarf der Genehmigung des Familiengerichts</p> <p>1. zu einem Ausbildungsvertrag, der für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird,</p>	<p><i>Inkrafttreten von Absatz 1 Satz 3: 1.1.2023</i></p> <p>§ 1795 Gegenstand der Personensorge; Genehmigungspflichten</p> <p>(1) Die Personensorge umfasst insbesondere die Bestimmung des Aufenthalts sowie die Pflege, Erziehung und Beaufsichtigung des Mündels unter Berücksichtigung seiner Rechte aus § 1788. Der Vormund ist auch dann für die Personensorge verantwortlich und hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten, wenn er den Mündel nicht in seinem Haushalt pflegt und erzieht. Die §§ 1631a bis 1632 Absatz 4 Satz 1 gelten entsprechend.</p> <p>(2) Der Vormund bedarf der Genehmigung des Familiengerichts</p> <p>1. zu einem Ausbildungsvertrag, der für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird,</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
<p>2. zu einem auf die Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gerichteten Vertrag, wenn der Mündel zu persönlichen Leistungen für längere Zeit als ein Jahr verpflichtet werden soll und</p> <p>3. zum Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts des Mündels ins Ausland.</p> <p>(3) Das Familiengericht erteilt die Genehmigung nach Absatz 2, wenn das Rechtsgeschäft oder der Aufenthaltswechsel unter Berücksichtigung der Rechte des Mündels aus § 1788 dem Wohl des Mündels nicht widerspricht.</p> <p>(4) Für die Erteilung der Genehmigung gelten die §§ 1855 bis 1856 Absatz 2 sowie die §§ 1857 und 1858 entsprechend. Ist der Mündel volljährig geworden, so tritt seine Genehmigung an die Stelle der Genehmigung des Familiengerichts.</p>	<p>2. zu einem auf die Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gerichteten Vertrag, wenn der Mündel zu persönlichen Leistungen für längere Zeit als ein Jahr verpflichtet werden soll und</p> <p>3. zum Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts des Mündels ins Ausland.</p> <p>(3) Das Familiengericht erteilt die Genehmigung nach Absatz 2, wenn das Rechtsgeschäft oder der Aufenthaltswechsel unter Berücksichtigung der Rechte des Mündels aus § 1788 dem Wohl des Mündels nicht widerspricht.</p> <p>(4) Für die Erteilung der Genehmigung gelten die §§ 1855 bis 1856 Absatz 2 sowie die §§ 1857 und 1858 entsprechend. Ist der Mündel volljährig geworden, so tritt seine Genehmigung an die Stelle der Genehmigung des Familiengerichts.</p>
<p>§ 1800 Umfang der Personensorge</p> <p>Das Recht und die Pflicht des Vormunds, für die Person des Mündels zu sorgen, bestimmen sich nach §§ 1631 bis 1632. Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten.</p>	<p>§ 1800 Umfang der Personensorge</p> <p>Das Recht und die Pflicht des Vormunds, für die Person des Mündels zu sorgen, bestimmen sich nach §§ 1631 bis 1632 Absatz 4 Satz 1. Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten.</p>
<p>Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</p>	
<p>§ 166 Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen und gerichtlich gebilligten Vergleichen</p> <p>[...]</p> <p>(2) Eine länger dauernde kindesschutzrechtliche Maßnahme hat das Gericht in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>§ 166 Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen und gerichtlich gebilligten Vergleichen</p> <p>[...]</p> <p>(2) Eine länger dauernde kindesschutzrechtliche Maßnahme, die von Amts wegen geändert werden kann, hat das Gericht in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen.</p> <p>(3) [...]</p>
<p>Jugendgerichtsgesetz (JGG)</p>	
	<p>§ 37a Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien</p> <p>(1) Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte können zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung fallübergreifend mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen auswirkt, zusammenarbeiten, insbesondere durch Teilnahme an gemeinsamen Konferenzen und Mitwirkung in vergleichbaren gemeinsamen Gremien.</p>

Bisherige Fassung	Neufassung
	(2) An einzelfallbezogener derartiger Zusammenarbeit sollen Jugendstaatsanwälte teilnehmen, wenn damit aus ihrer Sicht die Erreichung des Ziels nach § 2 Absatz 1 gefördert wird.
Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG)	
<p>§ 17 Die Übermittlung personenbezogener Daten ist ferner zulässig, wenn die Kenntnis der Daten aus der Sicht der übermittelnden Stelle</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, 2. für ein Verfahren der internationalen Rechtshilfe, 3. zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit, 4. zur Abwehr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person oder 5. zur Abwehr einer erheblichen Gefährdung Minderjähriger <p>erforderlich ist.</p>	<p>§ 17 Die Übermittlung personenbezogener Daten ist ferner zulässig, wenn die Kenntnis der Daten aus der Sicht der übermittelnden Stelle</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, 2. für ein Verfahren der internationalen Rechtshilfe, 3. zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit, 4. zur Abwehr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person oder 5. zur Prüfung gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen <p>erforderlich ist.</p>

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 19.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss 16.09.2021

Kurzbezeichnung:

Ausbau spezialisierter Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Beschlussvorschlag:

1. Das Beratungsangebot bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird als Teil der kommunalen Jugendhilfeplanung in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in die regionalen Maßnahmen nach § 8a SGB VIII einbezogen.
2. Der Haushaltsansatz zur Förderung der Erziehungsberatungsstelle der ev. Jugendhilfe Friedenshort wird im Falle einer entsprechenden Bewilligung der beschriebenen Landesförderung in den nächsten 5 Jahren (beginnend 2022) jährlich um den notwendigen Eigenanteil erhöht (rd. 15.000 €).

Sachverhalt / Begründung:

Der möglichst umfassende Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Verwahrlosung, Misshandlung und Gewaltanwendung ist ein wesentliches Ziel staatlichen Handelns in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt insbesondere auch für den Schutz vor sexuellem Missbrauch bzw. sexualisierter Gewalt.

In Folge der breiten öffentlichen Diskussion über Kinderschutzfälle sowie zuletzt der jahrelangen, fortgesetzten schweren sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen, für die Ortsnamen wie „Lügde“, „Bergisch-Gladbach“ und „Münster“ zum Synonym geworden sind, ist jedoch deutlich geworden, dass die Strukturen und Angebote auf kommunaler, regionaler oder Landesebene, in Einrichtungen und Institutionen, bei freien und öffentlichen Trägern sowie privaten Initiativen kontinuierlich weiterentwickelt werden müssen. Ausgelöst durch die Missbrauchsfälle in Lügde hat die Landesregierung sich daher das Ziel gesetzt, die Angebote und Maßnahmen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche näher zu beleuchten und zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ beim Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) eingerichtet. Im Oktober 2020 hat die IMAG ihre Beratungen vorerst abgeschlossen und ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche dem Landeskabinett zugeleitet. Es enthält Maßnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Feldes leisten sollen. Dabei benennt das Konzept sowohl laufende bzw. bereits fest geplante wie zukünftige Maßnahmen der Landesregierung und berücksichtigt dabei ein breites Spektrum von Ansätzen in den jeweiligen Handlungsfeldern wie auch gemeinschaftlicher und übergreifender Vorhaben der Ressorts.

Das Ziel ist es, Prävention zu stärken, Intervention weiterzuentwickeln und Hilfen für Betroffene und deren Angehörige zu verbessern.

(Quelle: Handlungs- und Maßnahmenkonzept der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Bereich „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ – Prävention, Intervention, Hilfe)

https://www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/massnahmenkonzept_psg_nrw_2020-12final.pdf

Vor diesem Hintergrund, als eine von vielen Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, hat das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) die Familienberatungsstellen zum Ausbau der spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufgerufen und entsprechende Fördergrundsätze formuliert.

Dabei war zunächst eine Interessensbekundung abzugeben in der schon eine Vorabstimmung mit dem örtlichen Jugendamt zu bescheinigen war. Nach Abschluss des Verfahrens hat die Erziehungsberatungsstelle durch das Land eine befürwortende Entscheidung erhalten. In einem zweiten Schritt ist nun der Beschluss des Jugendhilfeausschusses einzuholen, der die Einbindung in die kommunale Jugendhilfeplanung bestätigt. Mit diesem können dann entsprechende Fördermittel beim Land beantragt werden.

Die Stadt Siegen fördert seit etlichen Jahren die Erziehungsberatungsstelle der ev. Jugendhilfe Friedenshort mit Sitz in Siegen im Rahmen eines Leistungsvertrages. Die Erziehungsberatungsstelle übernimmt dabei umfassende gesetzliche Aufgaben auf Grundlage des § 28 SGB VIII für die Stadt Siegen. Hierfür werden 3 Vollzeitstellen (verteilt auf 4 Fachkräfte) im interdisziplinären Team eingesetzt. Dieses Team soll nun um eine spezialisierte Fachkraft für das Thema sexualisierte Gewalt ergänzt werden. Die Erweiterung der Expertise der Erziehungsberatungsstelle um dieses spezialisierte Beratungsangebot wird vor dem Hintergrund der auch in Siegen gestiegenen Bedarfs an Beratung und Behandlung im Zusammenhang sexualisierter Gewalt als bedarfsentsprechend erachtet.

Auf die detaillierten Ausführungen im anliegenden Beratungskonzept der ev. Jugendhilfe Friedenshort wird verwiesen.

Die einzurichtende 0,5 Stelle wird durch das Land gem. Richtlinien mit 80% der Personalkosten gefördert. Der verbleibende Teil der Personalkosten in Höhe von rd. 15.000,-€ soll durch

die Erhöhung der jährlichen Fördersumme der Erziehungsberatungsstelle refinanziert werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
15.000 €	15.000 €			

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2022	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 295.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 06.01.01/ A0601101000 Sachkonto 5318800
--	---	-------------------------------	--	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

I.A.

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Beratungskonzept

„Ausbau spezialisierter Beratung
bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“
für die Universitätsstadt Siegen

Evangelische Jugendhilfe Friedenshort GmbH
Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern
Friedrichstraße 47
57072 Siegen



Stand: August 2021

Träger: Ev. Jugendhilfe Friedenshort GmbH
Anschrift: Friedenshortstraße 46, 57258 Freudenberg
Telefon: 02734/494-151 oder 494-152
E-Mail: regionwest@jhfh.friedenshort.de

Inhaltsverzeichnis

Beschreibung der Trägers	3
Gesamteinrichtung	3
Pädagogisches Leitbild der Gesamteinrichtung	3
Kurzbeschreibung der Beratungsstelle	4
Hilfeform.....	4
Beschreibung	4
Arbeitsschwerpunkte.....	4
Gruppenangebote	4
Kooperationen.....	5
Vernetzung.....	5
Geplanter Ausbau „Spezialisierte Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendlichen“	6
Hintergrund	6
Einleitung	6
Interessensbekundung.....	9
Jugendhilfeausschuss.....	10
Beratungskonzept	10
Qualitätskriterien.....	10
Sexualisierte Gewalt	10
Ziele der spezialisierten Beratung	11
Versorgungsgebiet.....	11
Rahmenbedingungen.....	11
Personal.....	11
Prävention.....	12
Intervention	12
Fachberatung	13
Krisenberatung.....	13
Netzwerkarbeit	14
Öffentlichkeitsarbeit	14
Kontaktaufnahme	14
Kosten.....	14

Beschreibung des Trägers	
Gesamteinrichtung	<p>Die Evangelische Jugendhilfe Friedenshort GmbH ist ein bundesweit tätiger, gemeinnütziger, diakonischer Träger umfassender Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Hervorgehend aus dem von Eva von Tiele Winckler gegründeten Friedenshort wurde sie 1913 als Heimat für Heimatlose GmbH in Hamburg gegründet.</p> <p>Aufgabe ist, benachteiligten und in äußerer und innerer Not stehenden jungen Menschen und deren Familien, auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes und Wertvorstellungen, Lebenshilfe im umfänglichen Sinn zu geben. Die vorurteilsfreie Annahme schwieriger Kinder und Jugendlicher ist unsere Aufgabe. In hoher Fachlichkeit, sich ständig an neuen fachwissenschaftlichen Erkenntnissen orientierend, wird diese Arbeit in unterschiedlichen Arbeitsfeldern geleistet. Der einzelne von uns zu betreuende Mensch und seine Familie steht im Mittelpunkt unseres Handelns, wir entwickeln gemeinsam angemessene Hilfeformen. Wir leisten mit unseren Mitarbeitenden engagiert und professionell in vielen Feldern zeitgemäße Kinder- und Jugendhilfe. Ein Kennzeichen unserer Arbeit ist die Flexibilität, mit der wir aus der Fülle unserer Kompetenzen und Einrichtungen für jeden jungen Menschen und seine Familie ein passgenaues Angebot entwickeln können.</p> <p>Unsere Arbeit mit den uns anvertrauten jungen Menschen und deren Familien, ist gekennzeichnet von hoher menschlicher und fachlicher Kompetenz, damit geben wir lebensfördernde Perspektiven aus einer diakonischen Grundhaltung heraus, damit unser Leitgedanke erfahrbar wird:</p> <p style="text-align: center;">„Dem Leben Zukunft“.</p>
Pädagogisches Leitbild der Gesamteinrichtung	<p><i>Mit persönlichen und fachlichen Fähigkeiten Menschen in schwierigen Situationen begleiten, ihre Kräfte wecken für eine sinnerfüllte, eigenständige Lebensgestaltung.</i></p> <p>Persönliche und fachliche Fähigkeiten heißt: Einfühlungsvermögen, Wertschätzung und Beziehungsfähigkeit verbunden mit pädagogischem Wissen und methodischen Kenntnissen.</p> <p>Menschen in schwierigen Situationen heißt: Menschen, deren Entwicklung innerhalb ihres sozialen Umfeldes beeinträchtigt oder gefährdet ist.</p> <p>Begleiten heißt: Den Menschen in seiner Lebenssituation annehmen und gemeinsam Wege finden und gehen.</p> <p>Ihre Kräfte heißt: Vorhandenes erkennen, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten entwickeln, persönliche Stärken nutzen.</p> <p>Sinnerfüllte, eigenständige Lebensgestaltung heißt: Persönliche Wünsche und Bedürfnisse erkennen und mit den Ansprüchen des Lebensalltages in Einklang bringen, um Zufriedenheit zu erlangen.</p>

Kurz- beschreibung	Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in Siegen
Hilfeform	Erziehungsberatungsstelle nach §28 SGB VIII
Beschreibung	<p>Die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern ist ein Teil der sozialpädagogischen Einrichtung Freudenberg-Siegen der Evangelischen Jugendhilfe Friedenshort GmbH und leistet erziehungsberaterische Aufgaben im Rahmen des SGB VIII. Sie bietet Information, Prävention, Beratung, Diagnostik, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit an. Auf der Grundlage fachlicher Unabhängigkeit, freiem und niederschwelligem Zugang und Vertraulichkeit gewährleistet ein multiprofessionelles Team aus Dipl. Psychologe, Dipl. Pädagogin, Dipl. Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiterinnen mit therapeutischen Zusatzqualifikationen oder Mediationsausbildung eine ganzheitliche, fachlich differenzierte und sozialräumlich orientierte Arbeitsweise. Eine weitere Grundlage der Arbeit ist die Orientierung am regionalen Bedarf der Universitätsstadt Siegen und die Vernetzung der Arbeit mit den Angeboten anderer örtlicher Dienste. Die Arbeit der Beratungsstelle umfasst inhaltlich solche Leistungen, bei denen Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte Unterstützung in Fragen der Erziehung, der Trennung und Scheidung, der Ausübung der Personensorge und der Problemlösung innerhalb der Familie erhalten. Personen, die in direktem Kontakt mit den oben genannten Ratsuchenden stehen, werden bei Bedarf ebenso unterstützt. Der direkte Zugang der Ratsuchenden ohne Zuweisung durch andere Stellen ist geltende Grundlage.</p>
Arbeitsschwerpunkte	<p>Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Eltern oder Alleinerziehenden hinsichtlich Erziehung, Entwicklung und Förderung ihrer Kinder • Beratung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bei ihrer Verselbstständigung und ihrer Beziehung zu anderen Schwierigkeiten haben • Diagnostische Abklärung bei verschiedenen psychologischen und pädagogischen Fragestellungen • Beratung von Eltern und Kindern, die durch Trennung und Scheidung belastet sind • Hilfe bei der Umgangs- und Sorgerechtsregelung • Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern bei therapeutischem Bedarf • Sofortberatung für Kinder und Jugendliche in Notsituationen • Spieltherapeutische Entwicklungsbegleitung für Kinder • Beratung von Adoptiv- und Pflegekindern/Adoptiv- und Pflegeeltern sowie den leiblichen Eltern • Onlineberatung (Mail- und Chatberatung) unter: www.bke-elternberatung.de; www.bke-jugendberatung.de • Fall- und Teamberatung für Mitarbeitende pädagogischer Einrichtungen
Gruppenangebote	<p>Nach Bedarf und Nachfrage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gruppe für Kinder von 8 bis 10 Jahren aus Trennungs- und Scheidungsfamilien • Gruppenangebot zur Förderung frühkindlicher Eltern-Kind-Interaktionen

	<ul style="list-style-type: none"> • "talk about" (für 13 bis 17-jährige Jugendliche) • Training sozialer Fertigkeiten mit Kindern von 8 bis 12 Jahren • Wechselnde Workshops, Themenabende für Kinder, Jugendliche und Eltern
Kooperationen	<p>In der Universitätsstadt Siegen bieten wir in 17 Familienzentren vor Ort regelmäßig offene Sprechstunden für Beratung, Vorträge und Elternabende zu Fragen und Problemen in der Erziehung an. Natürlich unterstützen wir auch hier die Mitarbeitenden in pädagogische Fragestellungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • FamZ Christoffer-Kindertagesstätte (Dr-Ernst- Weg) • FamZ am Lindenberg • FamZ Regenbogen (Heidenberg) • FamZ AWO Am Sohlbach • FamZ Klafeld • FamZ Montessori-Kinderhaus (Wellersberg) • FamZ St. Marien (Eiserfeld) • FamZ Siegerländer Kindergruppe (Niederschelden) • FamZ Kunterbunt (Kaan-Marienborn) • FamZ Am Vogelsang (Weidenau) • FamZ AWO in der Dreisbach/Waldesruh • VerbundFamZ Fischbacherberg • FamZ Gläserstraße (Rosterberg) • FamZ DRK Weltenbummler (Weidenau) • FamZ Siegen-Nord (Verbund) • FamZ St. Joseph Weidenau • FamZ Kinder(t)räume (Rosterberg) <p><i>Die Angebote der kollegialen Beratung und die Gestaltung eines pädagogischen Vortrags/Informationsveranstaltungen für Eltern, stehen jeder Kindertageseinrichtung im Stadtgebiet Siegen auf Anfrage zur Verfügung.</i></p>
Vernetzung mit dem Jugendamt der Universitätsstadt Siegen	<p>Das Zusammenwirken seelischer, sozialer und körperlicher Bedingungsfaktoren und Mehrfachbelastungen bei den Ratsuchenden erfordert die Zusammenarbeit von spezifisch qualifizierten Fachkräften unterschiedlicher Fachrichtungen. Erziehungs- und Familienberatung wird in vielen Fällen daher in enger Kooperation mit dem Allgemeinen Sozialdienst der Universitätsstadt Siegen angeboten und umgesetzt – u.a. durch die Verweisung der Ratsuchenden an die Beratungsstelle, der Mitwirkung bei der Erziehungsplanung und im Hilfeplanverfahren, als auch fachliche Unterstützung in der Einschätzung bei möglicher Kindeswohlgefährdung.</p> <p>Die Angebote und die Arbeit der Beratungsstelle werden jährlich mit dem Allgemeinen Sozialdienst abgestimmt.</p> <p>Durch die verbindliche Mitwirkung im Netzwerk "Frühe Hilfe" und im Pool der Kinderschutzfachkräfte besteht ebenfalls eine enge Vernetzung zum Familienbüro der Universitätsstadt Siegen.</p>

Geplanter Ausbau	Spezialisierte Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
Hintergrund	<p>Der möglichst umfassende Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Verwahrlosung, Misshandlung und Gewaltanwendung ist ein wesentliches Ziel staatlichen Handelns in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt insbesondere auch für den Schutz vor sexuellem Missbrauch bzw. sexualisierter Gewalt. Das Land Nordrhein-Westfalen verfügt im Bereich des Kinderschutzes und bei der Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bereits auf ganz unterschiedlichen Ebenen über wirksame Strukturen und Angebote. In Folge der breiten öffentlichen Diskussion über Kinderschutzfälle sowie zuletzt der jahrelangen, fortgesetzten schweren sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen, für die Ortsnamen wie „Lügde“, „Bergisch-Gladbach“ und „Münster“ zum Synonym geworden sind, ist jedoch deutlich geworden, dass diese Strukturen und Angebote auf kommunaler, regionaler oder Landesebene, in Einrichtungen und Institutionen, bei freien und öffentlichen Trägern sowie privaten Initiativen kontinuierlich weiterentwickelt werden müssen.</p> <p>Ausgelöst durch die Missbrauchsfälle in Lügde hat die Landesregierung sich daher das Ziel gesetzt, die Angebote und Maßnahmen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche näher zu beleuchten und zu stärken. Dies schließt eine kritische Betrachtung der bestehenden strukturellen Rahmung dieser wichtigen Aufgaben mit ein.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hat das NRW-Landeskabinett am 03. September 2019 den Auftrag erteilt, ein entsprechendes ressortübergreifendes Konzept für das Handeln der Landesregierung zu erarbeiten. Hierzu wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ eingerichtet. Die Federführung für die IMAG liegt beim Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI).</p> <p>Im Oktober 2020 hat die IMAG ihre Beratungen vorerst abgeschlossen und ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche dem Landeskabinett zugeleitet. Es enthält Maßnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Feldes leisten sollen. Dabei benennt das Konzept sowohl laufende bzw. bereits fest geplante wie zukünftige Maßnahmen der Landesregierung und berücksichtigt dabei ein breites Spektrum von Ansätzen in den jeweiligen Handlungsfeldern wie auch gemeinschaftlicher und übergreifender Vorhaben der Ressorts.</p> <p>Das Ziel ist es, Prävention zu stärken, Intervention weiterzuentwickeln und Hilfen für Betroffene und deren Angehörige zu verbessern.</p> <p>(Quelle: Handlungs- und Maßnahmenkonzept der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Bereich „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ – Prävention, Intervention, Hilfe https://www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/massnahmenkonzept_psg_nrw_2020-12final.pdf)</p>
Einleitung	Vor diesem Hintergrund, als eine von vielen Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, hat das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) die Familienberatungsstellen zum Ausbau der spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufgerufen. Der entsprechende

Förderaufruf und die dazugehörigen Fördergrundsätze sind im Folgenden aufgeführt:

Grundsätze der Förderung der spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

I. Förderziele und Rechtsgrundlagen

Ziel der Landesregierung ist es, Kinder und Jugendliche besser vor sexualisierter Gewalt zu schützen und schnelle Hilfe für Betroffene und ihre Familien zu ermöglichen. Hierzu sollen u. a. vorhandene spezialisierte Beratungsstrukturen und -angebote ausgebaut sowie zusätzliche Beratungsangebote geschaffen werden.

Kinder, Jugendliche und junge Volljährige bis 27 Jahre, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, sowie ihre Familien sollen durch die spezialisierte Fachberatung erreichbare, rasche, qualifizierte und auf ihre Situation zugeschnittene Hilfe, psychosoziale Beratung und/ oder Therapieangebote erhalten. Zugleich sollen Jugendämter und freie Träger, Kindertageseinrichtungen und weitere Einrichtungen auf spezialisierte Fachberatungsangebote in erreichbarer Nähe zugreifen können.

Dazu gewährt das Land den freien und öffentlichen Trägern von Familienberatungsstellen nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze, der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung NRW (LHO NRW) und der dazu gehörenden Regelungen sowie unter Berücksichtigung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienberatungsstellen vom 17.12.2014 einen Zuschuss zu den Personalkosten.

II. Fördergegenstand

Fördergegenstand ist der personelle Ausbau vorhandener sowie neuer spezialisierter Beratungsangebote und -strukturen mit zusätzlichen geeigneten Fachkräften. Die Förderung wird in Höhe von mindestens 0,5 VZÄ pro Fachkraft gewährt. Gefördert werden ausschließlich Personalkosten.

Eine Förderung kann ab dem laufenden bzw. dem folgenden Haushaltsjahr beantragt werden. Träger, die beabsichtigen einen Antrag zu stellen, müssen zuvor in einem vorgelagerten Verfahren ihr Interesse bekunden.

III. Fördervoraussetzungen

Folgende Anforderungen müssen bei der Antragstellung erfüllt sein:

- Die Träger der Beratungsstellen erhalten eine Förderung gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienberatungsstellen vom 17.2.2014 (SMBI. NRW 21630) oder bei Trägern, die bislang keine Landesförderung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienberatungsstellen vom 17.2.2014 (SMBI. NRW 21630) erhalten, muss der jeweilige Trägerverband bei der Antragstellung prüfen und rechtsverbindlich bestätigen, dass die Fördervoraussetzungen der o. g. Richtlinien für Beratungsstellen für Kinder-, Jugendliche und Eltern- / Erziehungsberatungsstellen (Nr. 4.3.1 der Richtlinien) oder für Anlauf- und Beratungsstellen bei Misshandlung, Vernachlässigung*

- und sexuellem Missbrauch von Kindern (Nr. 4.3.4 der Richtlinien) erfüllt sind.
Geförderte Einrichtungen müssen ihre Beratungsarbeit auf der Grundlage freiwilliger Inanspruchnahme und ohne Erhebung eines Leistungsentgelts leisten, soweit nicht Ansprüche gegen andere Kostenträger gegeben sind (Nr. 4.1 der Richtlinien).*
- *Bei bereits bestehenden Beratungsstellen ist das Personal zusätzlich einzustellen.
Der Beschäftigungsumfang muss mindestens 0,5 VZÄ betragen.*
 - *Bei neu einzurichtenden Beratungsstellen sind mindestens 1,5 VZÄ zu beantragen
und ist ein Team aus mindestens drei Fachkräften sicherzustellen.*
 - *Das zusätzlich eingestellte Personal verfügt über eine psychologische,
sozialpädagogische/sozialarbeiterische, heilpädagogische oder pädagogisch-therapeutische Qualifikation
i.S.d. Nr. 4.3.1 der o.g. Richtlinien.*
 - *Für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen bis 27 Jahre mit
sexualisierten Gewalterfahrungen sowie Familien mit Kindern unter 21 Jahren ist
eine entsprechende Fort- bzw. Weiterbildung der einzustellenden Fachkräfte gemäß den Regeln
des fachlichen Könnens im Beratungswesen (Nr. 1.2 der o.g. Richtlinien) zu gewährleisten.
Der Anteil der Fachkräfte mit einer traumatherapeutischen Zusatzqualifikation soll erhöht werden.*
 - *Der beantragte Aus- bzw. Aufbau der Beratungsstruktur trägt vorrangig zum flächendeckenden Ausbau
des Beratungsangebots in NRW bei. Nach Vorlage der Anträge entscheidet zunächst die regionale Verteilung.
Die Beratungstätigkeit soll die Bedarfe über die kommunalen Grenzen hinaus abdecken.
Im Antrag ist das erwartete Versorgungsgebiet (anhand der Jugendamtsbezirke bzw. PLZ/Ort) darzustellen.*
 - *Das beantragte Beratungsangebot muss Teil der örtlichen Jugendhilfeplanung
sein. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses bezüglich der Einbeziehung des
Beratungsangebotes in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in regionale Maßnahmen nach § 8a SGB VIII
soll dem Antrag beigelegt werden. Der Beschluss ist spätestens alle fünf Jahre erneut beizubringen.*
 - *Die Einbindung in regionale Netzwerkarbeit mit Partnern anderer Systeme wie Polizei, Justiz,
Gesundheitswesen, etc. ist zu gewährleisten.*
 - *Es ist sicherzustellen, dass spezialisierten Fachkräften ein fachspezifischer kollegialer Austausch und Intervention
sowie die Teilnahme an Vernetzungstreffen mit anderen spezialisierten Fachkräften im Kontext
sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ermöglicht werden.*
 - *Es ist zu gewährleisten, dass die durch präventive Arbeit entstehenden Bedarfe
(Beratung, Intervention etc.) bedient werden können.*

	<p>- Gefördert werden Angebote der Prävention, Intervention, Diagnostik (im Sinne einer psychosozialen diagnostischen Abklärung) sowie Aufgabenwahrnehmung in der therapeutischen Begleitung, Nachsorge, Stabilisierung von Bezugspersonen sowie bei der Erarbeitung von Stellungnahmen.</p> <p>- Um die Qualität der spezialisierten Beratung sicherzustellen, ist dem Antrag ein Beratungskonzept beizufügen, das über die o.g. Vorgaben der Richtlinien hinaus auch die derzeit vorhandene Expertise und damit verbundenen Erkenntnisse der spezialisierten Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt berücksichtigt. Beispielfhaft wird auf die aktuell gültigen Qualitätsmerkmale der Fachverbände verwiesen.</p> <p><i>IV. Empfänger der Fördermittel</i></p> <p>Empfänger der Fördermittel sind anerkannte Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Gefördert werden auch Verbünde bzw. Kooperationen von Beratungsstellen, die die Versorgung überregional sicherstellen.</p> <p><i>V. Berechnungsgrundlage, Auszahlung</i></p> <p>Zuständige Bewilligungsbehörden sind die Landschaftsverbände. Für die Förderung der VZÄ setzt das zuständige Ministerium analog der 5.4.1 der o.g. Richtlinien Förderpauschalen fest. Die Festlegung erfolgt jährlich in Höhe von 80% der nach Satz 2 ermittelten Grundlage.</p> <p><i>VI. Schlussbestimmung</i></p> <p>Die Fördergrundsätze treten am 17.02.2021 in Kraft.</p> <p>(Quelle: https://www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/foerdergrundsaeetze_ausbau_spezialisierter_beratung.pdf)</p>
Interessens- bekundung	<p>Entsprechend des Förderaufrufs wurden mit dem Allgemeinen Sozialdienst und der Jugendhilfeplanung der Universitätsstadt Siegen konstruktive Vorgespräche geführt. Ein Ausbau bzw. die Integration der spezialisierten Beratung in die vorhandene Arbeit der Beratungsstelle mit 0,5 VZÄ ist gewünscht.</p> <p>Das Land NRW hat nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens und Auswertung der Eingänge, den Ausbau des spezialisierten Beratungsangebots bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern mit dem Beginn 01.01.2022 befürwortet.</p> <p>Insgesamt haben sich landesweit rund 145 Beratungsstellen am Interessenverfahren beteiligt. Die Entscheidung für die Förderung in diesem ersten Ausbauschnitt erfolgte vorrangig mit Blick auf den angestrebten flächendeckenden Ausbau</p>

	spezialisierten Beratungsangebote in NRW.
Jugendhilfeausschuss	Um die Voraussetzungen der Fördergrundsätze zu erfüllen, muss im nächsten Schritt die Vorlage eines Beschlusses des zuständigen Jugendhilfeausschusses bezüglich der Einbeziehung des Beratungsangebotes in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in regionale Maßnahmen nach § 8a SGB VIII eingeholt werden. Bei der Beantragung der Fördermittel ist ein Beratungskonzept einzureichen
Beratungskonzept	Das folgende Beratungskonzept für den Ausbau einer spezialisierten Beratung/einer spezialisierten Fachberatung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder/Jugendliche ist nicht statisch. Um eine bestmögliche Hilfe- und Unterstützungsform anbieten zu können, sollten sich neue Angebote immer an den ergebenden Bedarfen orientieren und weiterentwickeln. Die vorgegebenen Qualitätskriterien werden umgesetzt und als feste Determinanten berücksichtigt. Durch die Neukonzeption der spezialisierten Fachstelle ergeben sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt größere Plangrößen, die im Prozess spezifiziert werden.
Qualitätskriterien	Der geplante Ausbau der Beratungsstelle, die Integration der spezialisierten Beratung in die Beratungsstelle und die konzeptionelle Planung orientiert sich an den Eckpunkten der Bundeskoordination Spezialisierte Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in der Kindheit und Jugend (BKSF). Hiernach sollen u.a.: <ul style="list-style-type: none"> - Eine spezialisierte Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend eine breite fachliche Expertise zu allen relevanten Aspekten des Themas erarbeiten bzw. verfügen - Im Mittelpunkt der Arbeit soll die Bereitstellung eines fundierten Beratungsangebots für die von sexualisierter Gewalt betroffenen Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsene und Unterstützungspersonen stehen, aber auch für Fachkräfte, die sich mit Fällen sexualisierter Gewalt auseinandersetzen - In der praktischen Arbeit mit Betroffenen geht es um die individuelle Bedeutung der Gewalterfahrung und eine individuelle sowie parteiliche Begleitung und Unterstützung der Betroffenen (Quelle: www.bksf.de)
Sexualisierte Gewalt	Sexuelle Gewalt ist jede Form der körperlichen Beeinträchtigung einer anderen Person in sexueller Hinsicht und/oder ihrer Androhung. Heute wird die Bezeichnung „Sexueller Missbrauch“ häufig durch den Begriff „Sexualisierte Gewalt“ ersetzt, um zu verdeutlichen, dass es sich um Gewalt handelt. Sexualisierte Gewalt in der Kindheit und im Jugendalter findet oft in einem Klima von Abhängigkeit, Bedrohung, Kontrolle und Geheimhaltungsdruck statt. Die überwiegende Anzahl von sexuellen Übergriffen gegenüber Kindern/Jugendlichen findet in dem engeren sozialen Umfeld statt. Das Spektrum reicht von heimlichen, vorsichtigen Berührungen, verletzenden Redensarten und Blicken, vom gemeinsamen Anschauen von Pornografie, über eindeutige Berührungen, auffordern zu sexuellen Handlungen bis hin zu oralen, analen und vaginalen Vergewaltigungen. Diese sexualisierten Gewalthandlungen können sich über große Zeiträume hinziehen und bereits im Säuglingsalter beginnen. Sexuelle Gewalt gegen Kinder/Jugendliche durch Unbekannte in Form von überfallartiger Belästigung oder Vergewaltigung ist im Vergleich seltener. Die fremde missbrauchende Person erschleicht sich oft in einem geplanten Prozess das Vertrauen des Kindes/Jugendlichen durch Versprechungen, Manipulation, Drohungen oder Geschenke – hier bieten zunehmend digitale Medien eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme. Eine Form von sexueller Übergriffigkeit

	<p>im Internet ist die Aufforderung Nacktbilder oder pornografisches Material zu verschicken. Sexuelle Gewalt findet auch durch sexuell übergriffige Kinder und Jugendliche unter Gleichaltrigen statt. Sexuell übergriffiges Verhalten von Kindern und Jugendlichen ist ernst zu nehmen und von altersgemäßer sexueller Neugier/Entwicklung der Sexualität zu unterscheiden.</p>
Ziele der spezialisierten Beratung	<p>Sexualisierte Gewalt stellt Betroffene, aber auch Familien und ihr Umfeld, Einrichtungen und beteiligte Fachkräfte vor größtmögliche Herausforderungen das Geschehen zu begreifen, einzuordnen, zu verarbeiten. Ziele der spezialisierten Beratung sind daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erlebte sexualisierte Gewalt zu beenden - Die Betroffenen zukünftig zu schützen - Bei der Bewältigung der psychischen und sozialen Beeinträchtigungen zu unterstützen - Mit präventiven Angeboten sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen vorzubeugen und frühzeitig zu erkennen
Versorgungsgebiet	<p>Universitätsstadt Siegen Wie im obigen Förderaufruf dargestellt, wird die spezialisierte Fachstelle wie folgt konzipiert: Kinder, Jugendliche und junge Volljährige bis 27 Jahre, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, sowie ihre Familien werden durch die spezialisierte Fachberatung erreichbare, zeitnahe, qualifizierte und individuelle Hilfe, psychosoziale Beratung und/oder therapeutische Angebote erhalten. Zugleich wird das Jugendamt und freie Jugendhilfeträger, Kindertageseinrichtungen und weitere Einrichtungen in der Universitätsstadt auf die spezialisierte Fachberatung zugreifen können. Präventive Angebote werden ebenfalls an Familien, Elternteile, Kinder-und Jugendeinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen usw. in der Universitätsstadt Siegen gerichtet.</p>
Rahmenbedingungen	<p>Die spezialisierte Fachberatung wird in die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern integriert und wird in die vorhandenen Teamstrukturen, Organisationsstrukturen und Netzwerke eingebunden, so dass sichergestellt ist, dass der spezialisierten Fachkraft ein kollegialer Austausch und Intervention im Team ermöglicht wird.</p>
Personal	<p>Die zu findende und einzustellende Fachkraft (im Umfang von 0,5 VZÄ) erfüllt die Bedingung gemäß den Regeln des fachlichen Könnens im Beratungswesen. Eine therapeutische Qualifikation und Erfahrung in der Arbeit nach § 8a, b SGB VIII sollte gegeben sein. Wenn nicht vorhanden, wird der Erwerb einer traumaberaterischen/-therapeutischen Zusatzqualifikation gewünscht.</p> <p>Da im Themenfeld sexualisierter Gewalt ein spezifisches Fachwissen erforderlich ist, wird der Fachkraft ermöglicht ihr Wissen in folgenden Punkten zu vertiefen bzw. sich fundiert einzuarbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wissen um die Dynamik und Folgen sexualisierter Gewalt - Aktuelles Wissen um Häufigkeit, Formen und Auswirkungen sexualisierter Gewalt - Wissen um Strategien von Täter*innen - Wissen um altersgemäße psychosexuelle Entwicklung und die Fähigkeit „normales“ von übergriffigen Verhalten abzugrenzen - Wissen um Möglichkeiten und Grenzen einer medizinischen Untersuchung - Wissen um die Intervention in Vermutungsfällen sowie solchen mit gesichertem Wissen - Wissen über Strafanzeigen und Strafverfahren, über psychosoziale Prozessbeteiligung und Formen des

	<p>Opferschutzes in Gerichtsverhandlungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wissen um die Abweichung von standardisierten Interventionsverfahren in Fällen sexualisierter Gewalt - Kenntnis von Verarbeitungs- und Hilfemöglichkeiten für betroffene Kinder und Jugendliche - Wissen um sexualisierte Gewalt mittels digitaler Medien <p>(Quelle: www.dgfp.de)</p>
Prävention	<p>Ein Schwerpunkt der spezialisierten Beratung ist die präventive Arbeit. Die vermutete Dunkelziffer von sexualisierter Gewalt wird mit 250000 pro Jahr in Deutschland durch das Bundeskriminalamt geschätzt.</p> <p>Grundlage ist hier u.a. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vereine, sonstige Fachkräfte aber auch Eltern immer wieder für diese Thematik zu sensibilisieren, zu informieren und handlungsfähig zu machen. Informationsveranstaltungen z.B. „Was tun bei Vermutung und Verdacht auf sexualisierte Gewalt“ sind angedacht. Prävention ist für Kinder und Jugendliche da effektiv, wo Personen im Umfeld achtsam sind und angemessenes Verhalten zum Schutz des Kindes zeigen.</p> <p>Aufgrund der Tabuisierung von Sexualität haben Informationsveranstaltungen zum Thema „normaler“ kindlicher Sexualität, der Entwicklung von Sexualität bei Kinder und Jugendlichen und der Sexualaufklärung u.a. einen hoch präventiven Charakter. Wie sollen Kinder und Jugendliche Ansprechpersonen/Vertrauenspersonen bei einem möglichen sexualisierten Gewalterlebnis finden, wenn keiner über das Thema Sexualität spricht oder es zu schambesetzt ist. Hier sind Eltern und Fachkräfte sexualpädagogisch anzuleiten, um auch Kindern und Jugendlichen altersgemäß Wissen zu vermitteln – Wissen schützt, wenn Kinder lernen was normal und was grenzüberschreitend ist.</p> <p>Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen findet in zunehmendem Maße über digitale Endgeräte statt. Neben den vielen positiven Aspekten der Digitalisierung bietet sie aber einen großen und anonymen Raum für sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, z.B. „Cybergrooming oder Sexting.“ Für Eltern und pädagogische Fachkräfte entsteht der Auftrag junge Menschen in der digitalen Welt anzuleiten, zu begleiten und zu schützen. Auch zu diesem Themenspektrum sind Informationsveranstaltungen angedacht.</p>
Intervention	<p>Die Wiederherstellung von Sicherheit und Schutz vor wiederholter sexualisierter Gewalt ist oberstes Ziel. Die Herstellung eines unterstützenden und stabilen sozialen Umfelds ist Voraussetzung, die Folgen des erlebten Übergriffs zu be- und verarbeiten.</p> <p>Basis in der Arbeit ist eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Klient*in und Berater*in mit fundierter und besonnener Anamnese sowie eine psychosoziale Diagnostik. Die individuelle Stabilisierung und das Erarbeiten von Handlungskonzepten stehen im Mittelpunkt der Beratung. Dies geschieht durch Erlernen von Techniken der Traumadistanzierung, Her-/Wiederherstellung der eigenen Handlungsfähigkeit durch Aktivierung von Stärken und Ressourcen, durch Psychoedukation und der Wahrnehmung eigener Grenzen. Dabei kommen verschiedenste Methoden zur Anwendung um den individuellen Bedarfen Rechnung zu tragen.</p> <p>Bei akuter Traumatisierung, eine ausreichende Stabilisierung lässt sich nicht entwickeln, die Symptome verschlechtern sich im Beratungskontext, wird der Klient/das soziale Umfeld unterstützt, passendere Hilfeformen wie eine Kinder- und Jugendpsychiatrie, andere Therapiesettings aufzusuchen.</p> <p>Zeigt sich in der Arbeit mit dem Kind/dem Jugendlichen, dass andere Probleme, Sorgen oder Nöte im Vordergrund</p>

	<p>stehen, wird in diesen Fällen ebenfalls in eine passendere Hilfeform begleitet.</p> <p>Zur Stabilisierung der Betroffenen entsteht oftmals ein Beratungsbedarf für die Angehörigen, hier werden unterstützende Bezugspersonen entsprechend angeleitet mit den Folgen der sexualisierten Gewalterfahrung umzugehen, Regeln des Miteinanders zu besprechen oder auch den Erziehungsalltag zu gestalten. Ein sicheres und stabiles Umfeld ist die Voraussetzung für das therapeutische Arbeiten mit dem Kind/dem Jugendlichen.</p> <p>In der Beratung von Angehörigen, Bezugspersonen, Personen des sozialen Umfelds zeigen sich noch weitere Bedarfe, die durch die spezialisierte Fachstelle Unterstützung erfahren sollen. Z.B. in Fällen der Vermutung eines sexualisierten Übergriffs die Bezugsperson anleiten, eine vertrauensvolle Beziehung zu dem betroffenen Kind aufzubauen bzw. zu halten, über weiteres Vorgehen und Hilfemöglichkeiten zu informieren oder bei Erhärtung des Verdachts vor weiteren sexuellen Übergriffen zu schützen. Bei Offenlegung eines sexuellen Übergriffs geraten innerfamiliäre Systeme oder auch Bezugspersonen in eine Krisensituation – hier sollte die Beratung den Bezugspersonen Möglichkeiten bieten, ihre Gefühle und ihre Belastung zu formulieren, sowie Hilfestellung bei der Erarbeitung von konkreten Lösungs- und Handlungsschritten zu geben.</p> <p>Falls Personen sich an die spezialisierte Fachstelle wenden, die ihr eigenes sexuell übergriffiges Verhalten bearbeiten wollen, verweisen wir an entsprechende Institutionen, angesichts des Gebots der Trennung zwischen vermeintlichen Tätern und Opfern in der Beratung.</p>
Fachberatung	<p>Die Expertise der spezialisierten Fachkraft bei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche steht pädagogischen Mitarbeiter*innen z.B. in Kindertagesstätten, in der Kinder- und Jugendhilfe, in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche oder auch Ehrenamtlichen in Vereinen für kollegiale Beratungen, Fallberatungen und informelle Fachgespräche zur Verfügung.</p> <p>Da psychosoziale Fachkräfte wichtige Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche sind, unterstützt die spezialisierte Fachberatung diese bei der Begleitung von Betroffenen im Rahmen der Planung von notwendigen Interventionsschritten, um Schutz vor weiteren Übergriffen zu gewährleisten. Die spezialisierte Fachkraft leitet diese ebenso bei der Einschätzung von Verhaltensauffälligkeiten und weiteren Schritten zur Klärung eines Verdachts auf sexualisierte Übergriffe an. In Fällen von sexuellen Übergriffen unter Kindern/Jugendlichen können mit Einbezug der Fachstelle geeignete Maßnahmen erarbeitet werden, die Kinder/Jugendlichen zu schützen und den übergriffigen Kindern/Jugendlichen entgegen zu wirken.</p> <p>Die spezialisierte Fachstelle ist in regionale Maßnahmen nach § 8a,b SGB VIII als Kinderschutzfachkraft/insoweit erfahren Fachkraft eingebunden.</p> <p>Der Allgemeine Sozialdienst der Universitätsstadt Siegen kann bei Fällen vermuteter oder stattgefundener sexualisierter Gewalt, die spezialisierte Fachkraft für die Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung, für die Gestaltung von Hilfeplanprozessen u.a. hinzuziehen.</p>
Krisenberatung	<p>Die Krisenintervention erfordert ein schnelles, aktives und direktes Handeln der Fachstelle. Hier sollen konkrete Lösungen auf eine aktuelle Problemlage gefunden werden. Erwartet wird Bedarf bei der Krisenintervention und die Kontaktaufnahme an der spezialisierten Fachstelle u.a. bei Offenlegung und Aufdeckung eines sexuellen Übergriffs oder direkt nach einer Vergewaltigung. Die emotional aufgewühlten Situationen sind vorrangig zu entlasten. Hierzu</p>

	gehört eine professionelle Abklärung der Suizidalität, die Stabilisierung durch Psychoedukation, Vermittlung von Entspannungs-/Beruhigungstechniken und das Ausarbeiten von konkreten Veränderungs-, Lösungs- und Handlungsschritten. Eine evtl. nötige Überweisung an Polizei, Jugendamt oder zur medizinische Untersuchung wird nachgehalten.
Netzwerkarbeit	<p>Die Einbindung in regionale Netzwerkarbeit und die Pflege von Netzwerken mit Partnern anderer Systeme wie Polizei, Justiz, Gesundheitswesen, Jugendamt etc. ist zu gewährleisten. Hier kann die spezialisierte Fachstelle schon vorhandene Strukturen der Beratungsstelle nutzen.</p> <p>Daneben wird sichergestellt, dass sich die einzustellende spezialisierte Fachkraft mit anderen spezialisierten Fachstellen/Fachkräften zur fachspezifischen kollegialen Beratung und Intervention austauscht und vernetzt. Der regionale „Arbeitskreis gegen sexuelle Gewalt“ mit der Beteiligung von Polizei (Opferschutz) und der Ärztlichen Beratungsstelle an der DRK-Kinderklinik ist hier exemplarisch zu nennen.</p> <p>Sollten in den gegebenen Netzwerkstrukturen wichtige Akteure, Multiplikatoren fehlen oder vorhandene Strukturen ermüdet sein, macht es sich die Fachstelle zur Aufgabe, diese für die Vernetzung zu gewinnen bzw. zu reaktivieren</p>
Öffentlichkeitsarbeit	<p>Das Angebot der spezialisierten Beratung/Fachstelle ist durch einen entsprechenden Internetauftritt und durch Flyer zu publizieren. In regionalen Gremien ist über das Angebot regelmäßig zu informieren, hier kann die Fachstelle u.a. auf die vorhandene Vernetzung der Beratungsstelle zugreifen.</p> <p>Die Anlaufstelle ist in regionalen und überregionalen Internet-Portalen zu registrieren, wie z.B. in dem Hilfe-Portal Sexueller Missbrauch (UBSKM) oder der Landesfachstelle "Prävention sexualisierte Gewalt NRW".</p>
Kontaktaufnahme	<p>Die spezialisierte Fachstelle ist über die Kontaktwege der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern zu erreichen. Das Sekretariat ist in der Regel Montag bis Donnerstag von 8 bis 17h und Freitag von 8 bis 12h besetzt. Angedacht/in Planung ist die niederschwellige und direkte Erreichbarkeit zur ersten Kontaktaufnahme per E-Mail oder andere digitalen Möglichkeiten.</p>

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 12.07.2021

Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Y. Matzke, S. Wüst-Dahlhausen, H. Rosenheinrich, Dr. A. Matzner, Dr. R.

Jung

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021
Haupt- und Finanzausschuss	06.10.2021
Rat	27.10.2021

Kurzbezeichnung:

Stadtteilzentrum Lindenberg

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfezentrums im Wohngebiet Lindenberg (Stadtteilzentrum Lindenberg) gemäß den inhaltlichen Eckpunkten dieser Vorlage zum 01.01.2022.
2. Für die Ausstattung der Einrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 Abs. 2 GO NW in Höhe von 30.000 € auf H060201117 für das Jahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule.
3. Für Personal- und Sachkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 Personal und Sachkosten in Höhe von 270.000 € haushaltsneutral bereitgestellt.

Sachverhalt / Begründung:

1. Sozialräumliche Situation

Die Universitätsstadt Siegen veröffentlicht seit dem Jahr 2013 einen regelmäßigen Sozialbericht. In diesem werden soziale Lebenslagen in der Stadt und deren Entwicklungen beschrieben (siehe VL 296/2021).

Der Siegener Lindenberg wurde in allen städtischen Berichten seit dem Jahr 2013 als ein Stadtteil identifiziert, in welchem viele Menschen leben, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Von den 3.800 dort wohnenden Menschen beziehen bspw. viele Mindestsicherungsleistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch, die SGB II-Quote ist mit 16,5% vergleichsweise doppelt so hoch ausgeprägt wie im gesamtstädtischen Durchschnitt. Auch die Arbeitslosenrelation ist mit 13,4% erhöht, ebenso liegen der Altenquotient (36,1%) und der Jugendquotient (26,0%) über den städtischen Durchschnittswerten. 34,4% der Menschen, die am Lindenberg leben, besitzen einen Migrationshintergrund. Mehr über 65 Jährige als im städtischen Durchschnitt nehmen am Lindenberg Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII ins Anspruch (6,1%). Im Sozialmonitoring 2021 der Universitätsstadt Siegen wurde der Stadtteil auf Basis dieser Daten erneut in die Kategorie „hohes Armutsrisiko“ eingeordnet.

Vergleichbare Stadtteile, wenn auch mit teilweise noch höheren Werten im Bereich des Armutsindex, sind Siegen-Fischbacherberg und Siegen-Geisweid.

Am Fischbacherberg besteht seit mehreren Jahrzehnten eine ausgeprägte Struktur an sozialen Einrichtungen, Hilfsangeboten und Projekten (z.B. Kinder- und Jugendtreff Fischbacherberg; Stadtteilbüro; ASD-Außenstelle; freie Träger der Jugendhilfe wie V.A.K.S., Ev. Jugendhilfe Friedenshort, RaBauki e.V.; "DIAS.komm"/BIWAQ-Standort; Runder Tisch Fischbacherberg; SchönUndGut Erfahrungsfeld). Auch im Raum Siegen-Geisweid haben Menschen bei Bedarf die Möglichkeit wohnortnah Förderung, Unterstützung und Hilfe zu finden (z.B. Kinder- und Jugendtreff Geisweid & Westhang; Haus der interkulturellen Bildung (HiB); Jugendmigrationsdienst Siegen; Multiprofessionelle Teams an Schulen; Stadtteilkonferenzen; freie Träger der Jugendhilfe wie Ev. Jugendhilfe Friedenshort, Kath. Jugendwerk Förderband, Sozialwerk St. Georg).

Am Lindenberg finden sich u.a. Angebote über das "Familienzentrum am Lindenberg"(Kooperation Montessorischule Siegen, Kindertreff Lindenberg, Ev. Kindertagesstätte "Unterm Sternenzelt"), jedoch in erster Linie für Kinder (und deren Eltern), die die entsprechenden Einrichtungen besuchen. Eine vergleichbare Struktur an wohnortnahen Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten wie am Fischbacherberg oder in Siegen-Geisweid hat sich am Lindenberg bislang nicht etabliert, trotz des ausgewiesenen Bedarfes.

Bei der Beratung des Sozialmonitorings sowie des Kinder- und Jugendförderungsplans in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.04.2021 wurde daher in der Diskussion zur Situation im Wohngebiet Lindenberg nach Handlungsoptionen zum Ausbau der Infrastruktur in der Kinder- und insbesondere der Jugendarbeit und der stadtteilbezogenen Sozialarbeit gefragt.

Gleichzeitig bestätigen die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2021/2022 an der Montessorischule den zusätzlichen Bedarf an Räumlichkeiten für den Unterricht und Betreuung, der kurzfristig nur durch die Räume des Kindertreffs Lindenberg abzudecken ist. Dadurch ist ein zusätzlicher Handlungsdruck gegeben.

In dieser Situation hat die evangelische Erlöser-Kirchengemeinde angeboten, für Zwecke der Kinder- und Jugendarbeit sowie für Beratungs- und Gruppenangebote im Stadtteil Linden-

berg, das derzeitige Gemeindehaus in der Gießener Str. ab Januar 2022 anzumieten, da dieses im Zuge der Gemeindereform aufgegeben und entwidmet wird.

2. Aufbau eines Stadtteilzentrums

In mehreren Gesprächen mit den verschiedenen Fachdiensten im Jugendamt und in der Abstimmung mit freien Trägern sozialer Arbeit ist die Idee entstanden, das Gemeindezentrum künftig als Stadtteilzentrum herzurichten.

Das Stadtteilzentrum Siegen-Lindenberg soll als niedrigschwellige und attraktive Anlaufstelle u.a.

- gezielte Angebote für Kinder, Jugendliche, deren Eltern und die Bewohnenden des Lindenbergs bieten
- bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote stärken/bündeln
- leichte und schnelle Zugangswege für die Bewohnenden des Stadtteils schaffen
- Raum für Begegnung bereitstellen
- Engagierten und professionell Handelnden im Stadtteil die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen und gemeinsam Ideen für den Lindenberg zu entwickeln und umzusetzen.

In der Angebotsstruktur des Stadtteilzentrums Siegen-Lindenberg soll für die Umsetzung dieser Ziele u.a. das "Jugendamt als Ganzes" in der Zusammenarbeit mit Angeboten freier Träger abgebildet werden. Zusätzlich sollen Räumlichkeiten von der Frauengruppe der Kirchengemeinde und anderen Gruppen und Zusammenschlüssen im Haus genutzt werden¹.

Die Angebotsstruktur der Einrichtung soll anhand von drei Bausteinen entwickelt werden:

- Offene Kinder- und Jugendarbeit / -förderung
- Frühe Hilfen / „Kinderstark NRW“
- Erzieherische Hilfen / Soziale Dienste

2.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit / -förderung

Der Kindertreff (früher in der Fludersbach untergebracht, seit über 15 Jahren in der Montessori-Schule) ist seit Jahrzehnten eine etablierte Institution am Lindenberg. Federführend im Verbund „Familienzentrum Lindenberg“ ist er eine verlässliche Einrichtung für Kinder, Jugendliche sowie Eltern und bietet Beratung, Begleitung, Bildungsangebote, kreative Freizeitgestaltung und schulische Förderung. Der Kindertreff ist durch eine Kooperationsvereinbarung eng mit der Montessorischule verbunden und trägt zum Gelingen eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebotes im Rahmen der OGS bei. Die Zusammenarbeit im interdisziplinären Team mit dem OGS-Träger VAKS, dem Integrationsfachdienst INVEMA und den Lehrkräften ist geprägt durch einen hohen Anspruch an Inklusion von Schülerinnen und Schülern

¹ Vergl. dazu die Neufassung den neuen § 4a im SGB VIII, wonach die öffentliche Jugendhilfe künftig selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Adressatinnen und Adressanten der öffentlichen Jugendhilfe unterstützen, fördern und beteiligen soll, „... insbesondere zur Lösung von Problemen im Gemeinwesen oder innerhalb von Einrichtungen...“

mit besonderen Förderbedarfen im Rahmen des „Pool-Modells“. Aktuell werden ca. 150 Kinder in der OGS betreut, das entspricht einem Anteil von etwa 82%.

Eine Besonderheit ist die Verzahnung von OGS und Offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Täglich ab 15 Uhr steht der Treff allen Kindern im Grundschulalter aus dem Stadtteil offen. An drei Tagen finden von 17 bis 19 Uhr Angebote für Jugendliche statt.

Die Räumlichkeiten des Kindertreffs in der Montessorischule sind auf einen Trakt mit großer Küche, Kickerraum und Kreativraum sowie einem zusätzlichen Büro beschränkt. Die Einrichtung der Räume ist auf die Bedarfe der Kinder, die nachmittags dort betreut werden, abgestimmt. Bei der Befragung im Vorfeld der Erstellung des aktuellen Kinder- und Jugendförderungsplans haben Jugendliche eigene Jugendräume gefordert. Derzeit nutzten etwa 25 Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren regelmäßig die Angebote, vorwiegend Ausflüge und sportliche Aktivitäten. Der Bedarf an breiteren Angeboten für Jugendliche im Stadtteil wurde bereits mehrfach formuliert. Die Räume des Kindertreffs in der Montessorischule bieten aber kaum Möglichkeiten für attraktive, bedarfsgerechte Jugendarbeit und keinen Freiraum zur Mitgestaltung.

Der Kindertreff kann im Stadtteilzentrum Offene Kinder- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit leisten und somit einen niedrigschwelligen Treffpunkt für junge Menschen im Wohnumfeld bieten. Unter Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen sollen, verschiedene Bildungs- und Freizeitangebote (Erlebnispädagogik, Kreativangebote etc.) umgesetzt werden. Fachkräfte können Beratung und Unterstützung bei der Berufsorientierung (Bewerbungen schreiben etc.) sowie schulische Förderung bieten. Eigene Räume im Stadtteilzentrum sollen Kindern und Jugendlichen außerschulische Freiräume für Mitgestaltung und selbstbestimmte Bildung bieten.

Insbesondere für Kinder im Alter ab 10 Jahren fehlen nach der Ganztagsbetreuung in der OGS strukturierende außerschulische Angebote. Durch das Stadtteilzentrum entsteht zudem eine niedrigschwellige Anlaufstelle für junge Menschen, die unbürokratisch Zugänge zu Beratung in schwierigen Lebenssituationen eröffnet. Für die Angebote für Jugendliche sind eine 0,5 Stelle sozialpädagogische Fachkraft und 20 Wochenstunden für Honorarkräfte vorzusehen.

Im Stadtteilzentrum können sozialräumliche Angebote des Kindertreffs ausgebaut werden:

- Mittagstisch, Koch- und Backangebote für Kinder und Jugendliche
- wöchentliches Elterncafé (freitags, ca. 15 erwachsene Teilnehmende plus Kinder)
- Bildungsangebote für Eltern (Vorträge, Workshops, Seminare ec.)
- Freizeitangebote für Väter mit Kindern, Vater-Kind-Wochenenden
- Freizeitangebote für Mütter
- Sprachkurse für Elternteile inklusive Kinderbetreuung
- Kreativ- und Freizeitangebote für Familien, Ausflüge für Familien
- Erziehungsberatung in Kooperation mit der Erziehungsberatungsstelle der Ev. Jugendhilfe Friedenshort
- Feste und Veranstaltungen mit sozialem und kulturellem Schwerpunkt (multikulturelles Buffet, Weihnachtsbäckerei, Lesenächte, Laternen- und Lichterfest etc.)
- Offenes Stadtteilcafé
- verschiedene generationsübergreifende Angebote
-

Die sozialräumlichen Angebote können im Verbund des Familienzentrums am Lindenberg umgesetzt werden. Hier stehen dem Verbund Fördermittel in Höhe von 20.000 € jährlich zur Verfügung. Einzelne Projekte (außerschulische Jugendarbeit, Freizeiten etc.) können über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ gefördert werden.

Der Kindertreff Lindenberg ist seit vielen Jahren im Stadtteil verwurzelt und die Mitarbeitenden kennen die Bedarfe und die Ressourcen vor Ort. Ein offenes Stadtteilzentrum bietet viele Möglichkeiten, die Angebote im Bereich der Jugendarbeit und der Sozialraumarbeit auszuweiten. Die Verknüpfung von erzieherischen Angeboten (EJA) und Offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt den inklusiven Ansatz des Kindertreffs (s.u.).

2.2 Frühe Hilfen für Familien / Familienhebammen, Willkommensbesuche, Lotsendienste

Unter dem Stichwort „FRÜHE HILFEN für Familien“ erarbeitet das Jugendamt Angebote, die darauf abzielen, frühzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern zu verbessern und Eltern in ihrer Erziehung – und Beziehungskompetenz zu stärken. Zielgruppe der Frühen Hilfen sind Eltern mit Kindern in der Schwangerschaft und bis zum 3. Lebensjahr.

Der Blick auf die Zielgruppe der Frühen Hilfen macht deutlich, dass eine Verzahnung des Systems der frühen Kindertagesbetreuung (Kindertagespflege und Kindertageseinrichtung / Familienzentrum) und der Frühen Hilfen äußerst sinnvoll ist und sich positiv ergänzen kann.

Unter diesem Blickwinkel soll im Stadtteilzentrum Lindenberg die Kooperation zwischen den Angeboten des Familienzentrums vor Ort und den Angeboten des Familienbüros/Frühe Hilfen intensiviert werden.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Familienzentrum werden sich im Stadtteil sowohl fallübergreifende als auch fallbezogene Kooperationen intensivieren.

Die fallübergreifende Kooperation hat vor allem das Ziel, sich gegenseitig über das jeweilige Aufgabenspektrum zu informieren, Fragen der Angebotsgestaltung zu klären und Verfahren im Kinderschutz aufeinander abzustimmen. Die fallbezogene Kooperation zielt darauf, Eltern Zugänge zu passgenauen Beratungs – und Unterstützungsangeboten zu eröffnen. Nehmen Familien bereits das Angebot des Familienzentrums bzw. der frühen Kindertagesbetreuung in Anspruch können diese in Angebote der Frühen Hilfen gelotst werden. Nehmen Familien Angebote der Frühen Hilfen in Anspruch, können diese als Lotsinnen/en in die Kindertagesbetreuung fungieren.

Um eine hohe Akzeptanz für die Angebote Früher Hilfen im Stadtteil zu erreichen wird es erforderlich sein, eine feste Anlaufstelle vor Ort zu schaffen. Hier sollte eine ansprechende Spielecke eingebunden sein in eine verlässliche Anlaufstelle, die Raum für Begegnung, Austausch und Beratung bietet. Neben der im Stadtteil bekannten Fachkraft der Frühen Hilfen, die die Willkommensbesuche durchführt, sollte eine feste Ansprechperson im Stadtteilzentrum (Sozialarbeiter/in/ Sozialpädagoge/in/Erzieher/in, Heilpädagoge/in) zum einen die Kontinuität für Beziehung im Stadtteil sichern (mindestens 0,5 Stellenanteil) und darüber hinaus die Maßnahmen und Projekte vor Ort anregen und initiieren. Hier ist eine Verknüpfung der Angebote Früher Hilfen und im Rahmen des Projektes kinderstark NRW mit Schwerpunkt in Geisweid möglich.

2.3 Erzieherische Hilfen / Soziale Dienste

Aus Sicht des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) fehlen am Lindenberg wohnortnahe Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder, die einen erhöhten Bedarf an tagesstrukturierenden Maßnahmen haben. Der Rahmen der Offenen Ganztagsschule zeigt sich für diese Kinder oft als zu anstrengend aufgrund der Gruppengrößen im Offenen Ganztag, Verhaltensauffälligkeiten sprengen zudem nicht selten die Möglichkeiten des dortigen Personals.

Es ist aufgrund dieses Bedarfes geplant, im Stadtteilzentrum Lindenberg eine „EJA“-Gruppe im Rahmen von Hilfen zur Erziehung einzurichten, die damit im direkten Lebensumfeld der Kinder liegt. Diese niederschwellige Form von erzieherischen Hilfen richtet sich im Besonderen an Kinder im Grundschulalter und ist verknüpft mit Offener Kinder- und Jugendarbeit („EJA“ = Erziehungshilfe und Jugendarbeit). Durch ein integratives Konzept mit Durchlässigkeit zum Regelbetrieb wird Ausgrenzung entgegenwirkt.

Das kontinuierlich hohe Aufkommen an Beratungsbedarfen bei Familien am Lindenberg, oftmals im Rahmen von Kinderschutztätigkeiten, verdeutlicht darüber hinaus seit Jahren, dass viele Familien im Stadtteil Orte der Begegnung brauchen. Gerade über das Fehlen an Kontaktmöglichkeiten aufgrund der Einschränkungen der Covid 19-Pandemie, verstärkten sich z.B. Tendenzen der Mediennutzung bis hin zu Medienabhängigkeit in den Familien. Gleichzeitig ist das Nutzen von Vereinsmöglichkeiten oftmals eine Hürde und bedarf vorbereitender Kontakträume, das Finden von Interessen, das Zutrauen, sich in fremde Gruppen zu begeben. Ein „Vakuum“ zeigt sich hier auch im Bereich von Angeboten für Kinder im Übergang zum Sekundarbereich (ca. 10-13 Jahre) und bei wohnortnahen Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche.

Ein leicht zugängliches Stadtteilzentrum am Lindenberg bietet aus ASD-Sicht daher viele Chancen. Es wäre für junge Menschen und ihre Familien ein Gewinn, sowohl als attraktiver Treffpunkt wie für das Kennenlernen von Freizeitmöglichkeiten, die bestenfalls in Vereinsanbindungen münden. Entwicklungen und Bedarfe im Stadtteil wären im Blick und die Akzeptanz für z.B. Runde Tische im Stadtteil würde erhöht. Daneben können Beratungsangebote des ASD vor Ort stattfinden, die Raumknappheit in der städtischen Verwaltung würde teilweise kompensiert und fußläufige Beratungsmöglichkeiten für Familien ermöglicht.

3. Personal- und Sachkosten

Zur Herrichtung / dem Umbau des derzeitigen Gemeindehauses haben Gespräche mit der Kirchengemeinde und des von ihr beauftragten Architekturbüros stattgefunden. Aufgrund der vorhandenen räumlichen Ausstattung sind lediglich kleinere – meist Trockenbau- Arbeiten erforderlich. Zusätzlich müssen die erforderlichen Brandschutzvorschriften baulich umgesetzt werden. Die erforderlichen Anträge auf Nutzungsänderung wird die Kirchengemeinde bei der Bauaufsicht einreichen. Der Mietpreis wird sich im Rahmen der ortsüblichen Miethöhe bewegen (vergl. dazu die separate Vorlage). Die Nutzung kann ab Januar 2022, frühestens aber nach Fertigstellung der baulichen Erfordernisse und der vorliegenden Nutzungsgenehmigung erfolgen.

Das Detailkonzept des Stadtteilzentrums soll unter breiter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und in Abstimmung mit freien Trägern erfolgen. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft gem. §78 SGB VIII haben konstruktive Planungsgespräche mit den bei der Erstellung des aktuellen Kinder- und Jugendförderungsplans beteiligten Vereine und Verbände stattge-

funden und werden fortgesetzt. Die Konzeption soll im Kontext der aktuellen Förderprogramme „Aufholen nach Corona“ insbesondere für die Arbeitsfelder nach den §§ 11-13 SGB VIII (Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit) erfolgen und entsprechend der Hinweise des für u.a. für Kinder, Jugend und Integration zuständigen Ministeriums des Landes NRW gezielt eingesetzt werden.

Angebote und Dienste (Eckpunkte)

Angebot	Wer?	Kosten	Refinanzierung 2022
Angebote Offene Jugendarbeit	Zusätzliche Honorarkräfte zus. 0,5 Stelle Fachkraft soziale Arbeit Sachkosten	15.000 € 34.400 € 20.000 €	Präventionsmittel (im Haushalt veranschlagt) / und Förderprogramm 2, „Aufholen nach Corona“
Ausflüge und Freizeiten	Wie vor und vorhandene Fachkraftstunden		
Schulsozialarbeit	Wie vor und vorhandene Fachkraftstunden		
Tagesgruppe (EJA)	Evangelische Jugendhilfe	90.000 €	Teilstationäre Hilfen zur Erziehung (im Haushalt veranschlagt)
Sozialräumliches Gruppenangebot	Bildungswerk Sieg / Lahn	Ca. 5.000 €	Ambulante Hilfen zur Erziehung (im Haushalt veranschlagt)
Jugendsozialarbeit	Kath. Förderband	Ca. 5000 €	Präventionsmittel (im Haushalt veranschlagt) / und „Förderprogramm Aufholen nach Corona“
Koordination der Angebote und Stadtteilmanagement	Zus. 0,5 Stelle Fachkraft soziale Arbeit	34.400 €	Frühe Hilfen / Kinderstark NRW
Niedrigschwellige Angebote frühkindlicher Bildung (musikalische Früherziehung, Vorleseangebote, Kreativangebote)	Städt. Musikschule Honorarmittel	1.000 €	Frühe Hilfen
Familienfreizeiten / Wochenendfreizeiten oder Ausflüge/ Ausflüge mit kulturel-	Hier Kooperation mit anderen Akteuren im Stadtteil /		Programm „Aufholen nach Corona“ „Familienfreizeiten

² Zur Verteilung der Fördermittel wird die Verwaltung des Jugendamtes nach weiterer Abstimmung mit freien Trägern noch eine separate Beratungs- und Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss vorlegen.

Item Angebot			erleichtern“
Summe		204.800 €	

Die Kostendeckung erfolgt durch vorhandene Haushaltsmittel und durch zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel aus den Programmen „Frühe Hilfen“, „Kinderstark NRW“, „Aufholen nach Corona“.

Finanzplanung

Investive Ausgaben 2021 für Ausstattung: ca. 30.000 €

Ausgaben 2022

Personalkosten 2 X 0,5 VZÄ Sozialpäd. Fachkräfte	68.800 €
Honorarmittel	15.000 €
Evangelische Erziehungshilfe und Jugendarbeit (EJA)	90.000 €
Gruppenangebote Freie Träger Fachkräfte Frühe Hilfen (Familien Hebamme / Familien-, Gesundheits-, Kinderpflegende)	11.000 €
Miete und Nebenkosten	ca. 65.000 €
Sachkosten	20.000 €
Summe	269.800 €

Finanzierung

Vorhandene Haushaltsmittel und Förderprogramme:

06.01.01 / 5332001 für teilstationäre erzieherische Hilfen:	1.400.000 €
06.01.01 / 5331000 für ambulante Hilfen zur Erziehung:	3.200.000 €
06.03.01 / 5318800 Jugendsozialarbeit und Prävention:	179.700 €
06.02.02.00 / 5318000 und 5281000 Kinderstark NRW erhöhte Förderung durch Corona Aufholprogramm	77.411 €
06.02.02.03 / 5291000 und 5281000 Bundesstiftung Frühe Hilfen erhöhte Förderung durch Corona Aufholprogramm	101.429 € ³

³ Vorbehaltlich der Genehmigung eines bis zum 30.11.2021 zu stellenden Folgeantrags

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
269.800 € ab 2022 30.000 € (investiv) 2021	278.800			

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021 / 2022	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 179.700 € 1.400.000 € 3.200.000 € 77.411 € 101.429 €	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto 06.03.01 / 5318800 06.01.01 / 5332001 06.01.01 / 5331000 06.02.02 / 5318000 06.02.02 / 5291000
--	--	-------------------------------	---	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5 Siegen, 09.07.2021
Bereich: 5/2-2 . Fachberatung und Verwaltung Kindertagesstätten
Bearbeitet von: Isabella Klempau

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss 16.09.2021

Kurzbezeichnung:

Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW - Verteilung von finanziellen Fördermitteln für Sprachförderung und "plusKita" auf die Kindertageseinrichtungen in Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, der Kindertageseinrichtung des Ev. Kirchenkreises Siegen HIWALO, Kurze Straße 14, 57080 Siegen, als nächste Kindertageseinrichtung in der Rangfolge für die Zeit vom 01.08.2021 - 31.07.2025 pro Kindergartenjahr ein Sprachförderpaket in Höhe von jeweils 30.249,00 € zu bewilligen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2020 (2931/2020) wurde die Verteilung von finanziellen Fördermitteln für Sprachförderung und "plusKita" auf Kindertageseinrichtungen in Siegen sowie die jeweiligen Kriterien zur Verteilung der Mittel für den Zeitraum 01.08.2021 - 31.07.2025 beschlossen.

Der AWO Kita "Bergstraße" wurde auf dieser Grundlage ein "plusKita"-Paket in Höhe von 30.249,00 € ab dem 01.08.2021 bewilligt, welches jedoch jetzt schon aufgrund des dort nicht vorhandenen Personals zurückgegeben wurde.

Aufgrund der anhand der Kriterien ermittelten Rangfolge rückt die Kindertageseinrichtung des Evangelischen Kirchenkreises Hiwalo, Kurze Straße 14, 57080 Siegen, als nächste Kindertageseinrichtung nach.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021 ff.	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 30.240,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020101 Sachkonto 5318020
--	---	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Dr. Raimund Jung
Abteilungsleiter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/2 – Kinder-, Jugend- und Familienförderung
Bearbeitet von: Verena Bahrami, Dr. Raimund Jung

Siegen, 09.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Förderung der seit 01.08.2020 im Projekt „Flexibilisierung von Betreuungszeiten“ gemäß § 48 KiBiz befindlichen 4 Tageseinrichtungen für Kinder wird längstens bis zum 31.07.2024 fortgesetzt.
2. Gefördert werden die in Punkt 2 der Vorlage genannten Angebote.
3. Die Angebote werden prozessbegleitend evaluiert. Über die Entwicklung der Angebote wird dem Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Bedarfsplanung berichtet.

Sachverhalt / Begründung:

1. Flexible Betreuungszeiten

Gemäß § 48 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW gewährt das Land NRW den Jugendämtern ab 01.08.2020 einen Zuschuss für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder.

Das Land NRW stellt den Jugendämtern dafür in den Jahren ab 2020/2021 40 Mio. €, ab 2021/2022 60 Mio. € und ab 2022/2023 80 Mio. € zur Verfügung. Auf das Jugendamt der Stadt Siegen entfallen davon für 2020/2021 zunächst 229.600,00 €. Die Summe erhöht sich in den Folgejahren entsprechend der Steigerung der zur Verfügung gestellten Landesmittel. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Landesmittel ist, dass das Jugendamt diesen Zuschuss an Träger weiterleitet und um 25 % aus eigenen Mitteln aufstockt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel sind im Haushalt 2021 und im Entwurf des Haushalts 2022 eingestellt. Danach ergibt sich für das kommende Kindergartenjahr eine Gesamtfördersumme in Höhe von bis zu 287.000,00 €.

Gefördert werden seit dem Kindergartenjahr 2020/2021 die folgenden Einrichtungen, für die die Förderung längstens bis zum Ende der Förderperiode zum 31.07.2024 fortgesetzt werden soll (vgl. Vorlage 2959 / 2020):

- Tageseinrichtung für Kinder „Kinder(T)Räume“, Hengsbachstraße 158, 57080 Siegen, in Trägerschaft der Diakonie Klinikum GmbH
- Familienzentrum und Tageseinrichtung der Stadt Siegen, Gläserstraße 29, 57072 Siegen
- Tageseinrichtung für Kinder „Himmelszelt“, Leineweberstraße 8, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Hilfe zum Leben gGmbH
- Tageseinrichtung für Kinder „Lillipuz“, Johann-Friedrich-Bender-Weg 11, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Alternative Lebensräume GmbH

Weitere Interessensbekundungen zur Teilnahme an dem Projekt liegen derzeit trotz mehrfacher Abfragen nicht vor. Dies erklärt sich aufgrund der angespannten Situation in den Einrichtungen durch vielfältige Verpflichtungen aus den gesetzlichen Anforderungen, den Herausforderungen durch spezielle Förderungen, z.B. als Familienzentren oder Sprachkitas, dem anhaltenden Fachkräftemangel und hinsichtlich der besonderen Situation während der Corona-Pandemie.

2. Angebote für flexible Betreuungsformen

Gemäß § 48 KiBiz sollen Angebote bereitgestellt werden, wie:

- „1. Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, die über eine wöchentliche Öffnungszeit von 47 Stunden hinausgehen,
2. Öffnungszeiten an Wochenend- und Feiertagen,
3. Öffnungszeiten und Betreuungszeiten nach 17.00 Uhr und vor 07.00 Uhr,
4. bis zu 15 der Öffnungstage im Kindergartenjahr für Kindertageseinrichtungen, die nur 15 Tage oder weniger jährlich schließen,
5. zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote sowie
6. ergänzende Kindertagespflege gemäß § 23 Abs. 1.“

„Die Bezuschussung dient der finanziellen Förderung von kind- und bedarfsgerechten, familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung (...)“ so § 48 KiBiz, ab 01.08.2020.

3. Bisherige Erfahrungen und Ausblick

Mit den v .g. Trägern wurde eine Vereinbarung zum Angebot flexibler Öffnungszeiten und zur Finanzierung abgeschlossen. Die Vereinbarung ist jährlich kündbar.

Hinsichtlich der Herausforderungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist das Projekt in den vier beteiligten Einrichtungen insbesondere durch den Zielkonflikt von eingeschränktem Pandemie- / Regelbetrieb und den in § 48 KiBiz formulierten Zielvorstellungen geprägt gewesen.

Die oben genannte Vereinbarung sieht zur Begleitung der Prozesse in den Kindertageseinrichtungen die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe aus Fachberatungen des Jugendamtes der Universitätsstadt Siegen und den Kita-Leitungen vor. In der Zeit von September 2020 bis Juli 2021 bearbeitete die Arbeitsgruppe u. a. die Erfahrungen aus der Teilnahme an Vorläuferprogrammen, die Möglichkeiten, welche sich aus den verschiedenen flexiblen Betreuungsformen im pädagogischen und organisatorischen Bereich ergeben, die Zusammenarbeit mit den Eltern / Sorgeberechtigten vor und während der Durchführung und formulierte Kriterien zur Umsetzung des Angebotes in den Kindertageseinrichtungen.

Dies betrifft folgende Bereiche:

1. Die Rahmenbedingungen und Strukturen beinhalten die in § 48 KiBiz formulierten Angebotsformen, Anforderungen zum Personaleinsatz, Wege zur Elterninformation und die trägerübergreifende Zusammenarbeit.
2. Die Prozessqualität wurde in drei Bereiche untergliedert. Diese umfassen die konzeptionellen Grundlagen, die pädagogischen Kernaufgaben in der Arbeit mit den Kindern und den Bereich Zusammenarbeit mit den Familien.
3. Die Ergebnisqualität bildet die Inanspruchnahme und die pädagogische Umsetzung ab.

Inanspruchnahme der Angebote

Tageseinrichtung für Kinder „Kinder(T)Räume“, Hengsbachstraße 158, 57080 Siegen, in Trägerschaft der Diakonie Klinikum GmbH:

- 11 Kinder nahmen an dem Angebot zur Betreuungszeit vor 07.00 Uhr und nach 17.00 Uhr teil.
- 40 – 45 Kinder nahmen im Durchschnitt an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil. Die Nutzung steht allen Familien jederzeit zur Verfügung.

Familienzentrum und Tageseinrichtung der Stadt Siegen, Gläserstraße 29, 57072 Siegen

- 2 Kinder nahmen an dem Angebot zur Betreuungszeit vor 07.00 Uhr und nach 17.00 Uhr teil.

- 12 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.
- 4 Kinder nutzen zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote.

Tageseinrichtung für Kinder „Himmelszelt“, Leineweberstraße 8, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Hilfe zum Leben gGmbH

- 1 Kind nahm an dem Angebot der Öffnungszeiten an Wochenend- und Feiertagen teil.
- 3 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.

Tageseinrichtung für Kinder „Lillipuz“, Johann-Friedrich-Bender-Weg 11, 57074 Siegen, in Trägerschaft der Alternative Lebensräume GmbH

- 3 Kinder nahmen an der flexiblen Nutzung innerhalb des vertraglich vereinbarten Umfangs von 25, 35 oder 45 Wochenstunden teil.

Eine Auswertung konnte nur mit Einschränkungen vorgenommen werden. Dazu wurden im Juli 2021 die Zahlen der Kinder erfasst, die insgesamt teilgenommen haben sowie die jeweils in Anspruch genommene Form der flexiblen Betreuung. Während des gesamten Kita-Jahres wurde in allen Sitzungen das Thema der konzeptionellen Umsetzung, orientiert an den Bedürfnissen der Kinder, bearbeitet und, angeregt durch den kollegialen Austausch, in den Kitas angepasst und weiter entwickelt. Die Anpassung der pädagogischen Arbeit während der flexiblen Betreuungsangebote konnte ohne Probleme erfolgen. Das Thema Dienstplangestaltung stellte u. a. wegen Personalmangel eine besondere Herausforderung dar.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie z. B. Stundenreduzierungen und Schließungen schränkten den ersten Durchlauf immer wieder massiv ein und ließen nur kurzfristig Routinen zu.

Ausblick

Das Kita-Jahr 2021 / 2022 ist aufgrund der besonderen Situation als nächste Probephase für die beteiligten Kitas geplant. Der Prozess zur Kriterienentwicklung mit den entsprechenden Maßnahmen in den jeweiligen Einrichtungen wird im Kita-Jahr 2021 / 2022 fortgeführt. Zum Teil wird der Bedarf an flexiblen Betreuungsformen durch die Träger bezweifelt. Die weitere Entwicklung ist abhängig von der Akzeptanz aller Beteiligten wie Eltern, Kinder, Personal und Träger.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
2021/2022 max. 287.000 €		57.400 €	229.600 €	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 39.300.000 € 2.400.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020101 Sachkonto 5318020/5318030
--	---	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 25.06.2021

Bereich: 5/2-2 - Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Merle Pelkner, Dr. Raimund Jung

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidstraße

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem DRK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein als zukünftigen Träger der Kita Breitscheidstraße einen freiwilligen Zuschuss zur Herrichtung des Außenspielgeländes in Höhe von 25.000,00 € zu gewähren.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Sachverhalt / Begründung:

Die ehemalige Hüttentalschule, Breitscheidstraße, Siegen-Geisweid, soll nach Beendigung des bisherigen Provisoriums künftig für den Regelbetrieb einer Kindertageseinrichtung hergerichtet werden.

Die Inbetriebnahme der Kita ist für den 01.08.2022 vorgesehen.

Das Außenspielgelände befindet sich in einem sehr desolaten Zustand.

Die Fördermittel, die von Land und Bund im Rahmen des Ausbaus der Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden, reichen nicht aus, um den Spielplatz für die Kita-Nutzung auszustatten.

Es müssen nicht nur neue Spielgeräte angeschafft werden, sondern es ist erforderlich, das komplette Gelände neu anzulegen und kindgerecht unter Einhaltung der geltenden Sicherheitsstandards auszustatten und herzurichten.

Die Verwaltung des Jugendamtes empfiehlt daher, die erforderliche Herrichtung des Außengeländes durch einen einmaligen freiwilligen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 25.000,00 € aus städtischen Mitteln zu fördern.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
25.000,00 €				

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan 2022	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 25.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode H060201106 Sachkonto 7818000
---	--	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten
Bearbeitet von: Isabella Klempau

Siegen, 30.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Haupt- und Finanzausschuss	06.10.2021
Rat	27.10.2021

Kurzbezeichnung:

Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Mittelbereitstellung in Höhe von 93.600,00 € für Personal- und Sachkosten auf 06020100/5019000 + 5281000 für die Weiterführung des Brückenprojektes in der Hüttenstr. 16c in Siegen-Geisweid ab 01.01.2022

Sachverhalt / Begründung:

Wie bereits in der Vorlage VL 247/2021 dargestellt, haben auch im Kindergartenjahr 2021/2022 im Stadtteil Geisweid insbesondere Flüchtlingskinder und Kinder aus osteuropäischen Ländern noch keinen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung.

Diese Kinder haben einerseits einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung und zudem wird bei zahlreichen Kindern durch das Gesundheitsamt ein Sprachförderbedarf festgestellt, da die Kinder vor der Einschulung stehen und nur ungenügende Deutschkenntnisse vorweisen. Das Schulamt spricht in diesen Fällen eine gesetzliche Verpflichtung unter Androhung von Bußgeldern aus, die Kinder an einem Sprachförderangebot teilnehmen zu lassen. Für das Sprachförderangebot sind die örtlichen Kindertageseinrichtungen zuständig, sofern die Kinder einen Kindergartenplatz haben. Sollte dies nicht der Fall sein, obliegt die Pflicht, ein solches Angebot bereitzustellen, dem örtlichen Jugendamt.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe stellt ein Förderangebot für das Brückenprojekt zur Verfügung. Der Antrag für den vorgesehenen Zeitraum wird zum Ende des Jahres gestellt. Die Fördersumme beträgt voraussichtlich 93.600,00 € im Kalenderjahr.

Im Projekt soll für 15 Kinder mit 20 Stunden pro Woche ein Förderangebot bereitgestellt werden. Aktuell werden in dem Brückenprojekt 10 Kinder betreut. Es handelt sich insofern um die Fortführung des bereits begonnenen Projektes und damit ein lückenloses Förderangebot für die Kinder bis zum Schuleintritt in 2022.

Da eine Antragstellung beim Landschaftsverband erst gegen Ende des Jahres möglich ist und der Bewilligungsbescheid erfahrungsgemäß erst im ersten Drittel des neuen Jahres zugehen wird, ist die Bereitstellung der Mittel für Personal- und Sachkosten vorab notwendig, damit das Projekt zum Jahresbeginn (vor Bewilligung der Förderung) pünktlich starten bzw. lückenlos weiter geführt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
93.600,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 93.600,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020100 Sachkonto 5019000/5281000
--	---	-------------------------------	--	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/2 – Kinder-, Jugend- und Familienförderung
Bearbeitet von: Cornelia Roth

Siegen, 06.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **16.09.2021**

Kurzbezeichnung:

Ergänzende Besetzung Unterausschuss Kindertagesbetreuung 2020 – 2025

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen benennt für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung 2020 – 2025 nachfolgend aufgeführte Personen:

FDP-Fraktion	=	Herr Walter Schneider Frau Regina Schoew	Mitglied stv. Mitglied
VOLT	=	Frau Chiara Ludewig Herr Jacob Kammann	Mitglied stv. Mitglied
AfD	=	Frau Sabrina Schmidt	Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Die Besetzung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung 2020 – 2025 wurde mit der VL Nr. 238/2021 beschlossen.

Für die bisher vakanten Sitze im Unterausschuss Kindertagesbetreuung haben der FDP-Fraktion, VOLT und AfD die o. g. Personen benannt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Jugendamt (Abt. 5/2 und Abt. 5/3)
Bearbeitet von: Cornelia Roth

Siegen, 27.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **16.09.2021**

Kurzbezeichnung:

Besetzung Unterausschuss "Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen"

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Unterausschuss „Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen“ wie folgt zu besetzen:

CDU-Fraktion	Mitglied	Helm, Martin
	Stellvertretung	Rompf-Selimi, Nazlije
SPD-Fraktion	Mitglied	Schiltz, Ingmar
	Stellvertretung	Thimm, Heiko
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Mitglied	Pflogsch, Teresa Elisabeth
	Stellvertretung	Bleckmann, Lisa
UWG-Fraktion	Mitglied	Langer, Günther
	Stellvertretung	Schmidt, Gabriele

FDP-Fraktion	Mitglied	_____
	Stellvertretung	_____
Fraktion Die Linke	Mitglied	_____
	Stellvertretung	_____
AFD-Fraktion	Mitglied	Simon, Ursula
	Stellvertretung	_____
VOLT-Fraktion	Mitglied	_____
	Stellvertretung	_____
Wohlfahrtsverbände	Mitglied	Löwenberg, Horst
	Stellvertretung	_____
Jugendverbände	Mitglied	Schollmeyer, Wolfgang
	Stellvertretung	_____

Sachverhalt / Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 01.07.2021 die Einrichtung eines Unterausschusses „Kennzahlen und Ziele für das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen“ beschlossen, der sich vertieft mit der Thematik Kennzahlen und Ziele im Haushalt beschäftigt wird. Der Unterausschuss soll mit den v. g. Vertreter/Vertreterinnen der Fraktionen, der Wohlfahrtsverbände und der Jugendverbände besetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Sozial-, Jugendhilfe- und Bildungsplanung
Bearbeitet von: Dr. Andreas Matzner

Siegen, 02.09.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **16.09.2021**

Kurzbezeichnung:

Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen beschließt die Verteilung der Fördermittel aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für das Förderjahr 2021 gemäß des ausgeführten Fördervorschlags.

Sachverhalt / Begründung:

Die Jugendämter der öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe in NRW erhalten über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 Fördermittel. Diese werden in Form von fachbezogenen Pauschalen zur Verfügung gestellt. Für das Haushaltsjahr 2021 hat das Jugendamt der Universitätsstadt Siegen Ende Juli einen Bewilligungsbescheid erhalten.

Insgesamt sind im Rahmen des Aktionsprogramms zur Förderung von Angeboten der Träger der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe für die Stadt Siegen **176.840,61 €** für die Zeit vom **01.07.2021 bis 31.12.2021** bewilligt. Der Mitteleinsatz soll für die öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe über die Kommune eigenverantwortlich erfolgen. Die Mittel sind bestimmt zur Förderung bzw. Finanzierung zusätzlicher Angebote, der Ausweitung bestehender Angebote sowie zum Ausgleich pandemiebedingter Mehrausgaben der Träger der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen im Sinne der §§ 11, 12, 13 und 13 a SGB VIII sowie Jugendfreiwilligendiensten gem. Jugendfreiwilligendienstgesetz (Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr).

Ziel des Aktionsprogramms im Bereich der Jugendhilfe in NRW ist es, für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren nach den langen Kontaktbeschränkungen seit März 2020 in den Jahren 2021 und 2022 Angebote der Jugendförderung (§§ 11, 12, 13, 13a SGB VIII) neu auf den Weg

zu bringen, bestehende Angebote der öffentlichen und der freier Träger der Jugendhilfe quantitativ auszubauen oder auch qualitativ zu verbessern. Die Nachwirkungen der Corona Pandemie, insbesondere die bestehenden Ungleichheiten und Benachteiligungen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sollen abgemildert werden.

Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ umfasst mehrere sogenannte „Fördersäulen“.

70 % der bewilligten Mittel sollen in „Fördersäule 2: Kinder und Jugendliche mit Freiwilligendienstleistenden und zusätzlicher Sozialarbeit an Schulen unterstützen und fördern“ verwendet werden für

- die Ausweitung von Plätzen in FSJ und FÖJ an Einrichtungen der Jugendhilfe
- die Ausweitung von Plätzen in FSJ und FÖJ an Schulen
- Angebote der sozialen Arbeit an Schulen
- zusätzliche Fachkräfte in der Schulsozialarbeit
- Angebote der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule / Beruf.

30 % der bewilligten Mittel sollen in „Fördersäule 3: Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe“ verwendet werden für

- Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote der kulturellen Jugendarbeit
- Angebote der Jugendverbandsarbeit
- Ferienfreizeiten
- Wochenendfreizeiten
- Angebote der internationalen Jugendarbeit
- Jugendreisen (nicht kommerziell)
- Angebote zur Förderung des jungen Ehrenamtes.

Die Mittelverteilung auf die Kommune soll gewährleisten, dass vor Ort entsprechend der konkreten Bedarfe Projekte, Angebote und Leistungen gefördert werden. Die prozentuale Verteilung der Mittel (70% / 30%) auf die beiden Fördersäulen soll nach Möglichkeit wie vom Fördergeber vorgegeben umgesetzt werden. Der LWL verweist jedoch darauf, dass „bei anderen Bedarfen in der Kommune für den öffentlichen Träger die Möglichkeit einer flexiblen Handhabung besteht“.

Die Stadtverwaltung Siegen hat die Wohlfahrtsverbände und freien Träger der Jugendhilfe mit einer E-Mail am 06.08.2021 über das Aktionsprogramm informiert. Es wurde aus Perspektive der Verwaltung angeregt, idealerweise Angebote zu entwickeln, die mit den Erkenntnissen des aktuellen städtischen Sozialmonitorings 2021 verknüpft sind, möglichst mit Blick auf den vergleichsweise „unterversorgten“ Stadtteil Siegen-Lindenberg. Orientieren sollten sich die Angebote aus Sicht der Verwaltung möglichst an den Schwerpunkten der Kinder- und Jugendförderung nach den §§ 11-13 SGB VIII, welche im aktuellen Kinder- und Jugendförderungsplan der Universitätsstadt Siegen beschrieben werden. Es wurde darum gebeten, Anträge über ein beigefügtes Formular möglichst bis zur Frist 28.08.2021 bei der Universitätsstadt Siegen einzureichen, damit dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung im September ein Fördervorschlag zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden kann.

Folgende Anträge sind eingegangen:

Fördersäule 2 (123.788 € nach prozentualer Verteilung verfügbar, 48.225 € beantragt)

Gemeinnützige Qualifizierungs- und Weiterbildungsgesellschaft des HV Achenbach UG

Titel:	Begleitende Unterstützung beim Wechsel von Schule zu Beruf (Angebote für das Soziales Jahr bzw. den Bundesfreiwilligendienst)
Bereich:	Angebote der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule/Beruf
Zielgruppe:	8-12 Personen im Alter von 18- 27 Jahren
Angebot:	berufliche Orientierung, Aneignung von sozialen Kompetenzen, Kennenlernen verschiedener Berufs- und Arbeitsfelder, Vorbereitung auf Berufsschule und Ausbildung
Raum:	Siegen-Fischbacherberg/Siegen-Achenbach
Zuschuss:	27.600,00 €
Perspektive:	Fortführung in 2022 geplant

Universitätsstadt Siegen

Titel:	Kinder und Jugendliche mit Freiwilligendienstleistenden und zusätzlicher Sozialarbeit an Schulen unterstützen und fördern
Bereich:	Ausweitung der Plätze in FSJ und FÖJ in Einrichtungen der Jugendhilfe
Angebot:	Zwei zusätzliche FSJ-Stellen in zwei Kinder- und Jugendeinrichtungen mit Schulbetreuung
Raum:	Siegen-Heidenberg/Siegen-Weidenau
Zuschuss:	5.200,00 € (2.600,00 € Kinder- und Jugendtreff K52 am Heidenberg + 2.600,00 € Kinder- und Jugendtreff Weidenau)
Perspektive:	Fortführung in 2022 geplant, 7.800,00 € pro Jahr pro Stelle. Es ist beabsichtigt 1 weitere FSJ-Stelle über das Familienbüro im geplanten Stadtteilzentrum Siegen-Lindenberg einzurichten.

Katholisches Jugendwerk Förderband Siegen-Wittgenstein e.V.

Titel:	Vertiefte Berufsorientierung (Ausstattung + Umsetzung von Modulen zur Berufsorientierung für Gruppen und Einzelpersonen)
Bereich:	Angebote der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule/Beruf
Zielgruppe:	Junge Menschen, insbesondere in den Klassen 8 bis 10.
Angebot:	Durch die Corona-Pandemie ist die Berufsorientierung junger Menschen im schulischen Kontext und im Rahmen der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit nur sehr eingeschränkt durchgeführt worden. Dadurch ist die Zahl junger Menschen ohne berufliche Orientierung sprunghaft angestiegen. Eine hohe Zahl von orientierungslosen, fehlgeleiteten und abbruchgefährdeten Menschen ist die Folge. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass viele junge Menschen, wie in diesem und letzten Jahr bereits geschehen, den Anschluss nach Schulabschluss verlieren und von den Fördersystemen nicht erfasst werden. Das Angebot soll dem entgegenwirken, Orientierung und Hilfe geben und ggf. längerfristige Unterstützungsprozesse ermöglichen. Das Angebot soll unmittelbar nachdem die notwendigen Geräte und Medien angeschafft und eingerichtet wurden starten und bis zum Jahresende durchgeführt werden. Darüber hinaus ist geplant, das Projekt mindestens im Jahr 2022 fortzuführen. Das Projekt soll wöchentlich im Rahmen der Angebote "Stellwerk" und "Forum_B" durchgeführt werden. Darüber hinaus soll das Angebot mit größeren Gruppen bzw. an Schulen und in Einrichtungen durchgeführt werden. Hier ist zunächst 1 Angebot pro Woche kalkuliert. Das Angebot soll mindestens 150 Teilnehmende erreichen.
Raum:	Siegen-Lindenberg/Siegen-Fischbacherberg/Siegen-Geisweid/Siegen-Mitte
Zuschuss:	15.425,00 €
Perspektive:	Fortführung in 2022 geplant

Fördersäule 3 (53.052 € nach prozentualer Verteilung verfügbar, 88.456 € beantragt)**Gemeinnützige Qualifizierungs- und Weiterbildungsgesellschaft des HV Achenbach UG**

Titel:	Wochenendfreizeit Trier (Herbstferienwochenende)
Bereich:	Wochenendfreizeiten
Zielgruppe:	15-20 Jugendliche und junge Menschen im Alter bis 27 Jahren
Angebot:	Eine Wochenendfreizeit mit 15-20 Jugendlichen und jungen Menschen mit dem Ziel, die durch Corona bedingte Einschränkungen/ Kontaktverbote hinter sich zu lassen. Ein Angebot zu realisieren, welches eine unbeschwerte und interessante Abwechslung nach den vielen Einschränkungen unter welchen die Teilnehmenden in den vergangenen Monaten zu leiden hatten anzubieten. Neue Menschen kennen zu lernen, gemeinsam Spaß zu haben und die Kulturgeschichte einer faszinierenden Stadt kennen zu lernen. Ein kind- und jugendgerechtes Rahmenprogramm mit Besuch einiger Attraktionen wie dem Spielzeugmuseum Trier, Trampoline Trier Spiel & Spaß GmbH und kulturellen Einrichtungen wie der Burg Eltz, dem Landesmuseum Trier und dem Volkskunde- und Freilichtmuseum Roscheide. Planung und Umsetzung durch Fachpersonal und ehrenamtliche Kräfte, strikte Einhaltung der Corona bedingten Schutzmaßnahmen, Sicherheitskonzept und Koordinierung mit Erziehungs- und Vertretungsberechtigten.
Raum:	Siegen-Fischbacherberg/Siegen-Achenbach
Zuschuss:	6.100,00 €
Perspektive:	Fortführung in 2022 nicht geplant

Evangelische Kirche Trupbach-Seelbach

Titel:	GraffitiProjekt: Neugestaltung Garage durch Jugendliche unter Anleitung von Künstler
Bereich:	Angebote der kulturellen Jugendarbeit/Angebote der Jugendverbandsarbeit
Zielgruppe:	8-15 Jugendliche, Junge Erwachsene und Mitarbeitende aus der Gemeinde und dem Umfeld
Angebot:	Am 17.09.2021 möchten wir mit einem einführenden Workshop in die Welt des Graffiti starten. In diesem werden auch Grundlagen der Kunst vermittelt und geübt. Anschließend wird die Gestaltung geplant. Am 18.09. möchten wir eine große Garage und eine Gartenhütte neugestalten. Die Vorarbeiten (Reinigung, Voranstrich) sind in der Woche zuvor durchgeführt worden. Die Neugestaltung nach eigenen Ideen soll in dem Projektzeitraum (ggfs. kleine Nacharbeiten) abgeschlossen sein. Die Jugendlichen sollen durch die eigene Gestaltung eine höhere Identifikation und Verbindlichkeit erlangen. Dies geschieht durch die Einladung zu den bestehenden Gruppen und Angeboten vor Ort.
Raum:	Siegen-Trupbach/Siegen-Seelbach
Zuschuss:	3.550,00 €
Perspektive:	Fortführung in 2022 nicht geplant

Universitätsstadt Siegen

Titel:	Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe
Bereich:	Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Ferien- und Wochenendfreizeiten
Zielgruppe:	40 Teilnehmende im Alter von 8 - 14 Jahren (evtl. 2 Gruppen á 20 Kinder)
Angebot:	Kinderfreizeit in den Herbstferien 2021 des KJT Lindenberg 6 Tage in der ersten Herbstferienwoche 2021 (voraussichtlich 09.-15.10.2021) Unterkünfte werden angefragt Ansprechpartner: Fritjof Zehme
Raum:	Siegen-Lindenberg

Zuschuss: 13.000,00 €

Universitätsstadt Siegen

Titel: Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe
Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Ferien- und Wochenendfreizeiten
Zielgruppe: 17 jugendliche Teilnehmende der Jugendgruppe „Demokratie und Partizipation“
Angebot: Jugendfreizeit in den Herbstferien 2021 des KJT Fischbacherberg 19.10.2021 bis 22.10.2021 in Süsel an der Ostsee in einem Ferienfreizeitheim mit Selbstversorgung
Ansprechpartner: Dr. Gabi Helmhold-Schlösser
Raum: Siegen-Fischbacherberg
Zuschuss: 2.000,00 €

Mütterzentrum Siegen

Titel: Ferienprogramm Herbst 2021
Bereich: Ferienfreizeiten
Zielgruppe: 10 Kinder und Jugendliche über 6 bzw. 7 Jahre alt
Angebot: Das Ferienprogramm soll an 3 Wochentagen beider Herbstferienwochen durchgeführt werden mit der zeitlichen Dauer von 7 – 8 Std (8:00 Uhr – 15:00/16:00 Uhr). Es soll damit als Betreuungsangebot für berufstätige Eltern dienen, die mit ihren Urlaubstagen nicht die gesamten Ferien abdecken können. Wir wollen den Kindern nach der langen „zu Hause Zeit“ ermöglichen wieder andere Orte als Lern- und Erfahrungswelt wahrzunehmen und zu begreifen, Spaß zu haben und gemeinsam neue Dinge zu erkunden. Ein weiteres Ziel ist die Entlastung der Eltern. Nach den vielen Home-Office Monaten und den vielen verbrauchten Urlaubstagen möchten wir Ihnen das Arbeiten ermöglichen und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kinder abwechslungsreiche Ferien erleben können.
Raum: Siegen + Ausflugstädte
Zuschuss: 5.430,00 €
Perspektive: Fortführung in 2022 geplant (Osterferien)

Bildungswerk-Sieg-Lahn e.V.

Titel: Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Lindenberg
Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
Zielgruppe: Offen für Kinder/Jugendliche aus dem Sozialraum/Stadtteil Lindenberg
Angebot: Das Angebot unterstützt Kinder und Jugendliche in Form von persönlicher Beratung, bei der Bewältigung von emotionalen und sozialen Problemlagen während und nach der Corona-Pandemie (wie z.B. Vereinsamung und Verunsicherung, familiäre Problemlagen, fehlende persönliche Kontakte, schulische Herausforderungen). Ziel ist es einen Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche zu bieten, der in akuten Konflikt- und Krisensituationen, aber auch in längerfristigen individuellen Problemlagen gemeinsam mit ihnen nach Lösungen sucht. Die angebotene Beratung dient zur Stärkung der emotionalen und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen und der Förderung von deren persönlichen Ressourcen und Resilienz. 3mal in der Woche von 15 bis 18 Uhr.
Raum: Siegen-Lindenberg
Zuschuss: 13.618,00 €
Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Bildungswerk-Sieg-Lahn e.V.

Titel: Mädchen- und Jungengruppe
Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Zielgruppe: Offen für Kinder/Jugendliche aus dem Sozialraum/Stadtteil Lindenberg
 Angebot: 1mal in der Woche ein Gruppenangebot für Mädchen und eines für Jungen. Es können maximal je 8 Mädchen und Jungen teilnehmen (ab 10 bis 14 Jahren). Die Teilnehmenden setzen sich im Projektverlauf unter professioneller pädagogischer Anleitung mit folgenden Themen auseinander: Geschlechtsstereotypen, Stärkung des Selbstbildes und Stabilisierung der eigenen Persönlichkeit, Stärkung sozialer Kompetenzen im Umgang miteinander, Erarbeitung von Konfliktlösungsstrategien, Kommunikation und Verhaltenstraining in der Gruppe, Austausch und Umgang mit Krisen und Problemen, Stärkung der Wirksamkeit des eigenen Handelns, Erlernen von Strategien zur angemessenen Freizeitgestaltung.
 Raum: Siegen-Lindenberg
 Zuschuss: 14.667,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Bildungswerk-Sieg-Lahn e.V.

Titel: Medienberatungsstelle
 Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
 Zielgruppe: Offen für Kinder/Jugendliche aus dem Sozialraum/Stadtteil Lindenberg
 Angebot: Ziel der persönlichen Beratung der Kinder und Jugendlichen ist die Förderung und Entwicklung von Medienkompetenzen und die Aufklärung im Bereich Bedrohungen und Gefahren von z.B. sozialen Netzwerken etc. Die Kinder und Jugendlichen sollen lernen sinnvoll mit den Medien umzugehen und ihren Medienkonsum angemessen zu gestalten. 2mal in der Woche ein Beratungsangebot von 15 bis 18 Uhr.
 Raum: Siegen-Lindenberg
 Zuschuss: 10.489,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Bildungswerk-Sieg-Lahn e.V.

Titel: Jugendmedienprojekt „Neues vom Lindenberg“: Kinder und Jugendliche machen Bürgerfunk
 Bereich: Angebote der kulturellen Jugendarbeit
 Zielgruppe: Kinder/Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren aus dem Sozialraum/Stadtteil Lindenberg. Es wird eine Gruppengröße von 10 Personen angestrebt.
 Angebot: Mit dem Projekt sollen Kinder und Jugendliche vom Siegerner Lindenberg über „ihren Kiez“ berichten und dies in Form einer einstündigen Radiosendung im Bürgerfunk Siegen-Wittgenstein präsentieren. In Zusammenarbeit mit dem Bürgerfunk Siegen-Wittgenstein erlernen sie praktische Medienkompetenz und Qualifikationen. Als konkretes Gesamtprojektziel soll im Dezember 2021 eine Stunde Radio im Bürgerfunk Siegen-Wittgenstein gesendet werden.
 Raum: Siegen-Lindenberg
 Zuschuss: 7.524,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Kinderschutzbund e.V., Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Titel: Erlebnistreff
 Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
 Zielgruppe: 8 bis 10 Personen, je nach Größe des Raumes und den Corona-Vorschriften
 Angebot: Ein freies Gruppenangebot für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren. Die Angebote aus den Bereichen Kreativität, Spiele, Naturerlebnisse und Bewegung haben ihre Fokussierung in dem Bereich Förderung sozialer Kontakte. Soziale Kontakte und damit verbunden soziales Lernen und Interagieren war und ist für viele Kinder - pandemiebedingt- eingeschränkt. Das gemeinsame Erleben in der Gruppe wirkt sich förderlich auf

die Beziehungsgestaltung und die Entwicklung sozialer und kognitiver Fähigkeiten aus. In der Auseinandersetzung mit anderen Kindern in der Gruppe lernen Kinder ihre Gefühle besser kennen, was sich positiv auf Selbstwertgefühl und Selbstbild auswirkt und erweitern ihren Handlungsspielraum im Kennenlernen unterschiedlicher Angebote.

Raum: Siegen-Lindenberg
 Zuschuss: 2.784,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Kinderschutzbund e.V., Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Titel: Erlebnistreff
 Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
 Zielgruppe: 8 bis 10 Personen, je nach Größe des Raumes und den Corona-Vorschriften
 Angebot: Ein freies Gruppenangebot für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren. Die Angebote aus den Bereichen Kreativität, Spiele, Naturerlebnisse und Bewegung haben ihre Fokussierung in dem Bereich Förderung sozialer Kontakte. Soziale Kontakte und damit verbunden soziales Lernen und Interagieren war und ist für viele Kinder - pandemiebedingt - eingeschränkt. Das gemeinsame Erleben in der Gruppe wirkt sich förderlich auf die Beziehungsgestaltung und die Entwicklung sozialer und kognitiver Fähigkeiten aus. In der Auseinandersetzung mit anderen Kindern in der Gruppe lernen Kinder ihre Gefühle besser kennen, was sich positiv auf Selbstwertgefühl und Selbstbild auswirkt und erweitern ihren Handlungsspielraum im Kennenlernen unterschiedlicher Angebote.

Raum: Geschäftsstelle des Kinderschutzbunds
 Zuschuss: 2.844,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Kinderschutzbund e.V., Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Titel: Marburger Konzentrationstraining
 Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
 Zielgruppe: 8 bis 10 Personen, je nach Größe des Raumes und den Corona-Vorschriften
 Angebot: Der Kurs spricht Kinder im Alter von 6-12 Jahren an und hat das Ziel, die Konzentrations- und Ausdauerfähigkeit zu verbessern. In 5 Treffen lernen Kinder, in Kleingruppen mit max. 8 Teilnehmenden, einen planvollen und systematischen Arbeitsstil kennen, der ihnen helfen kann, Lernanforderungen strukturierter und gezielter auszuführen. Die Bereiche „Entspannung“ und „Training der Sinne“ sind Bestandteil des Kurses und helfen Kindern, Ruhemomente zu finden und Wahrnehmungen besser zu verarbeiten, was sich positiv auf Konzentrationsfähigkeit auswirkt. Durch eine begleitende Elternarbeit in Form von Elternabend und Elterngesprächen kann sich die Interaktion zwischen Erziehenden und Kind verbessern. Sie erhalten Tipps und Anregungen, wie sie unterstützend z.B. bei Hausaufgaben begleiten können.

Raum: Geschäftsstelle des Kinderschutzbunds
 Zuschuss: 2.600,00 €
 Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Kinderschutzbund e.V., Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Titel: ICH! BIN! STARK!
 Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
 Zielgruppe: 8 bis 10 Personen, je nach Größe des Raumes und den Corona-Vorschriften
 Angebot: Der Selbstbehauptungskurs ist für Grundschülerinnen und -schüler konzipiert und findet als Gruppenangebot (5 Treffen pro Kurs) statt. Sich behaupten zu können und zu wissen, wie man in -für einen selbst- unangenehmen Situationen reagiert, kann

Kindern zu mehr Selbstbewusstsein und -stärke verhelfen. Durch Rollenspiele, angeleitete Gesprächssituationen, Stimmtraining und Bildmaterial lernen Kinder ihre eigenen Gefühle besser kennen und erfahren etwas über Körpersprache bei sich selbst und anderen. Fragen u.a. wie „In welchen Situationen darf ich „nein“ sagen? An wen wende ich mich, wenn ich Hilfe benötige? Wer sind meine Vertrauenspersonen?“ werden gemeinsam besprochen und durch praktische Übungen vertieft und in den Einheiten wiederholt. Erziehende erhalten ein begleitendes Handout mit Tipps für den erzieherischen Alltag, nach Bedarf wird auch ein Workshop angeboten.

Raum: Geschäftsstelle des Kinderschutzbunds

Zuschuss: 1.800,00 €

Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Kinderschutzbund e.V., Kreisverband Siegen-Wittgenstein

Titel: Rechenzauber - endlich Schluss mit Zahlensalat

Bereich: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Zielgruppe: 8 bis 10 Personen, je nach Größe des Raumes und den Corona-Vorschriften

Angebot: Eine gute Verinnerlichung der Zerlegung im Zahlenraum bis 10 ist Grundlage für einen sicheren Umgang mit Zahlen. Das Angebot richtet sich sowohl an Kinder der Grundschule, als auch an Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse und findet als Kurs in Kleingruppen (6 Kinder) an 6 Treffen statt. Im Anschluss an den sogenannten Grundkurs, wird ein Aufbaukurs angeboten, in dem die Überschreitung der Zahl 10 trainiert wird. Spielerisch und durch anschauliches, begreifendes Lernmaterial finden Kinder einen leichten Zugang in die Welt der Zahlenzerlegung.

Raum: Geschäftsstelle des Kinderschutzbunds

Zuschuss: 2.050,00 €

Perspektive: Fortführung in 2022 geplant

Ausblick für das Förderjahr 2022:

Für das Haushaltsjahr 2022 ist es im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder- und Jugendliche“ angekündigt, dass die Universitätsstadt Siegen Fördermittel in Höhe von insgesamt **353.681,22 €** erhalten soll. Auf „Fördersäule 2: Kinder und Jugendliche mit Freiwilligendienstleistenden und zusätzlicher Sozialarbeit an Schulen unterstützen und fördern“ sollen von diesen Mitteln voraussichtlich 258.641,74 € entfallen, auf „Fördersäule 3: Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe“ 95.039,47 €. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid ist noch nicht erfolgt.

Im Falle der angekündigten Bewilligung der Fördermittel beabsichtigt die Universitätsstadt Siegen in Abstimmung mit freien Trägern ca. 90.000,00 € der angekündigten Gesamtfördersumme des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder- und Jugendliche“ für das Förderjahr 2022 zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und Stadtteilarbeit am Lindenberg zu verwenden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 176.840,61 €	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	---	-------------------------------	---	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 06.09.2021

Bereich: Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Bearbeitet von:

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

16.09.2021

Kurzbezeichnung:

Nachbesetzung in der Spielplatzkommission

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss benennt Herrn Helmut Müller als ordentliches und Herrn Michael Biazeck als stellvertretendes Mitglied in der Spielplatzkommission.

Sachverhalt / Begründung:

In der Nachfolge von Herrn Dr. Wolfgang Bauch und Herrn Wolfgang Könen bittet die FDP-Fraktion um vorstehende Nachbesetzung.

Im Auftrag

gez.

Dr. Raimund Jung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.